Volkswille

ORGAN FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 211 | Gelsenkirchen, Mittwoch, den 10. September 1930 | 12. Jahrgang

Das Dritte Reich

Hungerlöhne - Gewerkschaftsverbot - Keine Sozialversicherung

Es ist bekannt, daß die Führer der Nazis, wenn man ihren Worten Glauben schenken darf, bei jeder Mahlzeit einen Juden verspeisen. Sobald sie sich aber allein mit Juden unterhalten, kann man mit Erstaunen feststellen, wie schnell diese Judenfresser ihre

Grundsätze verleugnen

können. Kein Geringerer als Hitler selbst erklärte vor einiger Zeit einem reichen amerikanischen Juden: „Ich bin nicht dafür, daß die Rechte der Juden in Deutschland beschnitten werden." Als darauf der reiche Jude fragte, weshalb er dann den Antisemitismus in sein Programm aufgenommen hätte, antwortete Hitler: „Weil das Volk es nicht verstehen würde, wenn ich das nicht täte."

Diese Antwort ist bezeichnend für den ganzen Charakter der nationalsozialistischen Bewegung. Es ist nicht nötig, uns über alle weiteren Antworten Hitlers den Kopf zu zerbrechen, die er hinter verschlossenen Türen den Industriebaronen gegeben, auch ihre an ihn gestellten Fragen, wie er sich die Ausführung seines nationalen Sozialismus dächte. Hierüber hat sich vor kurzem in privaten Kreisen der nationalsozialistische Führer in Mecklenburg, Dr. Albrecht, ausgelassen: „Hitler, so sagte dieser Mann, hat zwei Programme, das eine, das sogenannte Volksprogramm, ist allen bekannt. Obwohl es Wahnsinn ist, seine Forderungen durchzuführen, brauchen wir es, um das Volk aus seiner Lethargie aufzurütteln und eine Staatsumwälzung herbeizuführen.

Wir werden versuchen, überall in den einzelnen Staaten das Ministerium des Innern zu besetzen, um die Polizei fest in die Hand zu bekommen.

Im Reiche richten wir unsern Blick auf das Reichswehrministerium. Wenn Heer und Polizei unser sind, braucht nur noch ein Schritt getan zu werden und die Staatsmacht ist in unsern Händen. Wir werden die Diktatur errichten und

den Reichstag zum Teufel jagen.

Alsdann werden wir an die Ausführung des zweiten Programms gehen, welches Hitler das sogenannte „Deutsche Programm" nennt. Der Leitgedanke dieses Programms ist Hebung der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Großindustrie. Die deutsche Industrie muß den Weltmarkt erringen und beherrschen.

Der Weltmarkt wird errungen werden, wenn die Produktionskosten der Industrie so niedrig sind, daß die Preise der deutschen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt nicht unterboten werden können. Wir werden alsdann genügend Absatz haben, so daß alle Arbeit erhalten. Um eine Gesundung der Wirtschaft und eine Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen, darf ferner die Dispositionsfreiheit des Unternehmers nicht eingeschränkt werden. Das setzt die Abschaffung der Gewerkschaften und Betriebsräte voraus, damit die Entscheidungen der Unternehmer durch die Dazwischenquasselei dieser Leute nicht gehemmt werden. Die weitere Folge wäre die Abschaffung der Tariflöhne und die Einführung eines Leistungslohnes, ferner die Abschaffung der Sozialversicherung, denn alle, invalide und berufsunfähige Leute dürfen dem Staate nicht zur Last fallen.

Hier muß die gesetzliche Unterhaltungspflicht der Angehörigen einsetzen. Auch

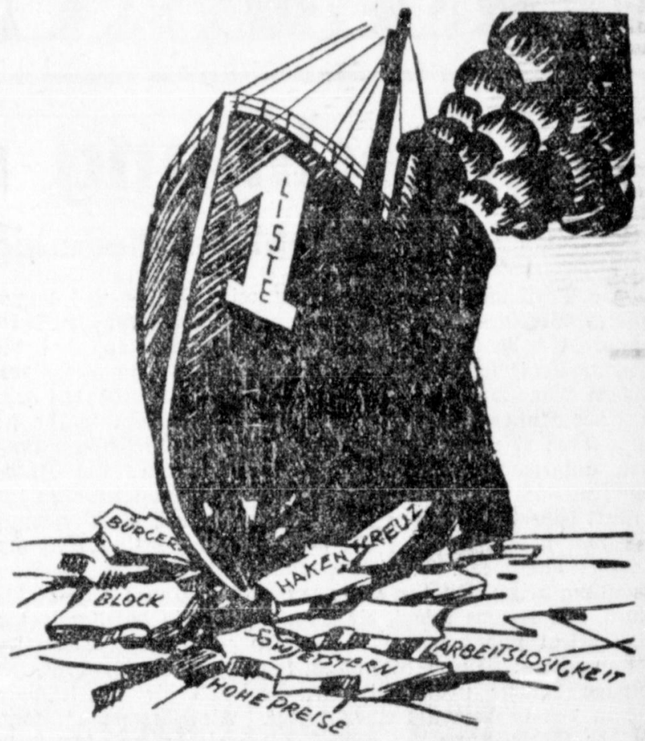
die Arbeitslosenversicherung fällt fort,

denn in unserm Dritten Reich wird jeder arbeiten können, wer will. Die Abschaffung des Achtstundentages ist eine Selbstverständlichkeit, da wir nur durch Arbeit und nur durch willige Arbeit aus dieser Wirtschaftskrise herauskommen.

Allerdings, so fuhr der nationalsozialistische Gauführer fort, werden diese von uns zur Hebung der Wirtschaft ergriffenen Maßregeln zunächst auf Widerstand stoßen, insbesondere auf den Widerstand der Arbeiter. Wir werden jedoch jeden Aufstand durch Militär und Polizei rücksichtslos niederschlagen lassen, sofern die Durchführung unseres zweiten Programms einen Aufstand hervorrufen sollte. Die Marxisten werden wir aus Deutschland ausweisen, solche aber, die es wagen, gegen uns zu hetzen, an die Wand stellen und erschießen.

Das ist die Durchführung des Nationalsozialismus, der von Herrn Hitler und Konsorten angestrebt wird. Der Arbeiter wird am 14. September sagen, ob er hiermit einverstanden ist. Er kann sich schützen, indem er die Partei wählt, die bisher seine Interessen vertreten und auch weiterhin vertreten wird: die Sozialdemokratische Partei,

Liste Nr. 1.



SOZIALDEMOKRATIE BRICHT DAS EIS!

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter

Entgegen allen Schönfärbereien der Regierung Brüning enthüllt der neueste Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung die Tatsache, daß die Zahl der Arbeitslosen auch in der zweiten Augusthälfte wieder gestiegen ist.

In der Arbeitslosenversicherung hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 11 000 zugenommen, in der Krisenunterstützung um mehr als 20 000. Die Belastung der beiden Unterstützungseinrichtungen hat zusammen einen Stand von rund 1 947 000 Unterstützten erreicht. Die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen ist ebenfalls weiter gestiegen. Nach den bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitsuchenden müssen am 31. August rund 2 873 000 Personen als arbeitslos gelten.

An der Erhöhung der Zahl der Krisenunterstützten sind alle Landesarbeitsämter beteiligt, dagegen haben die Bezirke Brandenburg, Schlesien, Nordmark und Sachsen einen Rückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung zu verzeichnen.



Gegenrevolution oder Mißverständnis?

Schießereien in Buenos Aires

Buenos Aires, 9. September. (Eig. Drahtber.) Den ganzen Dienstag über kam es in Buenos Aires zu heftigen Schießereien und Zusammenstößen, die nach den einen Berichten auf gegenrevolutionäre Versuche, nach den anderen aber lediglich auf Mißverständnisse und Irrtümer zurückzuführen sind. Auf jeden Fall haben die blutigen Zusammenstöße sieben Menschen das Leben gekostet, während 56 schwer verwundet wurden. Veranlaßt durch die Zusammenstöße, ordnete die Revolutionsregierung die Wiederverhaftung des Ex-Präsidenten Irrigoyen und die Festnahme sämtlicher Mitglieder des bisherigen Bundesparlaments an. Zugleich wurden energische militärische Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung ergriffen. Es wird jedoch behauptet, daß gerade das Militär sich im Dunkel der Nacht gegenseitig beschossen und so den Anlaß zu den Kämpfen gegeben hat. Nach einer weiteren Meldung ist die Zeremonie der Vereidigung der neuen Regierung von den Kommunisten gestört worden. Während der Eidesleistung erschien über dem Hauptplatz ein Flugzeug, das kommunistische Aufrufe an die Menge hinabwarf, die zum Sturze der neuen Regierung aufforderten. Das Regierungsflugzeug, das zur Verfolgung der Kommunisten aufstieg, verunglückte beim Start und verbrannte vollkommen, so daß die kommunistischen Flieger entkommen konnten.

Politisches Kleinkunst-Theater



Abrechnung mit Stegerwald

Katastrophale Niederlage des Zentrums in Lünen

Die Dortmunder „Tremonia" reibt sich an uns wegen unseres Berichtes über die Stegerwald-Versammlung in Dortmund. Es bleibt schon dabei, diese Versammlung hat die Zentrumsleute schwer enttäuscht. Wäre die Versammlung von solchem Bombenerfolg gewesen, wie die „Tremonia" das jetzt in einer Antwort an uns darstellen möchte, dann würde sie selbst ihren eigenen Bericht über die Stegerwald-Versammlung groß aufgemacht haben für die ganzen Blätter des Zeno-Konzerns und nicht irgendwo in ihren letzten lokalen Spalten versteckt haben, wie sie das tat. Es bleibt dabei, die Versammlung war schlecht besucht. Sie wies nicht den dritten Teil der Besucher auf, die z. B. die sozialdemokratische Heilmann-Versammlung zeigte. In der Heilmann-Versammlung: Nur Stuhlreihen, alle Räume besetzt, die Orgelempore bis auf den letzten Platz besetzt und hunderte in den Gängen. Die Stegerwald-Versammlung: Keine Stuhlreihen, sondern Tische im Saal, die hinteren Räume überhaupt geschlossen und die Orgelempore nur in den vordersten Reihen besetzt. Die „Tremonia" fragt, wo der Sozialistenredner geblieben wäre, der die „schneidige Attacke Stegerwalds abzuwehren versuchte". Herr Stegerwald selbst hat in der Fredenbaum-Versammlung gesagt, wo der Reichsarbeitsminister nicht ist, da sind die Zeitungsredakteure mit Unwahrheiten bei der Hand. Aber, wo er ist, meldet sich keiner.

Dienstag abend sprach Stegerwald im Schützenhof in Lünen. Diese Versammlung wurde zu einer katastrophalen Niederlage der Zentrumspartei. Stegerwald gab seine ungehobelten Weisheiten zum besten, wie unsere Leser sie bereits aus dem Bericht kennen.

Der „große Staatsmann", als den die Zentrumspresse Stegerwald feiert, schämte sich nicht, die vor ihm sitzenden Hörer wohl ein Dutzend mal mit einem Zoologischen Garten zu vergleichen. Er schämte sich nicht, unangenehmen Zwischenrufern wohl 20 mal geistige Unterernährung vorzuwerfen.

Dafür hat er die Erkenntnis mit nach Haus nehmen müssen, daß für ihn und seine Partei bei der jetzigen Zentrumspolitik in Lünen so wenig wie im übrigen Industriegebiet noch irgend welcher Boden ist. Für die Sozialdemokratische Partei nahm Redakteur Wenke von der „Westf. Allg. Volksztg." Herrn Stegerwald wie auch die „Tremonia" beim Wort, die sich beide beschwert hatten, daß in der Fredenbaum-Versammlung kein sozialistischer Redner aufgetreten war. Stürmischer Beifall und Jubel von sicher mehr als zwei Drittel der Versammlungsbesucher empfing unsern Genossen. Fünf Minuten Redezeit wollte man geben. Die Versammlung erzwang dann zehn Minuten. Was in den zehn Minuten gesagt werden konnte, erfuhren die Zentrumsanhänger. Wie Wirth, der jetzige Reichsinnenminister, in der Oppositionsstellung gegenüber dem Bürgerblock-Kabinett Marx die Forderung nach dem sozialen Volksstaat erhob, das Wort vom unchristlichen Kapitalismus in die Massen geschleudert und

wie das Zentrum heute mit diesem unchristlichen Kapitalismus Politik gegen die Arbeiterschaft mache.

Wie die Leute, mit denen das Zentrum heute in der Regierung sitze, die Leute um Treviranus, Schiele und Westarp, das deutsche Volk in den Sumpf geführt haben und nicht die Regierung Hermann Müller, wie die Zentrumspresse und ihr Herr Stegerwald das jetzt behauptet. Wie es Herrmann Müller, Erzberger, Rathenau, Ebert zu verdanken gewesen sei, daß das deutsche Volk überhaupt noch so lebe wie es heute lebt. Ohne die Verständigungspolitik dieser Männer wäre das deutsche Volk längst zugrunde gegangen, denn sie hätten nicht nur Ordnung im eigenen Hause, nicht nur die Demokratie im Lande erstrebt, sondern der großen sittlichen Idee der Völkerverständigung, der Demokratie der Völker gedient. Stürmischer Beifall zu den kurzen Ausführungen des Genossen Wenke zeigte der Zentrumspartei und Herrn Stegerwald, wie die große Mehrheit der Versammlung über ihn und seine Politik dachte. Nach Zentrumsregie sprachen noch drei Zentrumsredner. Im Schlußwort kniff Herr Stegerwald und bedauerte es diesmal lebhaft, daß die Zentrumsleitung in der Versammlung überhaupt eine Diskussion zugelassen habe, weil dabei nichts herauskomme. Ein Hoch auf die Sozialdemokratische Partei fand rauschenden Widerhall, das Hoch auf die Zentrumspartei und der Beifall für den Minister Stegerwald waren nur sehr schwächlich.

Auch eine Antwort

Brüning an Braun

Die bürgerlichen Depeschenbüros haben Hochkonjunktur. Die Telegraphen-Union hat alle Hände voll zu tun, um die Reden Hugenbergs und seines Anhangs unter die Leute zu bringen, und das Wolff-Büro verbreitet die Reden des Reichskanzlers und der Reichsminister gleich stoßweise.

Heute liegt die Antwort Brünings an Otto Braun vor. Sie ist so nichtssagend, wie die ganze Regierung Brüning und so unklar, wie ihre Politik erscheint, wenn man sich bemüht, zu untersuchen, wo denn nun eigentlich die Politik des Gesamtkabinetts ist. Zunächst antwortet der Reichskanzler dem preußischen Ministerpräsidenten, daß alle Kräfte, die mit ihm zusammen arbeiten wollen, positiv sein müssen. Positiv im Sinne der Brüning und Treviranus oder positiv im Sinne der Minister, die mit ihnen nicht ganz einer Meinung sind? Wenn es nach dem Reichskanzler Brüning geht, treibt die Sozialdemokratie nach den Wahlen eine „positive Politik", wenn sie auf jede eigene Initiative verzichtet und wartet, bis es Herrn Brüning gefällt, nach drei bis vier Wochen die Konsequenzen aus dem Ausgang der Wahlen zu ziehen. Denn er sagt in seiner Antwort, die er Dienstag abend in einer Versammlung im Berliner Sportpalast gegeben hat, ausdrücklich, daß man von ihm nicht erwarten dürfte, daß er etwa acht Tage nach den Wahlen eine Klärung herbeiführen würde, sondern daß er erst einmal einen kurzen Erholungsurlaub anzutreten gedenke, um dann in aller Klarheit dem Reichspräsidenten seine Vorschläge zu unterbreiten.

So antwortet der Reichskanzler Brüning dem preußischen Ministerpräsidenten. Mit einer Antwort hat dieses Hin und Her nicht das geringste zu tun. Es ist auch eine Provokation des deutschen Volks, wenn Herr Brüning wieder einmal wie ein Unschuldslamm erklärt, daß er, der jetzt seit Wochen mit Hilfe des Artikels 48 Steuern und andere Gesetze diktiert, von einer Diktatur nichts wissen will.

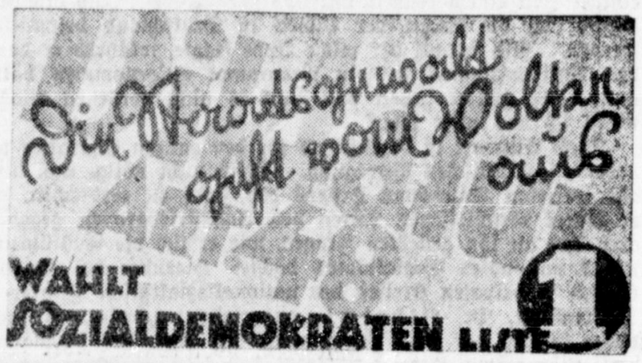
Brüning und Treviranus sagen sich: Zeit gewonnen ist alles gewonnen. Nachdem sie sich in Ruhe das Wahlresultat angesehen haben, gedenken sie Verhandlungen hinter den Kulissen einzuleiten, um die Fortsetzung der Diktatur Brüning zu ermöglichen, falls das Wahlergebnis das irgendwie gestattet.

Mit Parlamentaris und mit Demokratie, als deren Beschützer sich der gegenwärtige Reichskanzler immer noch aufspielt, haben solche Praktiken nichts zu tun. Demokratisch und parlamentarisch handeln Kanzler und Reichspräsident, wenn sie unmittelbar nach der Feststellung des Wahlergebnisses die Partei mit der Regierungsbildung beauftragen, die am stärksten aus dem Wahlkampf hervorgeht. In den Wahlstimmen drückt sich der Wille des Volkes aus, und seit am 9. November 1918 die Sozialdemokratie in Deutschland die Republik ausgerufen hat, ist dieser Wille des Volkes Gesetz und die Zeit ein für allemal vorüber, nach dem Willen des Reichspräsidenten und eines Minderheitskabinetts, das mit Hilfe des Artikels 48 regiert, Politik zu machen. Wenn es die Brüning, Stegerwald und Treviranus doch tun, so treiben sie Verfassungsbruch.

Wen sie, sollte es mit dem Minderheitskabinett nicht gehen, zur Unterstützung heranzuziehen gedenken, darüber liegen bereits Informationen vor, denn Herr Treviranus hat in Berlin in einer öffentlichen Wahlversammlung erklärt, daß er und die gesamte Regierung die Gegner von rechts als künftige Mitarbeiter ansehe. Wenn man darüber hinaus erfährt, daß gewisse, der Regierung nahestehende Kreise bereits mit Adolf Hitler verhandeln, so werden die Pläne und Absichten klar, die Herr Brüning für den Notfall hegt.

Für uns gibts angesichts dieses drohenden offenen Rechtskurses nur eins: Unausgesetzte Wahlarbeit bis zur letzten Minute vor Schluß der Wahl. Denn eine starke Sozialdemokratie ist nötig, damit alle Diktaturpläne wie Kartenhäuser in sich zusammenfallen.

K. B.



Die Diktaturpläne

der Reichsregierung

München, 9. Sept. (Eig. Drahtber.) Als Reichskanzler Brüning Ende August zu einer Wahlrede für die Bayerische Volkspartei in München weilte, hatte er u. a. eingehende politische Besprechungen mit den prominenten Führern der Bayerischen Volkspartei, über die die Oeffentlichkeit bisher nichts erfahren hat. Daß im Mittelpunkt dieser Unterhaltungen die Frage des Kurses des Brüning-Kabinetts nach dem 14. September gestanden hat, wird jetzt durch eine Rede bestätigt, die Ministerpräsident Dr. Held in Regensburg gehalten hat. Held erklärt dort:

„Ich habe nur den Wunsch, mag kommen was will, daß das deutsche Volk in richtiger Erfassung seiner Lage mit Vernunft und Verstand diese Reichstagswahl vollzieht. Und sollte der Reichstag nicht so ausfallen, wie es im Interesse des deutschen Volkes liegt, dann haben Sie die Hoffnung, daß Reichspräsident und Reichsregierung fest stehen und unter allen Umständen die Führung im deutschen Volke behalten. Nur so können wir unsere Nation retten."

Die feste Hoffnung des bayerischen Ministerpräsidenten gründet sich, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, auf Mitteilungen, die ihm Brüning am 29. 8. über die Absichten eines Teiles seiner Regierung in München gemacht hat.

Disziplinarverfahren

gegen Nazi-Beamten

Darmstadt, 9. Sept. (Eig. Drahtbericht.) In Hessen ist jetzt zum ersten Mal gegen einen Beamten wegen seiner Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Amtsentlassung angeordnet worden. Das Verfahren richtet sich gegen den Schutzpolizeiwachtmeister Hallstein, der im Jahre 1925 von der Reichswehr übernommen wurde und dem zur Last gelegt wird, durch propagandistische Tätigkeit in der Schutzpolizei seine Dienstpflicht in der schwersten Weise verletzt zu haben.

Auch du kannst mithelfen am Sieg der SPD.!

Deine Kinder

sind erwachsen und üben irgendeinen Beruf aus, haben sich „auf eigene Füße gestellt", teilen nicht mehr den mütterlichen Haushalt und wohnen bei „fremden Leuten" auf Untermiete. Erinnere auch deine erwachsenen Kinder an ihre Pflichten den Eltern, der Gesellschaft und ihren Berufs- und Klassengenossen gegenüber. Ermahne sie zur Teilnahme an der Wahl. Ein Flugblatt, ein guter Ratschlag durch die fürsorgende Hand des Vaters oder der Mutter übermittelt, wird viel mehr beachtet, als ein Aufruf der Parteizeitung.

Deine Eltern

verbringen ruhig und bescheiden in hohem Alter ihren Lebensabend. Sie stehen dem politischen Tageskampf fern und wollen „mit Politik nichts zu tun haben". Was ein Flugblatt nicht vermag, kann ein persönliches Handschreiben von Sohn und Tochter erreichen. Erinnere deine Eltern, daß auch sie zur Wahl gehen müssen, daß nichtwählen eine ernste Preisgabe ihrer eigenen Interessen bedeutet.

Unruhen in Südbrasilien

Neuyork, 9. Sept. (Drahtmeldung.) Wie Associated Preß aus Montevideo berichtet, hat die Regierung von Uruguay in der Nacht die offizielle Nachricht erhalten, daß in dem brasilianischen Staat Rio Grande do Sul eine revolutionäre Bewegung im Gange sei. Man rechnet damit, daß die Unruhen in Brasilien weiter um sich greifen werden. In den bisherigen Meldungen wurde den Unruhen lediglich örtliche Bedeutung nachgesagt. Zur Sicherung der Grenze von Uruguay wurden zwei Regimenter Kavallerie entsandt.

„Die Religion ist in Gefahr!"

Wahlarbeit der katholischen Kirche

München, 9. September (Eig. Drahtbericht.) In den Schlußakkord des Wahlkampfes greifen nun, wie das in Bayern von jeher an der Tagesordnung war, die Bischöfe ein, von denen nicht weniger als 8 in dem verhältnismäßig kleinen Lande Bayern ihren Sitz haben. Sie werden samt ihren personellen stark übersetzten Domkapiteln von dem verarmten und verschuldeten Staat mit einem jährlichen Kostenaufwand von rund 1,4 Millionen Mark unterhalten. Jetzt haben sie Hirtenbriefe zugunsten der Bayerischen Volkspartei erlassen und zwar unter dem Motto: „Die Religion ist in Gefahr!" Die gläubigen Katholiken sind verpflichtet, nur solche Kandidaten zu wählen, die im Reichstag ersprießliche Arbeit auch für die Kirche leisten. Die einzelnen Hirtenbriefe, die von allen Kanzeln der katholischen Kirchen herab verlesen werden müssen, genügen aber den Bischöfen als Propaganda noch nicht. Ihre jährliche Konferenz haben sie dieses Mal in die Woche vor dem Wahltag gelegt, damit sie noch rechtzeitig durch gemeinschaftliche Beschlüsse auf den Ausgang der Wahlen einwirken können. Diese Konferenz findet am Mittwoch und Donnerstag unter dem Vorsitz des politisch besonders streitbaren Münchener Kardinals Faulhaber in Freising statt.

Rücktritt Walter von Molos

Berlin, 9. Sept. (Eig. Meldung.) Die Preußische Akademie der Künste teilt durch den Amtlichen Pressedienst mit, daß Walter von Molo den Vorsitz in der Sektion für Dichtkunst niedergelegt hat.

Nr. 211. 12. Jahrg. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Mittwoch, den 10. September 1930.

STADT GELSENKIRCHEN

Täglich 16 Stunden Arbeit / 3,50 RM Tagelohn Wählt Deutschnational!

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird von allen an der Wirtschaft Beteiligten sehr stark empfunden. Nicht zuletzt ist es die Arbeiterfrau, die an der Leere in ihrem Portemonnaie empfindlich die Auswirkung spürt. Und so kann es niemand der Frau eines Arbeitslosen verdenken, wenn sie ihrer Befürchtung Ausdruck gibt, daß sie eines guten Tages die Miete für ihre Wohnung nicht mehr bezahlen kann. Das tat denn auch eine Arbeiterfrau, als sie die Miete für ihre Werkswohnung bezahlte. Der Angestellte des Werkes glaubte, diese Gelegenheit benutzen zu müssen, um der Frau politischen Unterricht zu erteilen. Unter anderem sagte er, daß, wenn die Arbeiterschaft täglich 16 Stunden arbeite und dafür nur 3,50 RM Tagelohn erhielte, es in Deutschland wirtschaftlich besser aussehen würde. Am 14. September hätten die Wähler Gelegenheit, dieser Wirtschaftskrise ein Ende zu bereiten, dadurch, daß sie deutschnational wählten.

Das sind die Ziele der Reaktion, die am 14. September um Arbeiterstimmen buhlt. Täglich 16 Stunden Arbeit für 3,50 Reichsmark Tagelohn! Das könnte den Herren so passen. Denn dann haben sie ihren Profit gesichert und brauchen sich nicht weiter darum zu kümmern.

Täglich 16 Stunden Arbeit für 3,50 RM Tagelohn — dazu die Bemerkung des Angestellten: „Wählt deutschnational!", daran muß die Arbeiterschaft erkennen, was ihrer wartet, wenn diese Kreise um Hugenberg aus diesem Wahlkampf gestärkt hervorgehen. Kennzeichnend für die außerordentliche Bedeutung gerade dieser Wahl am 14. September ist der Umstand, daß die Angestellten des Schalker Vereins diese Art Agitation sogar in den Dienststunden im Verkehr mit dem Publikum treiben. Sollte es sich ein Arbeiter einfallen lassen, während der Arbeitszeit etwa für die SPD. zu agitieren, würde er glatt aufs Pflaster geworfen.

Arbeiter des Schalker Vereins, es geht bei dieser Wahl um nicht mehr und nicht weniger, **als die künftige Gestaltung der Wirtschaft in Deutschland.** Wollt ihr 16 Stunden arbeiten und 3,50 RM Lohn dafür erhalten, dann wählt deutschnational. Wollt ihr aber ein menschenwürdiges Dasein, dann bleibt euch keine andere Wahl, als der Partei die Stimme zu geben, die seit 1918 bewiesen hat, daß sie in allen Situationen den Vorteil der Arbeiterschaft zu wahren bemüht ist.

Wählt Liste 1: SPD.!

Ferienende

Abschied von der Freiluftschule
Dank an die Arbeiterwohlfahrt

Fünf Wochen — es ist eine lange Zeit, wenn sie vor uns liegt, — kurz, wenn wir sie rückblickend überschauen. Aber Ferienzeit scheint uns immer doppelt so schnell zu vergehen, als die Zeit des Alltags. Ferienpläne werden wohl in jeder Familie geschmiedet, — nur sehen sie recht verschieden aus. Die Leute mit dem großen Geldbeutel richten ihre Pläne auf See oder Hochgebirge, die mit dem kleinen suchen sich ein schöngelegenes Naturfreundehaus oder eine Jugendherberge aus, und wem es auch dazu nicht reicht, der beschließt, wenigstens recht oft nach Bad Grimberg zu gehen oder in den Stadtwald nach Buer und die anderen Grünanlagen. Bei diesen, deren Ferienpläne so ganz bescheiden sind, hat die Arbeiterwohlfahrt auch in diesem Jahre helfend eingegriffen, und was ihre Helferinnen und Helfer planten, den Kindern, die daheim bleiben müssen, recht viele Ferienfreude zu verschaffen, das ist nach bestem Können durchgeführt worden. Außer der Ferienfahrt, die 200 Kinder eine Woche lang nach der Jugendherberge Stausee brachte, ist fünf Wochen lang bei Regen und Sonnenschein die Kur in der Freiluftschule durchgeführt worden. So ist die leider nun stilliegende Freiluftschule wenigstens in den Ferienwochen gut ausgenützt worden. Die Zahl der Kinder wurde immer größer, und an den schönen Sonnentagen waren es sogar über 300, die sich da im Badeanzug den ganzen Tag in ungehemmter Freiheit tummelten. Das Planschbad war an diesen Tagen die größte Freude. Für die Helferinnen, die zum großen Teil selbst kinderreiche Familienmütter sind, war es nicht leicht, diese fünf Wochen durchzuhalten, aber sie sind nicht müde geworden, immer waren sie pünktlich zur Stelle bis zum letzten Tag, ja, noch einen Tag darüber hinaus, denn sie müssen nun erst noch gründlichen Hausputz in der Freiluftschule halten! Der eigene Haushalt mußte in diesen Ferienwochen daneben in den frühen Morgen- und späten Abendstunden besorgt werden. Aber die Freude der Kinder, die Begeisterung, mit der die Kinder immer wieder zur Freiluftschule zogen, ist ihnen, ebenso wie den jugendlichen Helfern und Helferinnen von den Kinderfreunden, Dank genug für alle Mühe.

Der letzte Tag in der Freiluftschule

war leider nicht vom Wetter begünstigt. Im Gegenteil, es war, als ob wir an diesem letzten Tage noch einmal an das naßkalte Wetter der ersten Ferienzeit erinnert werden sollten. Aber wer da geglaubt hatte, die Kinder würden sich vom Wetter abschrecken lassen, der hatte unsere wetterfeste Schar schlecht gekannt. Am Schluß dieses Tages stand doch das große Ereignis, das viele in freudiger Erwartung schon hatte nicht schlafen lassen: Die Heimkehr mit Fackeln und Reichsbannermusik!

Zur Feier des Tages hatten die Helferinnen die Tageshalle mit vielen Blumen, mit schwarzrotgoldenen Girlanden und Fahnen ausgeschmückt.

Die Kinder hatten ihren Dank an ihre Helferinnen auch dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie große Sträuße farbenprächtiger Herbstblumen aus dem Garten daheim mitgebracht hatten.

Nachmittags gabs Kaffee und Kuchen, und dann warteten sie alle aufs Dunkelwerden. Aber das dauert lange, wenn man darauf wartet! Endlich, endlich konnten die bunten Lampions angezündet werden. Die schwarzrotgoldenen, die roten und die Rote-Falken-Fahne flattern hoch, und mit einem herzlichen Gruß „Freundschaft!" an die allzeit hilfsbereiten Bewohner der Freiluftschule, Herrn Rektor Häckel und Frau, wurde von der Freiluftschule Abschied genommen.

Viele Eltern erwarteten den Kinderzug am Stadtgarten und begleiteten die Kinder durch die Straßen bis zum Elisabethplatz, wo der Zug mit einem Freundschaftsgruß an die Arbeiterwohlfahrt aufgelöst wurde.

Die Arbeiterwohlfahrt hat ihre Ferienarbeit beendet. Dank allen Helfern und Helferinnen! — Dank auch der Kapelle des Reichsbanners, die den Kindern auch in diesem Jahre die große Freude bereitet hat!

Hohenzollern-Millionen für Hitlerpartei

Wilhelm will sich sichern!

Ein Berliner Morgenblatt meldet, daß Wilhelm von Doorn den Nationalsozialisten durch Vermittlung des alldeutschen Oberfinanzrates, Bang, in den letzten Monaten nicht weniger als 2 Millionen RM zur Verfügung gestellt habe. Davon sei allein ½ Million für den Wahlkampf und für die Bewaffnung der nationalsozialistischen Sturmtruppen bestimmt. Das Geld sei ausgezahlt worden, nachdem Bang die Hohenzollern überzeugt habe, daß nur ein „Sieg Hitlers Deutschland von der Beschlagnahme des unbeweglichen Vermögens Wilhelms retten könne".

*

Wilhelm kann's ja bezahlen! Als der von der Sozialdemokratie veranstaltete Volksentscheid auf entschädigungslose Fürstenenteignung zwar 14½ Millionen Ja-Stimmen aufbringen konnte, aber an dem Widerstande aller bürgerlichen Parteien scheiterte, mußte Preußen schließlich einen Vergleich abschließen, der den Hohenzollern folgenden Besitz und folgendes Kapital (wir führen nur das wesentlichste an) übereignete:

Die nachstehend aufgeführten Nutzgrundstücke: Berlin: Oranienburger Straße 77; Charlottenburg: Dienstgebäude der Hofkammer am Luisenplatz; Potsdam: Matrosenstation am Jungfernsee mit dem Uferstreifen nördlich der Chaussee nach der Schwanenbrücke und der Glinicker Brücke und dem Grundstück Neue Königstraße 61, Grundstück an der Südostecke des Parkes von Charlottenhof, zwischen Schafgraben und Sigismundstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße 29, Allee nach Sanssouci 8, Schlößchen Lindstedt, Bornim, Dorfstraße 36-37 (Mädchenwaisenasyl Bethesda); Plön: Hinterreihe 309 b, Große Insel im Plöner See und Inselwerder Riff, Askanierturm am Werbellinsee, Denkmal des Prinzen Louis Ferdinand bei Saalfeld, Erlöserkirche in Gerolstein mit Villa Sarabodis, Evangelische Kapelle in Wildbad Gastein, Evangelisches Bethaus in Marienbad.

Die nachstehend aufgeführten Güter und Forsten mit den dazu gehörenden Gebäuden: Die Herrschaft Kadinen, die Güter und Forsten des Haus- und Kronfideikommisses, die Farmen Dickdorn und Kosis im früheren Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika, das Thronlehen Fürstentum Oels mit den dazu gehörigen Fideikommiß- und Allodialbesitzungen, die den Neben- und Seitenlinien gehörenden Güter Uetz, Paretz und Falkenrehde, Hemmelmark und Luisenberg, Frauendorf und Görlitz, Camenz, Seitenberg, Schnallenstein und Schönau.

Die bezüglichen Gegenstände, die sich am 1. November 1926 auf den dem vormals regierungen Königshause verbleibenden Grundstücken und im Möbelspeicher des Schlosses Charlottenburg befanden.

Der Staat zahlt an das vormals regierende Königshaus zu Händen des Wirklichen Geheimen Rats Friedrich von Berg fünf Millionen Reichsmark sogleich nach Genehmigung dieses Vertrages durch den Landtag, weitere fünf Millionen Reichsmark am 1. Februar 1927, weitere fünf Millionen Reichsmark am 3. Mai 1927.

Für Hitler und seine Schlägerkolonnen hat Wilhelm der Letzte Geld. Das den bürgerlichen Parteien nachlaufende Volk hat's ihm dafür reichlich überlassen. Seinem ihm ergebenen Adolf gibt er, um sich zu sichern. Das Ich stand bei Wilhelm immer voran. Und die Hitlerbewegung ist aufs neue in ihrem wahren Zweck gekennzeichnet!

Achtung, Erwerbslose!

Es finden in dieser Woche zwei

Erwerbslosenversammlungen

statt, und zwar am

Mittwoch, dem 10. dieses Monats, nachmittags 4 Uhr, im Eppmannschen Saale in Buer

und

Donnerstag, den 11. dieses Monats, nachmittags 5 Uhr, in der Stadthalle in Gelsenkirchen.

Erwerbslose! Um euer Schicksal geht es! Besucht die Versammlungen!

Mit dem Messer gegen den Bruder

Halb tot gestochen / Der Täter verhaftet

In der Nacht vom Sonntag zum Montag weilte der Bergmann Andreas Nowakowski, Gelsenkirchen, Magdalenenstraße Nr. 7, wohnhaft, in einer Wirtschaft auf dem Haferkamp. Er wurde aus der Wirtschaft herausgerufen, und als er vor die Tür trat, von seinem an der holländischen Grenze wohnenden Bruder Stefan überfallen. Blindlings stach Stefan auf seinen Bruder ein und versetzte ihm sechs Messerstiche in den Kopf und drei in die Hände. Blutüberströmt brach der Verletzte zusammen und mußte in seine Wohnung übergeführt werden. Es besteht Lebensgefahr. Das Motiv der Tat ist in schweren Familienstreitigkeiten zu suchen. Stefan N. war eigens nach Gelsenkirchen gekommen, um seinem Bruder, wie er sagte, einen „Denkzettel zu verabfolgen". Der Messerheld flüchtete nach der Tat, konnte jedoch von der Kriminalpolizei auf dem Bahnhof Bismarck, als er im Begriff war, abzureisen, festgenommen werden.

Folgenschwerer Verkehrsunfall

Ein Radfahrer lebensgefährlich verletzt.

Ein schreckliches Unglück ereignete sich vorgestern nachmittag kurz vor 6 Uhr auf der Abstraße hinter dem Rathaus, an der Einmündung der Klosterstraße. Der Büroinspektor Kürzel vom Fürsorgeamt, der seinen Dienst beendet hatte, fuhr mit dem Fahrrad vom Bürgersteig vor dem Fürsorgeamt auf den Fahrdamm und bog dann rechts in Richtung Hindenburgstraße ab. Ein Auto, das im gleichen Augenblick von der Propsteikirche her die Abstraße hinabfuhr, prallte auf den Radfahrer auf. Kürzel stürzte und wurde überfahren. Er wurde so hart mitgenommn, daß sich sofort an der Unglücksstelle eine Blutlache bildete. Der Führer des Wagens brachte den Verunglückten sofort ins Evangelische Krankenhaus. In den späten Abendstunden hatte der Verunglückte das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt. Er hat einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung davongetragen. Die Verletzungen sind lebensgefährlich.

Wie wir auf Anfrage gestern abend erfuhren, ist der Zustand des Herrn K. nach wie vor äußerst bedenklich.

Rasender Motorradfahrer verletzt ein Kind lebensgefährlich

In den Nachmittagsstunden des Dienstag führte die Raserei eines Motorradfahrers aus Wanne wiederum zu einem schweren Verkehrsunfall. Der Motorradfahrer Hermann Bräckelmann befuhr, von Wanne kommend, die Bulmker Straße in Richtung Gelsenkirchen Altstadt. An der Ecke Oskarstraße wollten mehrere Kinder die Straße überqueren. Einem von diesen Kindern, dem sechsjährigen, in der Oskarstraße wohnenden Hans Mantei, gelang es nicht mehr, den Bürgersteig zu erreichen. Der Knabe wurde von dem in rasender Geschwindigkeit ankommenden Motorradfahrer überfahren und trug schwere innere Verletzungen davon. Er wurde sofort ins Katholische Krankenhaus übergeführt. Mit seinem Ableben muß gerechnet werden. Der Motorradfahrer wurde von der Kriminalpolizei festgenommen. Die polizeiliche Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Einer der vernommenen Zeugen behauptet, der Motorradfahrer sei schätzungsweise in einem Tempo von 80 Kilometer gefahren.

Städtische Konzerte

Einzeichnungsfrist bis zum 15. September.

Es sei darauf hingewiesen, daß die Buerschen Konzert-Abonnenten die im Rahmen der sechs Veranstaltungen stattfindenden beiden Musikvereinskonzerte, die außer im Hans-Sachs-Haus auch in der Schauburg in Buer gegeben werden, nach Wahl in Gelsenkirchen oder Buer besuchen können. Die zum Besuch dieser Konzerte in Buer berechtigenden Karten können jeweils gegen Vorzeigung der Vormietekarte in den Vorverkaufsstellen entnommen werden. Die Einzeichnungsfrist für die Vormiete zu den städtischen Veranstaltungen läuft für die bisherigen Vormieter noch bis zum kommenden Montag, dem 15. September. Für neuhinzukommende Abonnenten beginnt die Einzeichnungsfrist am Mittwoch, dem 17. September.

Schonzeit für Drosseln das ganze Jahr

Nach einer Bekanntmachung des Bezirksausschusses zu Münster vom 15. August 1930 (Amtsblatt vom 23. August 1930, Stück 34) ist die Bekanntmachung vom 17. Juli 1930 insofern berichtigt, als die Schonzeit für Drosseln (Krammetsvögel) und Wachteln für das ganze Jahr besteht.

Morgen Versteigerung! Morgen (Donnerstag), den 11. dieses Monats, findet im Städtischen Leihamt, Oststraße 1, von 8 Uhr ab Versteigerung der verfallenen Pfänder statt.

STADTTEIL BUER

Stammtischpolitik oder was sonst?

Eine Gelsenkirchener Zeitung macht Mitteilung über eine geheime Besprechung, die vor kurzem in Buer stattgefunden hat und unter dem Zeichen „Los von Gelsenkirchen" stand. In dieser von dem Gastwirt Eppmann einberufenen Besprechung, an der die Vorsitzenden der Bürgervereine von Buer Nord, Hassel, Erle und Beckhausen, der Syndikus des Mittelstandshauses, ein Architekt und Buersche Zeitungsleute, Kaufleute und Angehörige der Buerschen Zentrumsfraktion teilnahmen, wurde von allen Seiten betont, daß die Auswirkungen des Zusammenschlusses von Gelsenkirchen, Buer und Horst für den Stadtteil Buer derartig ungünstig seien, daß alles darangesetzt werden müsse, von Gelsenkirchen wieder loszukommen, um entweder die kommunale Selbständigkeit wiederzuerlangen oder als selbständige Gemeinde in eine vestische Arbeitsgemeinschaft bzw. einen zu schaffenden vestischen Großkreis hineinzugehen. Irgendwelche Beschlüsse sollen noch nicht gefaßt sein, doch soll die Angelegenheit weiter im Auge behalten und energisch betrieben werden.

Zu dieser Aufsehen erregenden Mitteilung erfährt ein Mitarbeiter von genau unterrichteter Seite, daß die erwähnte Besprechung tatsächlich stattgefunden hat, allerdings schon vor etwa zwei Monaten, und daß auch die in der Meldung genannten Personen an der Besprechung teilgenommen haben. Irgendeinen praktischen Erfolg hat die Besprechung allerdings nicht gehabt, vielmehr ist man sich auch angesichts der Zusammensetzung des Kreises der Teilnehmer darüber klar gewesen, daß auf dieser Basis irgendein Erfolg nicht zu erwarten sei, und daß die Frage selbst viel zu wichtig und schwerwiegend sei, als daß sie von diesem Gremium weiter vorgetrieben, geschweige denn gelöst werden könne. Unter diesen Umständen sind die Teilnehmer ohne größere Aussprache unverrichteter Dinge wieder auseinandergegangen. Einer der Teilnehmer hat dann ein Protokoll über diese Sitzung aufgesetzt, und dieses Protokoll kursiert seitdem in ganz Buer. Die ganze Angelegenheit ist reichlich mysteriös, aber ein Beweis dafür, wie stark die Unzufriedenheit in Buer über die praktischen Ergebnisse des Zusammenschlusses zu Groß-Gelsenkirchen ist. Eine Unzufriedenheit, die besonderen Antrieb erfahren hat durch den Beschluß der Stadtverordnetenmehrheit, aus dem zunächst vom Landtage beschlossenen Doppelnamen Gelsenkirchen-Buer die Bezeichnung Buer fallen zu lassen und der Gesamtstadt lediglich den Namen Gelsenkirchen zu verleihen.

Es ist kaum damit zu rechnen, daß diese Bestrebung in Buer einen Erfolg in dem Sinne der Wiederabtrennung von Buer zeitigen wird, da der Landtag wohl kaum Neigung verspüren dürfte, gelöste Eingemeindungsfragen, deren Schwierigkeit auf der Hand liegt, nochmals zu erörtern und dabei zu einem anders lautenden Beschlusse zu kommen.

Wahlzeit am Sonntag, dem 14. Sept., von 8 bis 17 Uhr

Wer am Vormittag wählt, erleichtert die Wahlarbeit!

Die „Vestische" wird billiger

Der 15-Pfennig-Fahrschein kommt!

Den vielen Straßenbahn-Fahrgästen des Vestes wird heute eine erfreuliche Kunde:

Wie wir hören, hat die Tarifkommission der Vestischen Kleinbahnen beschlossen, den Fahrpreis für eine Teilstrecke um 25 Prozent zu ermäßigen und von 20 auf 15 Pfenig herabzusetzen. Der neue Fahrpreis tritt am 1. Oktober in Kraft.

Dieser begrüßenswerte Beschluß ist um so bemerkenswerter, als die wesentliche Preisherabsetzung nicht etwa eine Verkehrsstreckenlänge zur Folge hat, als keine Linie der Vestischen Kleinbahnen von dieser erheblichen Verbilligung ausgeschlossen wird, die Preisherabsetzung um nicht weniger als 25 Prozent daher allen Kurzstreckenfahrern des Vestes zugute kommt.

Der Beschluß der Tarifkommission bedeutet in der heutigen Zeit wirklich eine Tat! Während die Reichsbahn und fast alle Straßenbahngesellschaften ihre Rettung aus der Finanznot in einer Erhöhung der Tarife erblicken, gehen die Vestischen Kleinbahnen in richtiger Erkenntnis der Volkspsyche und der volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten bewußt und entschlossen den umgekehrten Weg: Die Vestischen Kleinbahnen setzen den Fahrpreis herab!

Endlich findet sich ein großes Unternehmen, das den Mut hat, das Schlagwort unserer Tage: „Preisabbau" zu verwirklichen. Wir freuen uns, daß es ein rein kommunales Unternehmen ist, das diesen bemerkenswerten Schritt wagt.

Es zeigt sich mit erfreulicher Deutlichkeit, daß die Vestischen Kleinbahnen mit ernstem Willen bemüht ist, ihren Betrieb nach wirtschaftlich gesunden Grundsätzen zu rationalisieren. Heute, wo jeder Groschen wieder in der Hand umgedreht wird, ist es wahrhaftig nicht gleichgültig, ob eine Straßenbahnfahrt hin und zurück 30 oder 40 Pfennig kostet. Man darf den Vestischen Kleinbahnen für ihren beherzten Schritt nur danken. Der Erfolg für das Straßenbahnunternehmen und die Fahrgäste wird sicher sein: Wir fahren billig, und die „Vestische" „fährt gut dabei"; denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Preisabbau den Verkehr auf der Vestischen stark beleben und so „trotz e[illegible]höhte Einnahmen zur Folge haben wird.

Warnung vor einer Warenschwindlerin

Im Monat Juli dieses Jahres hatte eine bisher unbekannte Frau in Buer mehrere Geschäfte ausgesucht, sich als Ehefrau Steinert ausgegeben und Waren ohne Bezahlung erschwindelt. Sie gab dabei an, in der Nähe des Geschäftes zu wohnen, ihr Ehemann sei krank und erwerbslos. In den nächsten Tagen, wenn er Krankengeld erhalte, würde sie ihre Rechnung begleichen. Mit diesen betrügerischen Angaben hatte sie vielfach Glück, und arglos wurden ihr die Waren ausgehändigt. Vor der Frau wird hiermit gewarnt. Es scheint sich um eine reisende Betrügerin zu handeln. Die Schwindlerin ist etwa 45 Jahre alt, 1,65 bis 1,70 Meter groß, hat gesundes Gesicht, dunkle Haare und trug dunklen Mantel mit hellem Besatz. Sie hatte eine geflochtene Einkaufstasche bei sich.

„Freundliche" Söhne

Vorgestern morgen gegen 3.40 Uhr drangen die Gebrüder H. J. und W. J. aus der Beckeradstraße in die Wohnung ihres Vaters an der Koloniestraße, begaben sich in das Schlafzimmer und fielen über den Vater her. Sie bearbeiteten ihn mit einem Beil und einer Bierflasche, so daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Nach Angabe des Arztes besteht Lebensgefahr. Die beiden Gebrüder wurden festgenommen.

Aus der Straßenbahn gestürzt

Am Sonntagabend gegen 9 Uhr wollte eine Mitte der vierziger Jahre stehende Frau aus Buer-Hassel an der Freiheit aus einem in voller Fahrt befindlichen Wagen der Linie 10 herausspringen, da sie versehentlich in diesen Wagen gestiegen war. Bevor der Schaffner, der im Wageninnern war, die Frau an ihrem Vorhaben hindern konnte, war sie bereits in verkehrter Fahrtrichtung herausgesprungen und schlug mit großer Wucht mit dem Hinterkopfe auf die Straße. Die Verletzungen, die sie davongetragen hatte, waren indessen nicht derartig schwerer Natur, wie es zunächst den Anschein hatte. In der Hauptsache hatte sie blutige Verletzungen am Hinterkopfe durch Eindringen von Haarnadeln in die Kopfhaut erlitten. Sie konnte, nachdem ihr die erste Hilfe zuteil geworden war, ihren Heimweg nunmehr in der richtigen Straßenbahn nach Hassel fortsetzen.

Grubenunfälle

Bei der Ausübung seines Berufes trug der Bergarbeiter Wilhelm Heckert aus Gelsenkirchen im unterirdischen Betriebe der Zeche Wilhelmine Viktoria derart schwere Verletzungen davon, daß er gestern dem Krankenhaus Bergmannsheil 2 durch die Unfallwache zugeführt werden mußte. Ebenso mußte gestern der Bergarbeiter Kurt S., der im Betriebe der Zeche Konsolidation schwere Kopfverletzungen davontrug, dem Krankenhaus überwiesen werden.

STADTTEIL HORST

Ein Gast, auf den die Wirte keinen Wert legen

In einer Horster Wirtschaft bekam ein Gast am Montagabend wegen der Bezahlung der Zeche mit dem Wirte eine Auseinandersetzung. Die Aufforderung zu zahlen und das Lokal zu verlassen, ließ ihn derartig in Wut geraten, daß er eine Glasscheibe in der Wirtschaftstür einschlug und sich dabei erhebliche Schnittwunden an der Hand zuzog. Zu guter Letzt wurde er noch von einer Streife zur Feststellung der Personalien zur Wache gebracht.

Auf der Landstraße zusammengebrochen

Auf der Kreisstraße Buer—Dorsten in der Dorstener Feldmark wurde am Samstagabend ein Unbekannter bewußtlos aufgefunden. Er wurde in ein nahe gelegenes Haus gebracht, wo er nach einiger Zeit wieder zu sich kam. Er gab an, im Alter von 35 Jahren schon mehrere Jahre erwerbslos und von seinem Heimatsort Dortmund aus schon mehrere Tage auf der Arbeitssuche zu sein. Von Hunger und Entkräftung übermannt, sei er auf der Straße zusammengebrochen. Man schaffte ihn nach Dorsten ins St.-Elisabeth-Hospital, wo ihm für einige Tage die notwendige Pflege zuteil werden wird.

Persönliche Erklärung!

Der Essener Redakteur des „Dortmunder Generalanzeigers" namens Eugen Hartmann, der vor nicht langer Zeit in einer ungewöhnlich unschönen Art den Redakteur unseres Essener Bruderblattes angegriffen hatte, hält es für angebracht, mich aufs neue anzupflaumen. Zuerst griff er mich eines Artikels im „Volkswillen" wegen an, den ich geschrieben haben sollte. Ich mußte der Wahrheit entsprechend erklären, daß ich mit dem Artikel nichts zu tun habe und in Urlaub war, als der Artikel erschien. Jetzt schreibt Hartmann, er hätte mich auf Grund meines Schreibens telefonisch zu erreichen versucht, doch sei dies meines Urlaubs wegen unmöglich gewesen. Für die Zeit nach der Wahl kündigt der Herr Hartmann weitere Angriffe gegen das Reichsbanner an. Wir werden abwarten und unsere Maßnahmen gegen das Sensationsblatt zu treffen wissen. Seine Forderungen an die Polizeibehörde sind unerheblich. Eine verantwortliche Behörde nimmt das Dortmunder Sensationsblatt nicht ernst. Die kleinste Notiz im „Volkswillen" wiegt in dieser Beziehung mehr, als spaltenlanges Sensationsgeschreibsel im Generalanzeiger. Am Schluß seines Artikels fragt Hartmann die „aufrechten Reichsbannerleute", was sie zu dem „Reichsbannerführer" Hau zu sagen hätten, der einen Tenholt verteidige. Diese Verteidigung ist zunächst durch den „Volkswillen" erfolgt. Im übrigen soll sich Eugen Hartmann nicht lächerlich machen. Der junge Mann ist natürlich nicht Mitglied des Reichsbanners. Es ist aber schon dafür gesorgt, daß sich auch maßgebende republikanische Kreise in Essen mit der Essener Redaktion des Sensationsblattes aus Dortmund beschäftigen.

J. Hau.

*

Wir möchten mit dieser persönlichen Erklärung des Genossen und Reichsbannerkameraden Hau sagen, daß es unser Wunsch ist, daß damit diese Kampagne, die ja lediglich durch unglückliche Verkettung technischer Art — nicht geistig-redaktioneller — herbeigeführt wurde, beendet sein möge. Zur Sache selbst fügen wir abschließend hinzu, daß es eine bewußt oder unbewußt ausgesprochene Behauptung des Generalanzeigers ist, wenn er in seiner Nummer von Dienstag, den 9. September, schreibt, ein Sonderberichterstatter des „Volkswillen" sei in dem fraglichen Strafprozeß gegen Olschowy und Genossen am Landgericht Essen nicht zugegen gewesen. Wir haben selbstverständlich unseren eigenen Berichterstatter zu dieser, in Gelsenkirchen so ungemein interessierenden Verhandlung entsandt. Es ist deshalb völlig abwegig — um kein schärferes Wort zu gebrauchen —, wenn der Generalanzeiger zu schreiben wagt, unser Prozeßbericht sei auf das zurückzuführen, was Herr Tenholt unserer Redaktion über den Prozeß mitgeteilt habe.

Erholungsgebiet oder Wohnkolonie?

Wie stellt sich der Ruhrsiedlungsverband dazu?

Eine Zuschrift des Eingemeindungsausschusses des Amtes Haltern gibt Befürchtungen Ausdruck, daß das Erholungsgebiet rund um den Halterner Stausee teilweise seinen heutigen Charakter verlieren solle, da seitens der Stadt Haltern, die umfangreichen Wald- und Grundbesitz in der Umgebung des Halterner Stausees ihr eigen nennt, beabsichtigt werde, an einer landschaftlich schönen Stelle größeren Flächenraum einer Bodenverwertungsgesellschaft zur Verfügung zu stellen, um dort eine größere Wohnkolonie zu errichten. Gerüchte, die schon seit längerer Zeit gehen, wollen wissen, daß die Stadt Haltern, um aus ihrer finanziell schwierigen Lage herauszukommen, tatsächlich beabsichtige, entweder selbst einer derartigen Bodenverwertungsgesellschaft beizutreten oder größere Grundstücksverkäufe an eine solche Gesellschaft vorzunehmen. Die Verwirklichung dieser angeblichen Absicht würde bedeuten, daß das landschaftlich reizvolle Bild der Umgebung des Stausees mit ihren Wald- und Heidepartien zum größten Teil seine Ursprünglichkeit verlieren würde, um einer Anzahl finanziell gut gestellten Personen Gelegenheit zu geben, dort Land- und Wochenendhäuser zu errichten. Da der Bezirk Haltern durch die Umgemeindung nach dem Landkreis Recklinghausen jetzt auch zum Bezirk des Ruhrsiedlungsverbandes gehört, würde eine derartige Absicht nur verwirklicht werden können, wenn der Ruhrsiedlungsverband seine Zustimmung dazu geben würde. Dieses dürfte indessen nach Lage der Dinge mehr als zweifelhaft erscheinen, um so mehr, als der Verbandsausschuß gerade in seiner letzten Sitzung sich sehr energisch gegen das wilde Siedeln in landschaftlich schönen Gegenden ausgesprochen hat.

Vogelschießen

Die Pressestelle des Polizeipräsidiums teilt mit:

Durch die Provinzial-Polizeiverordnung vom 18. Juli 1930 (veröffentlicht im Regierungsamtsblatt 1930, Nr. 30, vom 26. Juli 1930) haben die §§ 1 und 2 der Provinzial-Polizeiverordnung vom 26. Januar 1928 betr. das Abhalten von Preis-, Uebungs- und Wettschießen und die Anlage von Schießständen eine neue Fassung erhalten.

Nach § 1 ist auch das ortsübliche und volkstümliche Vogelschießen nur noch von solchen Schießständen möglich, die von der Ortspolizeibehörde genehmigt und ordnungsmäßig abgenommen worden sind.

Raubüberfall eines Achtzehnjährigen in einem Café

Die Besitzerin durch einen Schuß getötet.

Als am Sonntagabend im Café Kölker in Bielefeld keine Gäste mehr anwesend waren, läutete plötzlich die Türklingel. Als sich Frau Kölker in das Lokal begab, um den verspäteten Gast zu bedienen, krachte ein Schuß, und die Frau brach, von einer Kugel in den Unterleib getroffen, zusammen. Der Täter, der es offenbar auf die Ladenkasse abgesehen hatte, flüchtete, sein Fahrrad am Tatort zurücklassend. Die Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus geschafft, wo sofort eine Operation vorgenommen wurde, die aber ohne Erfolg war, denn kurz nach Beendigung derselben verstarb die Frau. Auf Grund der genauen Personenbeschreibung gelang es der Kriminalpolizei, einige Stunden später den Täter auf dem Hauptbahnhof festzunehmen. Ein zweiter junger Mann wurde, als der Mittäterschaft verdächtig, aus dem Zuge nach Herford herausgeholt. Es handelt sich um den 18jährigen Malerlehrling Paul Korneck und den gleichaltrigen Arbeiter Fischer, die erst am Samstag aus der Erziehungsanstalt Klausheide entlassen worden waren. Sie sind geständig. Das Fahrrad war am Tage vorher gestohlen worden.

Wegen Arbeitslosigkeit aus dem Fenster gesprungen

In einem Anfalle von geistiger Umnachtung sprang der 28 Jahre alte Büroangestellte Josef Wand in Dortmund aus dem Fenster seiner im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung in der Schulstraße. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb. Der Grund zur Tat ist in langer Erwerbslosigkeit zu suchen.

*

Wie viele solcher Fälle wird die furchtbare Geißel der Erwerbslosigkeit wohl noch herbeiführen! Und da reden die Herren vom Geldsack, daß die Erwerbslosen zu faul zum arbeiten seien. — Pack!

Wir leisten mehr!

Unsere Qualitätsangebote im Zeichen unerhört billiger Preise beweisen es

Die Schlager-Preise für Schuhe u. Strümpfe sind bis 13. Septb. verlängert



6.85 Trotteurstiefelgen, mittelbraun mit dunkelbeige

7.85 Lackspangen, LXV-Absatz

8.8. Herbsttrotteur, Lack mit schwarz Wildleder

9.85 Lackschuh für Herren, sehr vornehm

10.8 Braun od. schw. Boxkalf, echt Rahmenarbeit

Tack & CIE. A-G BURG B. M.

Verkaufsstelle Conrad Tack & Cie. G. m. b. H. Gelsenkirchen, Bahnhofstr. 19

Nr. 211. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Mittwoch, den 10. September 1930.

Nazi-Typen und Nazi-Lumperei

Wir entnehmen unserem Bochumer Bruderblatt u. a. folgende Kenneichnung von Nazi-Führern:

Augenblicklich brennt es den Bochumer Nazis wieder auf den Nägeln. Einer der besten, Walter Buttgereit, stellvertretender Gauführer, SA.-Führer und Geschäftsführer der NSDAP. in Bochum, verunglückte im Juni d. J. auf einer Fahrt mit dem Lastauto nach Wiedenbrück tödlich. Buttgereit hinterließ eine Frau, und seine Frau, des Ernährers beraubt, ging zu den Pg. ihres toten Mannes und bat um Unterstützung.

Man hatte aber für die unglückliche Frau kein Geld, sondern wies sie ab mit dem Bemerken, es fehlten für über 400 Mk. die Belege in der von ihrem Mann verwalteten Kasse. Unterstützung könnte sie nicht bekommen.

Man erzählt sich allerlei über den Fall Buttgereit. Buttgereit habe trotz seines gefährlichen und aufreibenden Postens als Geschäftsführer usw. nur ein Monatsgehalt von 200 RM bekommen. Der Nazi-Oberführer Wagner dagegen habe ein schätzungsweise sicheres Einkommen von mindestens 1000 RM (in Worten Eintausend Reichsmark) monatlich, oder 12 000 RM pro Jahr. Trotzdem schreibe dieser Mann dem Gerichte Briefe, worin mitgeteilt wird, **daß er über steuerpflichtiges Einkommen nicht verfüge und unpfändbar sei!**

Wir sind in der Lage, für das hier Gesagte die nötigen Unterlagen durch folgendes

Schreibens Wagners an die Gerichtskasse in Bochum

zu erbringen. Das betreffende Schreiben ist folgenden Wortlauts:

„Mit Postdatum vom 17. März 1930 stellten Sie mir eine Kostenrechnung, datiert vom 10 ds., in Höhe von insgesamt 50,15 M. zu. Es handelt sich bei diesem Betrage um Beweisgebühren und Auslagen-Vorschuß, nebst Porto. Da ich den Prozeß nicht angestrengt habe, lehne ich jede Zahlung von Kostenvorschüssen ab, sondern muß Ihnen anheimstellen, diese vom Kläger und Urheber des Prozesses einzufordern.

Versuch auf Eintreibung durch Pfändung verläuft fruchtlos, da ich weder ein steuerbares Einkommen, noch pfändbare Stücke besitze. Ich erhebe somit Einspruch gegen die obenbezeichnete Kostenrechnung. Joseph Wagner, Reichstagsabgeordneter."

Dieses Schreiben Wagners, über dessen Echtheit kein Zweifel besteht, vervollständigt das Bild, das die Oeffentlichkeit bisher von diesem Führer der NSDAP. gewonnen hat. Wagner bezieht, wie jeder Mensch weiß, als Mitglied des Reichstages an Diäten jährlich rund 9000 RM. Dazu kommen als weitere Einnahmen die Spesen, die er von seiner Partei erhält. Diese betragen, nach unserer Information, pro Versammlungsrede 25 RM. Ist Wagner während der Reichstagstagung für seine Partei im Lande agitatorisch tätig, so bekommt er für die Reichstagsversäumnis eine besondere Vergütung. Er ist also keineswegs etwa mittellos. Das Gesamteinkommen Wagners wird von Kennern der nationalsozialistischen Bewegung auf 12 000 bis 15 000 RM im Jahre geschätzt. In Kreisen der Bochumer NSDAP. soll dem Gauführer die gewaltige Höhe seines Einkommens schon mehrfach zum Vorwurf gemacht worden sein. Als Bochumer Stadtverordneter erhält Wagner außerdem eine monatliche Vergütung von 20 RM, die er in voller Höhe einstreicht, da er größtenteils von Bochum abwesend ist und daher dieses Geld in Ausübung seines Stadtverordnetenmandats nicht zu verwenden braucht.

Der Mann hat also alle möglichen Einnahmen, dennoch aber macht er der Gerichtsbehörde solche Angaben!

Im vorliegenden Falle konnte sich das Gericht an den Zweitschuldner halten, und von diesem die 50,15 RM Kostenvorschuß einfordern, sonst hätte es Wagner zum Offenbarungseid laden müssen. So etwas dürfte in Deutschland wohl noch nicht dagewesen sein, daß ein Reichstagsabgeordneter der Gerichtsbehörde gegenüber erklärt, er sei unpfändbar!

Immerhin ist das Einkommen Wagners noch nicht ganz so hoch wie das des thüringischen Ministers Dr. Frick, der ein Jahreseinkommen von rund 30 000 RM hat. Wer aber zweifelt daran, daß es Wagner auch noch so weit bringt, wenn das Volk so dumm ist und ihn weiter zum M. d. R. macht?!

Kann man es unter solchen Umständen andern Nazileuten verdenken, wenn sie ebenfalls nach hohen Einkommen trachten?

Die Herren Naziführer stecken Riesseneinkommen ein, und eine unglückliche Frau, deren Mann im Dienste der nationalsozialistischen Bewegung zu Tode kommt, wird abgewiesen!

Wir fragen die Nazis, wie sie das mit ihrem nationalsozialistischen Gewissen vereinbaren wollen. Sie predigen doch täglich das „Dritte Reich", in dem alles eitel Wonne sein soll, und hier lassen sie eine arme, unglückliche Frau in ihrer Not einfach sitzen!

Geld stinkt doch bei den Nazis nicht. Sie können sich also nicht etwa damit herausreden, daß sie keins hätten. Wenn gewisse Stellen Geld vom Auslande bekommen, sogar von Mussolini, wie ein Naziführer dieser Tage in einer Münchener Versammlung verriet, und wenn die Großindustriellen den Nazi-Karren schmieren; wenn oberste Nazi-Bonzen die Geschäftskassen bestehlen — siehe Kassel, Düsseldorf, Frankfurt —, wenn, ein ganz großer Schwindler, der Judenfresser Kirchner, jahrelang seine Betrügereien in Essen betreiben konnte; warum sollte da für eine arme Witwe kein Geld vorhanden sein, um sie vor größter Not zu bewahren?! Aber da spielt man mit dem Vorwand, der tote Führer sei ein Defraudant gewesen oder habe sonst etwas bewerkstelligt.

* * *

War Buttgereit Polizeispitzel?

Wie uns berichtet wird, haben die Nazi-Heldenführer beschlossen, nach der Wahl — vorher könnte die Sache zu viel Leichengeruch verbreiten — die mit großem Pomp beerdigten Opfer jener Unglücksfahrt, Buttgereit und König, in ihrem gemeinsamen Grab voneinanderzutrennen. Buttgereit soll nun, Monate nach seinem tragischen Tode, aus dem Kreise der Helden des „Dritten Reiches" ausgeschlossen werden. Nach Mitteilung des „Dortmunder Generalanzeigers" — die Verantwortung für die Richtigkeit müssen wir diesem überlassen — soll der tote **Buttgereit in engen Beziehungen zur Polizei gestanden** und dieser das ganze Treiben der Nazis verraten haben. Für die Tätigkeit habe B. eine besondere Entschädigung bekommen. In der Wohnung Buttgereits habe man nach dessen Tode seitens der Nazis Haussuchungen (!) vorgenommen, was die Frau Buttgereit veranlaßt habe, die Hakenkreuzkränze vom Grabe ihres Mannes zu entfernen.

Das genannte Blatt veröffentlicht die auch uns nicht unbekannten

Organisationspläne der NSDAP.,

insbesondere der Sturm- und Schutzstaffel-Abteilungen. Als Standartenführer in Bochum wird der bekannte Naziführer Otto Voß, Poststraße Nr. 5, benannt. Die Stärke der Bochumer SA. wird mit 120 Mann angegeben. Daran ist soviel richtig, daß Otto Voß jahrelang der Führer der Bochumer Standarte gewesen ist. Er hat aber im Sommer dieses Jahres, also kurz nach dem Tode Buttgereits diesen Posten offiziell niedergelegt. An dessen Stelle fungiert jetzt ein andrer Naziführer. Otto Voß spielt in der Bochumer nationalsozialistischen Bewegung nach wie vor eine besondere Rolle, wie schon aus seinem Auftreten in Versammlungen hervorgeht.

*

Aus vorstehendem gewinnt die Oeffentlichkeit einen neuen Einblick in das wahre Wesen der Nationalsozialistischen Partei. Was für ein Durcheinander, was für ein Chaos! Wer sich noch ein wenig Sinn für Reinheit und Klarheit bewahrt hat, dem muß der Ekel packen. Er kann dieser Gesellschaft unmöglich am 14. September seine Stimme geben.

Er muß sozialdemokratisch wählen,

Liste 1!

*

In Hagen amtiert der Polizeipräsident Schöbel, der parteipolitisch zur Sozialdemokratie gehört. Dies genügt den Lumpen aus dem dortigen Nazilager, ihn in der hinterlistigsten Weise anzugreifen. Sie verbreiteten dieser Tage ein Flugblatt, in dem sie, die sich schimpflicherweise „Arbeiter"-partei nennen, den Polizeipräsidenten verhöhnen, weil er einst Arbeiter war. Weiter stellten sie eine Reihe Fragen, durch die der Eindruck erweckt werden soll, als ob im Hagener Polizeipräsidium die schlimmste Korruption und Unordnung herrsche. Selbstverständlich ist daran kein wahres Wort, wie aus dem nachfolgendem Schreiben hervorgeht, das der Hagener Polizeipräsident sendet:

Von der NSDAP. in Hagen wird ein Flugblatt mit der Ueberschrift „Korruption beim Hagener Polizeipräsidium" verbreitet.

Es werden eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die dazu dienen sollen, die Bevölkerung in den Glauben zu versetzen, daß der Kassenbetrieb, für den selbstverständlich der Polizeipräsident Schöbel, ebenso wie für die gesamte Polizei, verantwortlich ist, stark korrumpiert sei.

Zur Aufklärung der Bevölkerung sollen deshalb die in dem Flugblatt gestellten Fragen beantwortet werden:

1. In der Kasse der Hagener Polizei ist ein Fehlbetrag nicht vorhanden.
2. Die Lieferanten der Schutzpolizei haben die vorgelegten Rechnungen nach Prüfung derselben bezahlt bekommen. Bei dieser Prüfung, bei der häufig auch noch andere Behörden mitbeteiligt werden müssen, kann es vorkommen, daß der Lieferant eine gewisse Zeit auf die Bezahlung seiner Rechnung warten muß.
3. Von der Polizei sind die Lieferanten nicht angepumpt worden, vor allm nicht, um eine Ebbe in der Kasse zu verschleiern. Wohl ist es richtig, daß ein Beamter des Polizeipräsidiums bei einem Lieferanten Geld aufgenommen hat und dafür einen Darlehnsvertrag mit dem Lieferanten abgeschlossen hat. Selbstverständlich werden die Zinsen von dem Darlehnsnehmer, dem Beamten, gezahlt.
4. Dem Polizeipräsidenten sind weder ein Herrenzimmer oder sonst Wohnungseinrichtungs-Gegenstände geschenkt worden.
5. Aus der Beantwortung vorstehender Fragen ergibt sich, daß der Polizeipräsident keine Veranlassung hatte, nach Arnsberg zu fahren. Ob er wegen der Inkorrektheit des ihm unterstehenden Beamten, der bei Lieferanten Geld geborgt hat, noch nach Arnsberg fahren wird, muß ihm wohl überlassen bleiben.

Leider kann gegen den Verfasser nicht strafrechtlich vorgegangen werden, weil lediglich Fragen gestellt und keine Tatsachen behauptet worden sind.

Es ist traurig um eine politische Partei bestellt, die zu solchen hundsgemeinen Mitteln greifen muß, um damit Geschäfte zu machen. Einen anständigen Kampf haben wir von den Nazis nicht erwartet und erwarten ihn auch nicht. Gegen solche Erbärmlichkeiten der Nazis, die sich selbstverständlich auch anderwärts ereignen, gibt es nur ein Ausspucken und am 14. September die Abgabe des Stimmzettelns für die Liste 1, Sozialdemokratie!

Adam Stegerwald

Ein Zeitbild dieses „christlichen" Reaktionärs

Bis vor einigen Jahren war Adam Stegerwald der Führer der christlichen Gewerkschaften in Deutschland. Sein Streben geht seit langem weiter; er fühlt sich zu etwas Höherem berufen. In Preußen ist er einmal für kurze Zeit Ministerpräsident gewesen. Damals wurde auf ihn der Spottvers gedichtet:

Wer hat dich, du Stegerwald,
Aufgebaut so hoch da droben?

Seit dieser Zeit soll bei Adam Stegerwald der Wunsch nach dem Ministersessel sehr lebendig geworden sein. Leute, die ihn gut kennen, sind sogar der Ansicht, daß er nach dem Reichskanzlerposten schielt. Aber da ist ihm sein Schüler Dr. Brüning einstweilen zuvorgekommen. Brüning war Frontsoldat und Adam Stegerwald in der Etappe während des Weltkrieges. Dennoch fühlt Stegerwald sich in dem „Frontkämpfer"-Kabinett ganz wohl.

Unzweifelhaft besitzt Adam Stegerwald Fähigkeiten. Sie paaren sich in seinem christlichen Innern mit einer schon wiederholt hervorgetretenen sozialreaktionären Gesinnung. Er ist darum der Mann des Unternehmertums.

In der Reichsregierung sitzt Stegerwald seit Juni 1928. Fast zwei Jahre lang hat er das Reichsverkehrsministerium verwaltet. Ueber besondere Leistungen Stegerwalds als Minister ist in dieser Zeit nichts bekannt geworden. Nach dem Sturz des Kabinetts Müller in diesem Frühjahr wurde Stegerwald Reichsarbeitsminister. Seine ersten Taten, weswegen er von der Unternehmerpresse so sehr gelobt wurde, bestanden in dem

Abbau der Arbeitslosen- und Krankenversicherung.

Diese lebenswichtigen Einrichtungen des arbeitenden Volkes hat er so verschlechtert, wie es, weiß Gott, ein Deutschnationaler auch nicht schlimmer getan haben würde. Man wird ihm darum das Arbeitsministeriums selbst dann überlassen, wenn demnächst Hugenberg-Hitler ins Reichskabinett eintreten sollten.

Die sozialreaktionäre Gesinnung Adam Stegerwalds trat deutlich hervor in einer Rede, die er am 4. November 1922 in Koblenz hielt. Er führte in einer Zentrumsversammlung in bezug auf die Beamten folgendes aus:

„In der heutigen Staatsform hat es keine Berechtigung mehr, daß ein Briefträger oder ein Schrankenwärter Staatsbeamter ist."

Und in einer Versammlung in Paderborn am 10. Oktober 1927 führte er aus:

„Im demokratischen Staat ist die Fortführung des früheren Beamtentums widersinnig und schließt in sich viele politische und Korruptionsgefahren."

Ganz ähnlich so konnte man es schon oft in der Unternehmerpresse lesen. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" schrieb am 17. April 1927:

„Die mittleren und unteren Beamten versehen zu einem sehr großen Teile die Tätigkeit eines „Clerk". Diese von den echten Beamten loszulösen, wäre ein Ideal."

Wie Stegerwald über die Sozialversicherten und Erwerbslosen denkt, so denkt er auch über die unteren und mittleren Beamten. Er ist darin eines Sinnes mit den Unternehmern.

In Ahlen i. W. hat sich Stegerwald in einer Versammlung am Samstag, dem 30. August d. J., ein weiteres Glanzstück seiner christlichen Gesinnung geleistet. Er schimpfte weidlich über die Sozialdemokratie, um damit die „unpopulären Notverordnungen" des Kabinetts Brüning zu begründen. Als ihm der Zwischenruf gemacht wurde: „Abstreichung vom Wehretat", antwortete er wörtlich:

„Ein nationalgesinntes deutsches Volk, das rings umgeben ist von bis an die Zähne bewaffneten Großmächten, muß die paar Milliarden übrig haben für sein Heer."

Prompt fiel von der SPD. der Zwischenruf: „Es wird Zeit, daß Sie sich an den Schützengraben erinnern!" Stegerwald antwortete darauf:

„Für Sie wäre es besser gewesen, wenn Sie im Schützengraben geblieben wären!"

Auf einen anderen Zwischenruf, die Arbeiter hungerten bei seinen Steuermaßnahmen, kam die Antwort:

„Wo ist denn deutsche Not? Zeigt mir doch deutsche Not! Mit eurem Hunger wird es wohl so schlimm nicht sein!"

In Gladbeck hat Stegerwald am vergangenen Freitag geredet. Dort hat er u. a. folgende hübsche Redeblüte vom Stapel gelassen:

„Kein Mensch mit politischem Verstand glaubt daran, daß Hugenberg oder Hitler die Reichsregierung überantwortet werden könnte; das bedeutete nach einigen Wochen das außenpolitische Chaos. Ebenso glaubt kein Mensch mit politischem Verstand daran,

daß nach den Wahlen der Sozialdemokratie die Regierungsbildung übertragen werden könnte, nachdem in den 21 Monaten sozialistisch geführter Regierung, im Gegensatz zu früheren Regierungen, es wirtschaftlich und finanziell nicht aufwärts, sondern stark bergab gegangen ist. Eine erneut unter sozialistischer Führung stehende Regierung würde zu einer inneren Wirtschaftskatastrophe führen, würde infolge mangelnden Vertrauens die Arbeitslosigkeit weiter steigern und sie ins Uferlose vermehren.

Mit solchem Gewäsch glaubt ein Stegerwald, die Wähler vor der Sozialdemokratie graulich machen zu können. Dazu müssen Verdrehungen herhalten. Gegenüber der Behauptung, daß es in den 21 Monaten des Kabinetts Müller wirtschaftlich und finanziell bergab gegangen sei, ist darauf hinzuweisen, daß wenn man schon eine Regierung für den wirtschaftlichen und finanziellen Abstieg verantwortlich machen will, es wirtschaftlich und finanziell noch nie so schlecht aussah, als unter dem Kabinett Brüning-Stegerwald.

Im übrigen ist es eine bekannte Tatsache, daß die schlechte Finanzlage des Reiches nicht von dem Kabinett Müller herrührt, sondern aus der Vorzeit dieses stammt.

Und angesichts dieser feststehenden Tatsachen wagt es ein Stegerwald, solche Anwürfe gegen die SPD. in die Welt zu setzen und dann die mehr als hanebüchene Schlußfolgerung zu ziehen. Herr Stegerwald scheint geradezu darauf zu brennen, seinen Lorbeeren noch stets neue hinzuzufügen.

Das ist Adam Stegerwald, der ehemalige christliche Gewerkschaftsführer und jetzige Reichsarbeitsminister im Bürgerblock-Kabinett!

Er fragt: Wo ist den deutsche Not? Dieser eine Ausspruch genügt vollkommen als Beweis für die wahre Gesinnung dieses Mannes. **Stegerwald entpuppt sich immer mehr als einer der größten Reaktionäre in Deutschland. Der Mann bedeutet eine Gefahr für das arbeitende Volk. Der** Oeynhausen Schiedsspruch und die anderen oben aufgezeichneten Taten beweisen es zur Genüge. **Der Kampf gegen den Bürgerblock ist auch zugleich ein Kampf gegen Adam Stegerwald. Am 14. September muß auch diese Zentrumszierde mit hinweggefegt werden!**

Schwere Strafen für kommunistische Ausschreitungen in Düsseldorf

In Düsseldorf war es am 27. Oktober vorigen Jahres gelegentlich einer kommunistischen Demonstration gegen die Auflösung des Rotfrontkämpferbundes in einer Wirtschaft in der Rathenower Straße zu schweren Ausschreitungen von Angehörigen der KPD. gekommen. Als nämlich ein Polizeistreifenauto unter Führung eines Polizeileutnants die betreffende Straße säuberte, wurde aus jener Wirtschaft heraus gegen die Beamten ein Bierseidel geschleudert. Die zur Feststellung des Täters in die Wirtschaft eingedrungenen sechs Polizisten wurden dann mit allerlei Wurfgeschossen empfangen und es entwickelte sich ein heftiger Kampf, der erst dann zugunsten der Polizeibeamten endete, als Verstärkungen anrückten.

Die dreitätige Verhandlung vor dem Landgericht Düsseldorf ergab schließlich, daß ein gewisser Florath derjenige war, der als erster das Bierglas nach dem Polizeiauto geworfen hatte. Dieser wurde zu einem Jahr Gefängnis, neun weitere Angeklagten wegen vorsätzlicher gemeinschaftlicher, gefährlicher Körperverletzung und Beamtennötigung zu je acht Monaten Gefängnis verurteilt nachdem anfänglich die Anklage wegen Aufruhrs erhoben worden war. Sämtliche Angeklagte mit Ausnahme des Florath hatten nun Revision beim Reichsgericht eingelegt und diese damit begründet, daß ihre Verurteilung nicht aus der schwereren Strafbestimmung des § 114 StGB., sondern aus § 113 hätte erfolgen müssen, eine Auffassung, der auch der Reichsanwalt beigetreten war, nicht aber, ohne gleichzeitig den Antrag zu stellen, es doch bei der ausgesetzten Strafhöhe zu belassen, da ja das Gericht weit unter das Maß der zulässigen Höchstgrenze gegangen sei. Der Ferienstrafsenat des Reichsgerichtes verwarf, wie der Reichsgerichtsdienst des WTB. meldet, aber die Revision sämtlicher Angeklagter mit der Begründung, daß sich die Anwendung des § 113 StGB. doch wohl halten lasse.

Jungwähler! S.P.D. die Parole

Kommunistische Weltrevolutionäre

Eine Viertelstunde Anschauungsunterricht für Erwerbslose

Botschafter Krestinski

beim Empfangsabend der Auswärtigen Presse in Berlin. Krestinski sitzt ganz rechts. Links von ihm der volksparteiliche Minister Dr. Curtius.

Als seinerzeit dieses Bild im „Vorwärts" veröffentlicht wurde, versuchte die „Rote Fahne" die verschwenderische kommunistische Gastlichkeit zur Ehren deutscher Kapitalisten durch folgende faule Ausrede zu rechtfertigen:

„Krestinski muß als Vertreter eines revolutionären Staates im kapitalistischen Feindesland bestimmte Aeußerlichkeiten einhalten, um seine politische Arbeit durchführen zu können."

Dieser arme, von den feindlichen Kapitalisten vergewaltigte Genosse Krestinski! Die Kapitalisten zwingen ihn, sie mit sechs



verschiedenen Sorten Wein anzufeuchten. Die Kapitalisten zwingen ihn, sie mit sechs Gängen, von Kaviar und Lachs an bis zu Poularden und Ananas zu sättigen.

Was kann schon hinter einer „Weltrevolution" stecken, deren oberste Repräsentanten gezwungen sind, sich mit Kapitalisten und Faschisten bei Sekt und Kaviar zu „verbrüdern"?

Das Bild zeigt den russischen Botschafter Krestinski (ganz rechts) und links von ihm den volksparteilichen Minister Dr. Curtius, sowie den Millionär Wassermann, den Trustkönig v. Raumer, Hummel, Meinhardt und den Finanzkapitalisten Dr. Dernburg. Kann dieses gegenseitige Prosten zwischen Weltrevolutionären und Hochkapitalisten noch als Klassenkampf gewertet werden?

Die kommunistische Presse hat nicht gewagt, die Namen dieser Gäste und die Speisekarte zu veröffentlichen. Ein bürgerliches Blatt wurde in einem Bericht über dieses feudale Mahl zu der Ueberschrift veranlaßt:

„Das verschwenderischste Diner der Saison!"

Frau Lunatscharski

Das Bild zeigt Frau Lunatscharski als die „eleganteste Frau Rußlands". Ja, sie legt selbst Wert darauf, das zu sein. Das Bild ist der „Eleganten Welt", Nr. 26/1928, entnommen und trug dort die Unterschrift: „Frau N. Lunatscharski, die Gattin des russischen Kultusministers, in einem



effektvollen pastellblauen Seidenkimono mit leuchtend bunter Seidenstickerei in stilisiertem Blumenmuster und buntgoldener Bordüre."

Der „Quotidien", ein französisches Blatt, bezeichnet im September vorigen Jahres das Gerücht als falsch, daß der ehemalige Volkskommissar Lunatscharski zum Botschafter in Paris ernannt werden könnte, wenn Dowgalewski nach London gehe. Das Blatt erklärt dann ironisch, die Gattin Lunatscharskis könne in Paris mit ihrer Eleganz, die den Moskauern unliebsam sei, als wirksames Propagandamittel verwendet werden.

„In der „Roten Fahne" finden wir folgende Abhandlung über Frau Lunatscharski: „Aber die Taktlosigkeit der Frau des Volkskommissars und Parteigenossen Lunatscharski, die der Sensationspresse Stoff gibt, ist eine Angelegenheit, die wir einmal annageln müssen. Wir kümmern uns den Teufel darum, wer die Frau des Genossen Lunatscharski ist und was sie treibt. Aber Frau Spinelli, die wir nicht kennen und die uns nicht interessiert, besitzt die Geschmacklosigkeit, anstatt sich damit zu begnügen, daß ihre vielgenannten Ballkleider aus Goldlamé

Was bekommen Arbeitslose?

Das ist sehr verschieden. Einige bekommen viel, viele andere **wenig. Fragen wir also** genauer: Was bekommt täglich:

Ein Arbeitsloser in Doorn?	1670.— RM
Ein Offizier (im Durchschn.)?	13.19 RM
Ein Kriegsbeschädigter (i. Durchschn.)?	1.— RM
Eine Offizierswitwe (im Durchschnitt)? .	8.18 RM
Eine Kriegerwitwe (im Durchschnitt)? .	1.24 RM
Ein pensionierter General?	50.— RM
Ein Arbeitsloser in Mitteldeutschland?	1.30 RM
Eine Frau und zwei Kinder?	1.32 RM

Darum:

Wählt Liste 1!

sind, darüber in der Oeffentlichkeit einen Lunatscharski-Mantel zu tragen. Die deutschen revolutionären Arbeiter verbitten es sich auf das entschiedenste, daß man ihren schweren Kampf gegen die Feinde und Verleumder der Sowjet-Union, zu deren Vertretern Genosse Lunatscharski und sein guter revolutionärer Name gehört, durch private Launen der Frau Spinelli erschwert." — Das Berliner russische Blatt will wissen, daß Krestinski der Frau Lunatscharski das Betreten der Sowjetbotschaft verboten habe und daß diese die „Rote Fahne" wegen Beleidigung zur Rechenschaft zu ziehen beabsichtige.

Als bei der letzten Völkerbundstagung 1928 die Presse etwas von der Eleganz der schönen Frau Lunatscharski erwähnte, setzte sich der sowjetrussische Dementierapparat in Bewegung und erklärte alles für — Imitationen.

Man verstehe recht: es wäre uns nicht eingefallen, die Herrschaften so im Bilde vorzuführen, wenn wir nicht gezwungen wären, die Heuchelei der Kommunisten aufzudecken, da sie in Wort und Schrift und Bild gegen Sozialdemokraten, die ihrer Amtspflicht genügen, dauernd hetzen.

Warum erscheinen in der kommunistischen Presse nur Bilder von sozialdemokratischen Staatsmännern, und warum nicht auch die Bilder von Sowjetstaatsmännern im Gesellschaftsanzug?

Die kommunistischen Erwerbslosen würden sich doch gewiß freuen, auch ihre kommunistischen Vertrauensmänner einmal an einem Tische mit den internationalen Hochkapitalisten zu sehen?

Frau Kollontay in Amtstracht

Unser Bild zeigt die russische Botschafterin Frau Kollontay in ihrer Amtstracht während ihrer Amtszeit in Oslo in Norwegen. Sie ist auf dem Wege zum Königshaus, um ihr Beglaubigungsschreiben zu überreichen.



Frau Kollontay war auch Vertreterin Moskaus am Königshofe Schwedens. Aus Stockholm wird folgendes berichtet:

„Nach einer uralten Tradition werden die ausländischen Botschafter und Gesandten, die sich nach dem königlichen Schloß in Stockholm begeben, um ihr Beglaubigungsschreiben dem schwedischen König zu überreichen, in einem pompösen Galawagen aus dem 18. Jahrhundert gefahren. Der Galawagen wird von 7 Pferden gezogen, von Vorreitern und Hofjägern begleitet. Ein hoher Hofbeamter gibt den Botschaftern das Geleit. Als nun Frau Kollontay als Gesandtin der Sowjetunion für Schweden ernannt war, geriet das schwedische Zeremonienamt in eine brenzliche Lage. Auf welche Weise sollten die Gebote der Hofetikette mit den Grundsätzen des proletarischen Staates in Einklang gebracht werden? Als diese Frage der neuen sowjetrussischen Gesandten vorgelegt wurde, erklärte Frau Kollontay, daß sie gegen das altertümliche Zeremoniell keine Einwendungen habe und sehr gern im Galawagen zum königlichen Schloß fahren werde.

Wohnungslose! Hergeschaut!



Wer hat am fleißigsten gebaut?

1927 regierte der Bürgerblock, 1928/29 führten Sozialdemokraten die Reichsregierung. Darum der Erfolg!

Wählt Sozialdemokraten! Liste 1

Nr. 211. 12. Jahrg.
Viertes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Mittwoch, den 10. September 1930.

Vergleiche zwischen den Verfassungen des kaiserlichen Militärstaates und des republikanischen Volksstaates

Auch Deutschlands Jugend muß sozialdemokratisch wählen!

Was die Jugend vom neuen Reichstag fordern kann

Ich meine, das Recht hat der, der am innigsten mit der Zukunft im Bunde ist.
Ibsen.

Wenn jemand mit der Zukunft im Bunde steht, so ist es die **Jugend** eines Volkes. Auch Deutschlands Jugend ist die Trägerin der Zukunft. Sie hat die Aufgabe, ein Land aufbauen zu helfen, das nach langen **Kriegsjahren** wirtschaftlich und kulturell schwer darniederlag. Zwölf Jahre sind inzwischen vergangen und noch immer leidet das Volk unter den **Kriegsnachwirkungen.**

In diesen Wochen des **Wahlkampfes** geht ein lauter Ruf an die Jugend. Alle Parteien ringen um ihre Stimme. Die bürgerlichen Parteien wollen in diesem Wahlkampf die Jugend für sich gewinnen, obwohl sie **sonst nichts** für die Jugend übrig haben. Ein großer Teil der bürgerlichen Parteien will wieder jene Zustände herbeiführen, wie wir sie in Deutschland vor dem Kriege hatten: Die Jugend und große Teile des Volkes waren politisch völlig **rechtlos.** Ein anderer Teil der bürgerlichen Parteien ist **wankend** und **unentschlossen** und fördert so die Parteien **Hugenbergs und Hitlers,** die auf die **Monarchie** schwören.

Allein die Sozialdemokratie tritt entschieden und erfolgreich für die Rechte der Jugend ein.

Es waren **bürgerliche** Parteien, die davon redeten, daß die **Jugend** des Volkes heute **zu große** Rechte habe, es sind **bürgerliche** Parteien, die das **Wahlalter** wieder **heraufsetzen** möchten (die **Deutsche Volkspartei** und die **Wirtschaftspartei** haben schon einen entsprechenden Antrag eingebracht) und es sind bürgerliche Parteien, die die **Jugend** möglichst lange von der Politik fernhalten wollen. **Daran muß man denken,** wenn jetzt im Wahlkampf dieselben bürgerlichen Parteien versuchen, die Jugend **für sich zu gewinnen.**

Das Kaiserreich hatte für die Jugend nur Kasernen!

Wenn man die alte Verfassung vom 16. April 1871 ansieht, so ist festzustellen, daß dort der Jugend **nirgends** Rechte verliehen worden sind. Das Kaiserreich hatte für die **Jugend** kein anderes als **militärisches Interesse.** Es verlangte, daß alle Deutschen **zu Soldaten** erzogen wurden. Nichts liest man in seiner Verfassung davon, daß das **Kaiserreich** auch für die **sozialen Angelegenheiten** der **Jugend** Interesse gehabt hätte. **Die kostbarsten** Jahre mußte die männliche Jugend in der Kaserne verbringen, die **weibliche Jugend** war ebenfalls rechtlos: nach dem Willen der bürgerlichen Parteien sollten die Frauen jeden Alters auf ewig nur am Kochtopf stehen. Mit allem, was **das Kaiserreich tat,** waren die heute noch vorhandenen **bürgerlichen** Parteien **einverstanden.**

Nach der alten Verfassung hatte der Kaiser eine unumschränkte Macht. Sie **gestattete ihm sogar, allein den Krieg zu erklären,** und sie stellte ihm von vornherein **alle Kosten und Lasten des gesamten Kriegswesens zur Verfügung.** Hatte man in jener Zeit für **Deutschlands Jugend,** für schulische oder andere kulturelle Dinge kein Geld übrig, so wurde kaum danach gefragt, welche Ausgaben das stehende 600 000-Mann-Heer verursachte. Mehr als die Hälfte der gesamten deutschen Jugend mußte zwei bis drei Jahre ihrer kostbarsten Zeit dem Militärdienst opfern.

Das muß den bürgerlichen Parteien, die die Vorkriegszustände wieder herbeiführen möchten, immer wieder vor Augen gehalten werden. Heute ist jeder über 20 Jahre alte Deutsche ein freier und gleichberechtigter Staatsbürger.

Früher mußte er zwei lange Jahre in der Kaserne verbringen. Er mußte sich gefallen lassen, daß ihn Unteroffiziere „drillten", er hatte nicht zu **denken,** er hatte nur dem militärischen Kommando zu **gehorchen.** Leider gibt es heute militärische Jugendverbände, die diesen Zustand als ideal ansehen. Die verführte Jugend aber muß **sich darüber** im klaren sein, daß **es nicht möglich** ist, durch militärischen Drill eine **zusammengebrochene** Wirtschaft aufzubauen. Das viele Geld, das das Kaiserreich **für das stehende Heer ausgab, hätte** viel besser für eine Erziehung der Jugend zum **Frieden verwandt werden können.**

Gerade in dieser Zeit ist es notwendig, daß sich Deutschlands Jugend die Verfassung von einst und heute gründlich ansieht. Sie wird bei einem solchen Vergleich erkennen, daß der republikanische Volksstaat der Jugend auf **allen** Gebieten viel mehr Rechte verleiht, als das der kaiserliche Militärstaat je getan hätte. Früher gab es für die Jugend nur Pflichten, aber keine Rechte und bitterwenig Schutz.

Die Jugend im Volksstaat!

Nach dem Umsturz im Jahre 1918 wurden die Forderungen nach Jugendschutz und **Jugendrecht** mit ganz anderem Interesse aufgenommen. In der heutigen **Verfassung** sind **gute** Ansätze für eine wirkliche Sorge um die Jugend vorhanden. Jetzt hat die Jugend nicht nur Pflichten, sie hat auch **Rechte.** Gewiß steht noch vieles auf dem **Papier.** Aber die Sozialdemokratie ist mit ganzer Kraft bemüht, die Versprechungen der Verfassung in die **Tat** umzusetzen.

Der bereits Anfang 1927 von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachte Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf **zum Schutze der Arbeitskraft** der Jugendlichen einzubringen, stellte folgende **Forderungen** auf:

1. **Grundsätzliche** Ausdehnung der Schutzbestimmungen für die Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Angestellten auf das Alter vom **14.** bis zum **vollendeten 18.** Lebensjahre.
2. **Drei Wochen bezahlte Ferien** für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich **Lehrlinge unter 16 Jahren**) und zwei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren.
3. Festsetzung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden (einschließlich des Fachunterrichtes und der Zeit, die für die Aufräumungsarbeit beansprucht werden könnte).
4. Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe am Sonnabendmittag oder Gewährung eines freien Nachmittages in der Woche.
5. Festsetzung ausreichender Arbeitspausen.
6. Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche.

Obwohl der gesamte Ausschuß Deutscher Jugendverbände hinter diesen Forderungen stand, hat sie die Mehrheit des Reichstages **abgelehnt.** Der angebliche Schutz des Handwerks und der Industrie stand der Reaktion immer noch höher als der Schutz der Jugend.

Jetzt muß die Jugend selbst aufstehen, ihre Rechte an die Verfassung geltend zu machen. Sie hat am kommenden Wahltag die beste Gelegenheit, durch die Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels für ihre Forderungen tätig einzutreten.

Geht es in diesem Kampf um den Schutz der Republik, um den Schutz der Verfassung, dann müssen wir auch daran erinnern, daß die Verfassung verspricht, für die **Bildung der Jugend** durch öffentliche Anstalten zu sorgen, den Zugang **Minderbemittelter** zu den mittleren und höheren Schulen durch **finanzielle Beihilfen** zu erleichtern und bei Aufnahmen in allen Schulen die persönliche Tüchtigkeit entscheiden zu lassen. Wir wollen, daß die Versprechungen in der Verfassung **erfüllt** werden, daß die Jugend im Geiste der **Völkerversöhnung** erzogen wird **und allen** Menschen die gleichen Rechte und Pflichten gegeben werden.

Wie sieht es heute bei der bürgerlichen Jugend aus?

In der bürgerlichen Presse setzt man sich seit Auflösung des Reichstages **darüber** auseinander, wie am besten die Jugend für die bürgerlichen Parteien **zu gewinnen** sei. Man sprach von der „entgötterten Jugend" und von der „**gläubigen Jugend**". Die **kämpfende Jugend,** die sich bereits in der **Sozialdemokratie** vereinigt **hat, wurde** nicht erwähnt. Diese Jugend hat schon seit dem Zusammenbruch, **seit ihrer Rückkehr** aus dem Kriege, erkannt, daß sie nur **neben den Alten** unter dem **Banner der Sozialdemokratie** kämpfen kann. Ihr Platz ist auf der Seite ihrer **Klassengenossen,** auf der Seite jener 9 Millionen sozialdemokratischer Wählerinnen und **Wähler, die** bereits im Jahre 1928 für die Sozialdemokratie stimmten. **Aber es sind mehr als** 20 Millionen deutsche Arbeitsmenschen, die im Reiche leben. **Sie alle müssen für** die Sozialdemokratie gewonnen werden, die 6 bis 7 Millionen jugendlicher **Wähler** und Wählerinnen müssen ebenfalls sozialdemokratisch wählen.

In dieser Partei kämpfen schon heute Zehntausende junge Menschen **und stellen** für das große ganze ihre freie Zeit zur Verfügung. **Es gibt eine ganze Reihe** politischer Funktionen, die von ihnen bereits erfüllt werden **und erfüllt werden** müssen.

Die Jugend, die den Weg zur Sozialdemokratie gefunden hat,

kämpft mit der Partei für den neuen Staat. Sie kämpft für die Verständigungs- und Erfüllungspolitik, die allein zur Liquidierung des Krieges **führte, zur** Befreiung des Rheinlandes. Sie kämpfte und kämpft gegen den Wahnsinn des Rachegedankens, gegen das Verbrechen des Putsches, gegen den Frevel des politischen Mordes, gegen lüsterne Inflationshyänen und brutale Deflationsgewinner, gegen **unsinnigen** Rassenhaß für Ordnung und Disziplin. Zehntausende, ja **Hunderttausende junge** Arbeiterinnen und Arbeiter waren tätig dabei, als es galt, um diese Dinge zu kämpfen. Sie standen in Reih und Glied mit den Alten und werden weiter an ihrer Seite für **Menschlichkeit** und **Menschenwürde** kämpfen. Gerade die Jugend, die heranwachsenden Generationen, haben große Aufgaben, die sie in der Politik, in der Wirtschaft und Kultur mit der Sozialdemokratie erfüllen soll.

Deutschlands Jugend muß zur Sozialdemokratie stehen!

Wenn wir jetzt auch erleben mußten, wie die Sozialdemokratie aus der Regierungsgewalt ausgeschaltet wurde, als die große **außenpolitische** Etappe der Rheinlandräumung erreicht war, so werden wir weiter für unsere gerechte Sache kämpfen. Wir standen ja nicht hinter der Friedenspolitik, um irgendeinen Dank zu ernten, sondern wir verteidigten sie, weil wir sie als die allein richtige und segenbringende erkannt hatten.

Die schaffende Jugend weiß, daß Deutschlands Arbeiterklasse nicht im Kriege war, um sich später mit schönen Redensarten abspeisen zu lassen, sie hat nicht unter harten Kämpfen und Opfern das Haus der Republik verteidigt, um sich dann aus diesem Hause herauswerfen zu lassen, dessen Grundstein sie gelegt hat, dessen Dach sie zimmerte und das erst nun **wohnlich ausgestattet** werden soll.

Die Millionen sozialdemokratischer Wähler und Wählerinnen haben ein Recht darauf, daß ihr gewaltiges Gewicht in den politischen Entscheidungen Beachtung findet.

Die **Jugend,** die **Hitler** nachläuft, vermag **nichts aufzubauen.** Die **Jugend,** die auf **Moskau** schwört, vermag nur niederzureißen. Und die Jugend, die den bürgerlichen Parteien nachläuft — ganz gleich, ob sie sich deutschnational oder Staatspartei, ob sie sich Deutsche Volkspartei oder Wirtschaftspartei nennen — die Jugend **wird in ihren Erwartungen enttäuscht werden.** In den bürgerlichen Parteien ist kein Raum für neue Gedanken, ist kein Raum für die Jugend. Zur **Sozialdemokratie** stehen **Hunderttausende junge Menschen,** die längst erkannt haben, daß man nicht abseits stehen darf, wenn man seiner **Klasse,** wenn man seinem **Volke** helfen will. Politische Wirksamkeit aber ist nur möglich in einer Partei, die **zielbewußt** und **folgerichtig,** zäh und ausdauernd und auch in **harter Kleinarbeit** dem großen ganzen dient.

Die Jugend, die die Zukunft für sich haben will, sie muß mit einer Partei kämpfen, die selbst mit der Zukunft im Bunde steht: Das ist die Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratischen Ideen sind immer **jung** und werden immer jung bleiben. Die Sozialdemokratie ist mit dem ewig **sprudelnden** Leben verbunden, sie schöpft ihre Kraft **aus dem Volke** und wird ihren Weg weitergehen, wenn die Parteien **rechts** und links von ihr längst versunken und vergessen sind.

Die Partei der Jugend ist die Sozialdemokratie deshalb wählt auch die Jugend sozialdemokratisch

Liste 1

Frauen, Mütter! Wählt SPD. Liste 1

Mieter, handelt!

Von Richard Lipinski

Jetzt gilt es zu handeln. Es nützt nichts, später zu jammern. Viel steht bei der Reichstagswahl für euch auf dem Spiel; denn der neue Reichstag entscheidet über euer Schicksal.

Am 30. Juni 1931 läuft das Mieterschutz- und das Mietengesetz ab. Die Regierung Müller wollte die Gesetze bis Juni 1932 befristen. Auf Betreiben des Zentrums kürzten die bürgerlichen Parteien die Frist um ein Jahr.

Warum dies geschah, das plauderte der Führer der Wirtschaftspartei, Justizminister Bredt aus. Er erklärte in einer Versammlung, daß der neue Reichstag den Mieterschutz und die öffentliche Wohnungswirtschaft beseitigen werde.

Bei der ungeheuren Wohnungsnot, die noch durch die Dauererwerbslosigkeit verschärft wird, bedeutet das für die Mieter die schutzlose Auslieferung der Mieter an die Großhausbesitzer, den Besitzern der Mietskasernen.

Und das soll geschehen, obgleich der Reichstag am 20. Dezember 1929 durch Annahme der Richtlinien für den Wohnungsbau anerkannte, daß die Wohnungsnot längst vor dem Kriege bestand und durch die Drosselung des Wohnungsbaues während des Krieges verschärft worden ist. Der Reichstag stellte fest, daß

500 000 Familien keine eigene Wohnungen haben,
750 000 Familien in überfüllten Wohnungen hausen,
300 000 Familien in längst abbruchreifen Wohnungen verbleiben müssen, die längst polizeilich gesperrt waren, weil sie kein anderes Unterkommen fanden.

Dieser Bedarf wird verstärkt durch den jährlichen Mehrbedarf von 225 bis 250 000 Wohnungen infolge Eheschließungen. In den nächsten zehn Jahren müßten jährlich 450 000 Wohnungen gebaut werden, wenn die dringendste Wohnungsnot behoben werden sollte.

Hunderttausende fleißige Hände warten auf Arbeit, die Hälfte der Bauhandwerker ist arbeitslos.

Warum? Weil der Wohnungsbau nur spärlich in Angriff genommen worden ist. Der frühere Reichsbankdirektor Schacht hatte den Auslandskredit den Gemeinden abgedrosselt, sie mußten hochverzinslichen deutschen Zwischenkredit aufnehmen und verwenden jetzt die Einlagen der Sparkassen zur Umschuldung dieser Kredite. Mindestens 300 Millionen Hypothekengelder gehen in diesem Jahre hierdurch dem Wohnungsbau verloren. Die riesige Arbeitslosigkeit, die große Zahl der von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Erwerbslosen nehmen alle Mittel der Gemeinden für die Wohlfahrtsfürsorge in Anspruch. So ruht zum guten Teil der Wohnungsbau, weil die Geldmittel für den Wohnungsbau fehlen.

Durch Verlängerung der Fristen der Rückzahlung aufgewerteter Hypotheken wird jetzt schon der Erlös des Pfandbriefverkaufs zur Umschuldung aufgewerteter Hypotheken verwendet, der Wohnungsbau geht auch aus dieser Geldquelle leer aus.

Durch Erhöhung des Zinssatzes von 5 auf 8 Prozent der aufgewerteten Hypotheken droht den Mietern eine

neue Erhöhung der Altmieten,

die heute schon 130 vom Hundert der Friedensmieten betragen, trotzdem der Reichstag auf Betreiben der Sozialdemokraten eine Entschließung angenommen hat, daß dadurch die Mieten nicht erhöht werden sollen. Was schert eine solche Entschließung die Großhausbesitzer? Die gesetzliche Festlegung obiger Vorschrift lehnten die bürgerlichen Parteien ab. Die Großhausbesitzer haben es jetzt schon verstanden, den Mietern Schönheits- und Erhaltungsreparaturen aufzuzwingen, die drei bis acht Prozent des Einkommens der Mieter ausmachen.

Der Reichstag hat beschlossen, zu erstreben, die gesamten Erträge der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau zu verwenden. Was schert das die Regierung Brüning. Jetzt hat sie beschlossen, noch mehr Mittel aus der Hauszinssteuer den Ländern und Gemeinden für Verwaltungsausgaben zuzuweisen, sie also dem Wohnungsbau zu entziehen und damit den Wohnungsbau zu drosseln. Das bedeutet eine neue Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Was bedeutet demgegenüber ein Notkredit von 100 Millionen Mark für Kleinstwohnungen? Der neue Reichstag muß die Erträge der Hauszinssteuer dem Wohnungsbau zur Verfügung stellen, um Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit zu mildern. Er muß aber den Ländern und Gemeinden andere Einnahmequellen dafür erschließen, damit sie nicht gezwungen werden, ihre sozialen Aufgaben abzubauen.

Ein soziales Mietrecht

ist zwingend das Gebot der Stunde! 15,8 Millionen Wohnungen gibt es in Deutschland, davon ist nur ein kleiner Bruchteil Eigenwohnungen, der große Teil sind Mietwohnungen. Das heißt, die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes ist Mieter, am Mieterschutz und Wohnungsbau interessiert. Sie darf nicht schutzlos einem kleinen Interessentenhaufen ausgeliefert werden!

Wir wissen wohl, daß auch die Kleinhausbesitzer wie die Mieter Not leiden. Gegen sie wenden sich die obigen Darlegungen nicht. Die Sozialdemokratie will auch ihnen helfen.

Jetzt gilt es Aufbauarbeit zu leisten.

Welch schöneres Ziel kann es geben, als dem Menschen eine gesunde, schöne Wohnung zu schaffen, die ihm und seiner Familie Lebensfreude verschafft und ihn befreit aus Wohnhöhlen, wo Sonne und Luft nie eindringen.

Mieter, Ihr entscheidet über Euer Wohl und Wehe, über das Schicksal Eurer Kinder. Darum zersplittert Eure Stimmen nicht. Nur eine starke, von der Arbeitermasse getragene Partei wie die Sozialdemokratie kann Euch helfen.

Es geht um den Mieterschutz.
Es geht um die Schaffung eines sozialen Mietrechtes.
Es geht um den Wohnungs- und Siedlungsbau.

Darum gebt am 14. September Eure Stimme der Sozialdemokratie!

Wählt Liste 1!

Die neue Notverordnung gegen Kranke

Die verhängnisvollen Auswirkungen der neuen Versicherungs-Bestimmungen

Von Helmut Lehmann, Vorsitzender des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen

Die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erzwungenen Aenderungen in der Krankenversicherung spielen im Wahlkampf eine erhebliche Rolle. Die Sozialdemokratie hat diese Sparmaßnahmen bekämpft, nicht weil, sondern wie gespart werden soll. Sie bekämpft die unsozialen Folgen dieser Sparmaßnahmen, die sich als Beschränkung der Krankenfürsorge und als Gefährdung der Gesundheitsfürsorge auswirken.

Die sozial bedauerlichste Einschränkung liegt in der verschärften

Heranziehung der Versicherten zu den Kosten der Krankenpflege.

In den Notzeiten der Jahre 1923/24 war bereits unter dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns vom Zentrum diese Kostenbeteiligung eingeführt worden. Die Versicherten mußten 10 Prozent der Arzneikosten tragen; außerdem waren die Kassen berechtigt, eine Krankenscheingebühr von 10 Pfennig zu erheben. Die Notverordnung bringt jetzt die Verpflichtung für die Versicherten, Arznei und Heilmittel selbst zu zahlen, wenn sie nicht mehr als 50 Pfennig kosten. Ist der Preis höher, so hat der Versicherte einen Beitrag von 50 Pfennig zu zahlen. Werden auf einem Rezept mehrere Mittel verordnet, so hat der Versicherte insgesamt nur 50 Pfennig zu zahlen. Außerdem legt aber die Notverordnung dem Versicherten die Verpflichtung auf, für die Inanspruchnahme ärztlicher (auch zahnärztlicher) Behandlung einen Krankenschein zu lösen, der mit einer Gebühr von 50 Pfennig belastet ist. Es steht also nicht mehr wie bisher im Belieben der Krankenkasse, ob sie diese Gebühr erheben will.

Die Satzung kann aber die Gebühr für Versicherte mit einem Grundlohn von nicht mehr als 4 Mark bis auf die Hälfte ermäßigen. Da die Erhebung der Krankenscheingebühr aber erhebliche Verwaltungsschwierigkeiten macht, wollen die meisten Kassen es zunächst bei einer einheitlichen Gebühr von 50 Pfennig belassen. Die Satzung kann ferner bei gleichzeitiger und gleichartiger Erkrankung mehrerer Familienmitglieder die Gebühr für den einzelnen Krankenschein auf 25 Pfennig ermäßigen. Wichtig ist vor allem, daß die

Krankenscheingebühr nur einmal zu entrichten

ist, solange die Notwendigkeit der Heilbehandlung fortbesteht.

Die Behandlungsscheine der Krankenkassen haben aus verwaltungstechnischen Gründen nur eine beschränkte Gültigkeitsdauer. In Berlin z. B. beträgt die Gültigkeitsdauer einen Monat. Besteht die Notwendigkeit der Heilbehandlung wegen des gleichen Leidens auch nach Ablauf dieser Zeit, so erhält der Erkrankte einen neuen Behandlungsschein gegen eine entsprechende Bescheinigung des behandelnden Arztes, ohne die Gebühr entrichten zu müssen.

Besteht nun die Gefahr, daß durch die Verweigerung eines Krankenscheines, wenn die Gebühr nicht bezahlt wird, ein Kranker ohne ärztliche Behandlung bleibt?

Hierzu hat der Reichsarbeitsminister bestimmt, daß die Vorschrift über die Krankenscheingebühr

keine Voraussetzung für die Gewährung der Krankenhilfe

begründet. Wenn der Kranke die Gebühr aus zwingenden Gründen schuldig bleibt, so ist die Kasse allerdings verpflichtet, diesen Beitrag nachträglich einzuziehen. In vielen Fällen wird die Kasse wahrscheinlich den Beitrag nicht erlangen können.

Mit dem Gedanken der Vorbeugung ist die Krankenscheingebühr unvereinbar, denn die Inanspruchnahme des ärztlichen Rates zu diesem Zwecke wird in vielen Fällen nicht erfolgen, um einen Krankheitszustand zu beheben. Sehr wichtig ist dieser Gesichtspunkt z. B. bei der Zahnpflege. Es ist zu befürchten, daß sehr viele Versicherte wegen der Krankenscheingebühr diesen Teil der Gesundheitsfürsorge vernachlässigen. Auch auf vielen anderen Gebieten ist die rechtzeitige Inanspruchnahme des Arztes nicht nur eine Pflicht des von Krankheit Betroffenen gegen sich selbst, sondern auch eine Pflicht gegen die Gesamtheit. Deswegen

müssen Fonds gebildet werden, aus denen die Krankenscheingebühr bezahlt wird,

wenn sonst gesundheitliche Gefahren entstehen. Im übrigen aber können die Krankenkassen Härten dadurch vermeiden, daß sie den Krankenschein auch ohne Bezahlung der Gebühr verabfolgen, **wenn die Zahlung nach gewissenhafter Prüfung im Augenblick und auch bei kurzfristiger Stundung über die Kräfte des Versicherten hinausgeht.**

Der Reichsarbeitsminister hat diese Ausnahme bereits für die Durchführung des Arzneikostenanteils als zulässig anerkannt.

Die Arzneikostenbeteiligung wirkt noch härter, da dieser Kostenbeitrag bei jeder Verordnung zu zahlen ist. Der Apotheker wäre an sich berechtigt, die Abgabe der Arznei zu verweigern, wenn der Kranke nicht zahlt. Die Apotheker haben sich aber mit Recht geweigert, die Verantwortung aus den daraus entstehenden Folgen zu übernehmen. Infolgedessen haben die Spitzenverbände der Apotheker und der Krankenkassen folgendes vereinbart: „Ist der Beitrag von dem Versicherten nicht zu erlangen, so wird die Kasse den vollen Kostenbeitrag der Verordnung zahlen, wenn es sich um nachts ausgestellte Verordnungen handelt, oder wenn aus der Verordnung unzweideutig zu erkennen ist, daß die Nichtanwendung des verordneten Mittels das Leben des Kranken ernstlich bedroht, oder

wenn die Zahlung nach gewissenhafter Prüfung durch den Apotheker im Augenblick und auch nach kurzfristiger Stundung über die Kräfte des Versicherten hinausgeht.“

Der Versicherte schuldet den Kostenbeitrag dann der Kasse, die ihn von dem Versicherten ebenso einzieht wie die Krankenscheingebühr.

Etwas anders liegt die Sache bei den Arzneien, die für Familienangehörige vom Kassenarzt verordnet werden. Die ärztliche Behandlung ist für nicht selbstversicherte Ehegatten und Kinder Pflichtleistung geworden, doch ist auch hier die Krankenscheingebühr zu entrichten. Von den Kosten für Arznei und kleinere Heilmittel erstattet die Kasse die Hälfte. Die Satzung kann diese Erstattung bis auf 70 Prozent der Kosten erhöhen und die Gewährung von Krankenhauspflege, von Hilfsmitteln (Krankenpflege-Artikel), Stärkungs- und größeren Heilmitteln oder einen Zuschuß hierfür zubilligen.

Die Pflichtleistung gilt bis zur Dauer von 13 Wochen.

Die Satzung kann die Dauer bis auf 26 Wochen erweitern und die Leistung auch auf sonstige Angehörige erstrecken (z. B. Eltern, Enkel), die mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft leben und von ihm ganz oder überwiegend unterhalten werden. Für Kinder kann außerdem eine Altersgrenze eingeführt werden.

Die Rechtslage ist hier insofern anders, als für Angehörige grundsätzlich der Gesamtbetrag der Arzneikosten an den Apotheker zu zahlen ist. Das Mitglied kann sich den satzungmäßigen Anteil von der Kasse wiedergeben lassen. Um diese Vorschrift für die Praxis brauchbar zu machen, ist zwischen den schon erwähnten Spitzenverbänden vereinbart worden, daß die Apotheker den von dem Versicherten zu tragenden Teil der Arzneikosten von diesem erheben.

Der Versicherte zahlt an den Apotheker die Hälfte der Rezeptkosten

oder, wenn die Satzung eine Erstattung von 70 Prozent vorsieht, zahlt er 30 Prozent. Zahlt er nicht, so ist der Apotheker berechtigt, die Abgabe der Arznei zu verweigern, soweit ihm nicht die Apotheken-Betriebsordnung das untersagt.

Eine weitere wesentliche Einschränkung der Kassenleistungen bringt die Notverordnung für diejenigen Kassen, die bisher das Krankengeld als Mehrleistung höher als 50 Prozent des Grundlohnes festgesetzt hatten. Das Krankengeld beträgt jetzt in allen Fällen 50 Prozent des Grundlohnes. Es kann aber durch die Satzung für Angehörige, die der Versicherte bisher ganz oder überwiegend unterhalten hat, und die mit ihm in häuslicher Gemeinschaft leben, durch Zuschläge erhöht werden. Der Zuschlag darf für den Ehegatten 10 Prozent und für jeden sonstigen Angehörigen 5 Prozent des Grundlohnes, Krankengeld und

Zuschläge zusammen dürfen drei Viertel des Grundlohnes nicht übersteigen.

Es ist dringend zu wünschen, daß die Kassen, die bisher in der Lage waren, mehr als 50 Prozent des Grundlohnes zu gewähren, von dieser Ermächtigung Gebrauch machen. Zum mindesten aber müßten die Kassen von der weiteren Vorschrift, daß das Krankengeld von der siebenten Woche der Arbeitsunfähigkeit an 60 Prozent des Grundlohnes betragen kann, Gebrauch machen.

Wichtig ist auch noch die Vorschrift, daß Krankengeld für einen Sonn- und Feiertag nicht gezahlt wird, wenn dieser Tag der letzte Tag der Arbeitsunfähigkeit ist. Weiter ist von erheblicher Bedeutung, daß

für die ersten drei Tage der Arbeitsunfähigkeit Krankengeld nicht gezahlt wird.

Zahlreiche Kassen hatten diese Wartetage abgekürzt oder ganz beseitigt. Das ist jetzt nicht mehr zulässig.

Eine weitere Einschränkung der Leistungen besteht in der Vorschrift, daß der Anspruch auf Kranken- und Hausgeld ruht, wenn und soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält. Zuschüsse des Arbeitgebers zum Krankengeld gelten jedoch nicht als Zahlung von Arbeitsentgelt. Daher werden die Gewerkschaften in ihren Tarifverträgen die Vereinbarung über die Weiterzahlung von Lohn oder Lohnteilen dahin ändern müssen, daß

„Zuschüsse zum Krankengeld“

zu gewähren sind. Wenn einem Versicherten Krankenhausbehandlung gewährt wird, so ist für die Familie ein Hausgeld in Höhe des halben Krankengeldes zu zahlen; die Möglichkeit, das Hausgeld bis zum Betrage von 50 Prozent des Grundlohnes zu erhöhen, ist weggefallen. Die Satzung kann aber Zuschläge in Höhe von je 50 Prozent des Grundlohnes für Versicherte mit mehr als einem Angehörigen vorsehen. Außerdem darf der Gesamtbetrag das satzungsmäßige Krankengeld nicht übersteigen.

Die Verordnung bringt auch einige Verbesserungen der Leistungen. Wir haben schon die Einführung der ärztlichen Behandlung für Angehörige als Pflichtleistung erwähnt. Die Witwe eines Versicherten kann sich bei der Kasse ihres Mannes weiterversichern. Die Weiterversicherten treten zu der Kasse ihres Wohnortes über. Wer z. B. von Stuttgart nach Berlin verzogen ist, und bisher Mitglied der Stuttgarter Ortskrankenkasse war, wird jetzt automatisch freiwilliges Mitglied der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Für die nichtversicherten und ausgesteuerten Kriegsbeschädigten

gelten die gleichen Leistungen wie für die Kassenmitglieder. Arzneikostenbeteiligung und Krankenscheingebühr soll auch von ihnen erhoben werden. Das will der Reichsarbeitsminister noch anordnen.

Verschiedentlich sind die Vertreter der Versicherten in den Kassenvorständen aufgefordert worden, zum Protest die Notverordnung, weil sie ungesetzlich sei, nicht durchzuführen. Eine solche Haltung würde nicht im Interesse der Versicherten liegen. Die Aufsichtsbehörde kann den Vorstand durch Zwangsstrafen in Geld anhalten, das Gesetz zu befolgen. Weigert er sich, so kann die Aufsichtsbehörde an Stelle des Vorstandes für Rechnung der Kasse das Gesetz so durchführen, wie sie es für richtig hält. Die Vertreter der Versicherten haben aber keine Veranlassung, den Behörden die Selbstverwaltung auszuliefern. Aufgabe des neuen Reichstages wird es vielmehr sein, den Abbau der Krankenversicherung wieder rückgängig zu machen und der Selbstverwaltung die Pflicht aufzuerlegen, ihr aber auch die Möglichkeit zu geben, die Mängel der Krankenversicherung, die insbesondere durch eine unzweckmäßige Gestaltung des kassenärztlichen Dienstes hervorgetreten sind, zu beseitigen.

Kommunisten, Bürgerliche und Nazi verhöhnen die Erwerbslosen!

Nur die Sozialdemokraten helfen

1918

Wer verkroch sich nach dem Zusammenbruch feige ins Mauseloch?

Das Bürgertum!

Wer spaltete die Arbeiterbewegung?

Die Kommunisten!

Wer aber rettete das Reich, wer führte die staatliche Arbeitslosenunterstützung, die Kurzarbeiterunterstützung ein?

Die Sozialdemokraten!

1925

Wer weigerte sich, der Hilfe für die Erwerbslosen im besetzten Gebiet zuzustimmen und stimmte dagegen?

Das Bürgertum!

Wer beantragte die Unterstützungsverlängerung und stimmte dafür?

Die Sozialdemokraten!

Wer lehnte am 12. Dezember 1925 die dringend notwendige 50prozentige Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen ab?

Das Bürgertum!

Wer beantragte diese Unterstützung und stimmte dafür?

Die Sozialdemokraten!

1926

Wer lehnte am 8. November 1926 die Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen um 20 bzw. 30 Proz. ab?

Das Zentrum und die Deutsche Volkspartei!

Wer beantragte diese Erhöhung und wer setzte sie durch?

Die Sozialdemokraten!

1927

Wer peitschte das sozial-reaktionäre Arbeitszeitnotgesetz im Jahre 1927 durch?

Das Bürgertum!

Wer stimmte für dieses reaktionäre Gesetz und gab den Ausschlag für seine Annahme?

Die National„sozialisten"!

Wer bekämpfte es energisch und stimmte dagegen?

Die Sozialdemokraten!

Wer forderte Mitte 1927 das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung und setzte sich mit allem Nachdruck für seine Annahme ein?

Die Sozialdemokraten!

Wer lehnte dieses sozialpolitisch vielleicht wichtigste Gesetz der Nachkriegszeit ab und stimmte dagegen?

Die Kommunisten und die National„sozialisten" im trauten Verein mit einigen der reaktionärsten Deutschnationalen!

1928

Wer beantragte am 14. Dezember 1928, die Saisonarbeiterfürsorge um die Hälfte herabzusetzen?

Die Demokraten und die Volksparteiler!

Wer stimmte für diesen reaktionären Antrag?

Die Deutschnationalen und der größte Teil des Zentrums!

1929

Wer versuchte im Herbst 1929 die Arbeitslosenversicherung abzubauen und die Einrichtungen zu verschlechtern?

Das Bürgertum!

Wer setzte sich in wochenlangem Kampf dagegen zur Wehr und erreichte nicht nur die Verhinderung der Abbauwünsche, sondern noch einzelne Verbesserungen?

Die Sozialdemokraten!

Wer fiel der Sozialdemokratie in diesem Kampf in den Rücken und stimmte gegen die Reform?

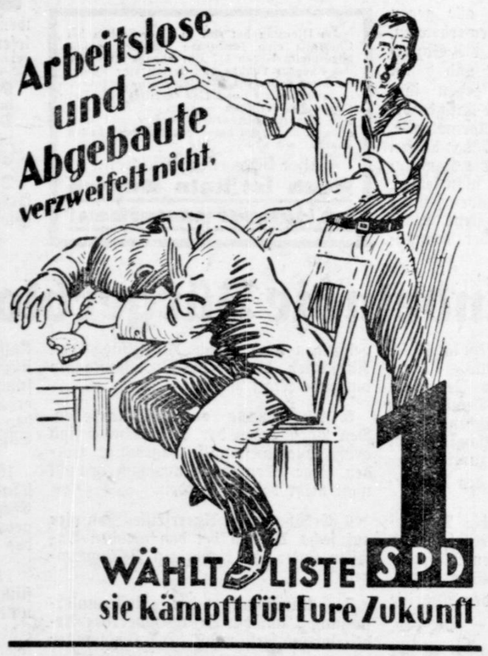
Die Kommunisten und National„sozialisten"!

Wer suchte die Schwierigkeiten der Arbeitslosenversicherung zu einem erneuten Vorstoß gegen die Arbeitslosen auszunutzen und lehnte am 21. Dezember 1929 die Beitragserhöhung ab?

Die Deutschnationalen, ein Teil der Volkspartei und andere Bürgerliche!

Wer bekämpfte Seite an Seite mit den Reaktionären die Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenversicherung?

Die Kommunisten, die National„sozialisten"!



1930

Wer hat im April 1930 auf Geheiß der Unternehmer wegen des Abbaus der Erwerbslosenversicherung die Große Koalition gesprengt?

Die Volkspartei!

Wer hat dieses reaktionäre Beginnen unterstützt?

Das Zentrum!

Wer hat lieber die Führung der Reichsregierung abgegeben als die Verringerung der Erwerbslosenhilfe zugelassen?

Die Sozialdemokraten!

Wer hat in den fünf Monaten Brüning-Regierung die Arbeitslosenversicherung maßlos verschlechtert? Wer hat untätig der katastrophalen Entwicklung der Wirtschaft zugesehen?

Die Bürgerblockparteien!

Wer hat dagegen gekämpft, wer hat positive Vorschläge zur Behebung des Arbeitsmarktes gemacht?

Die Sozialdemokraten!

Wer hat durch die Notverordnungen im Juli d. J. die Not des Volkes und der Erwerbslosen riesig vergrößert?

Die Bürgerblockparteien!

Wer hat als Gegenwehr die Auflösung des Reichstags und die Entscheidung der Wähler darüber erzwungen?

Die Sozialdemokraten!

Erwerbslose, EURE STIMME GEHÖRT DER S.P.D.

Erwerbslosen-Tribüne

Informations-ORGAN für Erwerbslose

14. September: Sozialdemokraten!

Der Besitzbürger beschwichtigt:

„Noch ist kein Mensch an Hunger gestorben . . ."

Der Wirtschaftsparteiler und Stadtverordnete Dobler,

Prototyp des satten Besitzbürgers,

erklärte kürzlich bei einer Debatte im Frankfurter Stadtparlament über die Unterstützungssätze der Wohlfahrtserwerbslosen:

„Noch ist kein Mensch an Hunger gestorben . . ."

Das ist seine Weltanschauung. Nur keine Aufregung, nur keine Sentimentalität, nur keine „überflüssigen" Ausgaben für Sozialpolitik:

„Noch ist ja kein Mensch an Hunger gestorben."

Die Erwerbslosigkeit ist grenzenlos. Nie wütete sie schlimmer.

Niemals zuvor war die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen so groß, niemals ihre Lage so arm an Aussicht auf Besserung.

Unzählige leben — was man so leben nennt — seit Jahren in der bittersten Not. Sind Jahre hindurch arbeitslos, sind krank, sind verbittert, sind entmutigt. Ein neues Proletariat. Ein neuer fünfter Stand. Eine neue Klasse.

Herrn Dobler rührt das nicht:

„Noch ist ja kein Mensch an Hunger gestorben . . ."

Doch Herr Dobler, doch. Es sind Menschen Hungers gestorben, und jeder war uns mindestens so lieb und soviel wert wie Herr Dobler.

Es geht uns freilich nicht um diesen gleichgültigen wirtschaftsparteilichen Schrippenkönig. Aber Herr Dobler ist Fleisch vom Fleisch des Besitzbürgers. Seine Gesinnung ist die der kleinen und großen Kapitalisten. Alle bürgerlichen Parteien reden die gleiche Sprache, nur durch Nuancen verschieden.

Alle bürgerlichen Parteien handeln im gleichen Sinne.

Die Maßnahmen der Industriellen hinter den Kulissen von Politik und Wirtschaft haben das eine Ziel:

Abbau der Sozialpolitik.



Und die Anträge der Bürgerparteien und die Notverordnungen der Bürgerblockregierung, sie haben ebenfalls das eine Ziel:

Abbau der Sozialpolitik.

Sicherung des Besitzes auf Kosten der Erwerbslosen — ein **robustes Gewissen** haben die Herren . . .

Man muß sparen, sagen sie. Ja, warum spart man denn an den wenigen Mark Erwerbslosen- und Krisenunterstützung?

Und warum läßt man zur gleichen Zeit die Kartelle und Trusts Millionengewinne einstreichen? Warum werden die Großpensionen nicht herabgesetzt? Warum erhöht man noch den bereits übertrieben hohen Wehretat?

Tausend Fragen — keine Antwort!

Nun, so werden die Massen des werktätigen Volkes, die erwerbslosen Massen, die Hunderttausende der Wohlfahrtserwerbslosen und Sozialrentner, die Schwachen und Elenden selbst die Antwort geben!

Die Partei des Volkes, die Sozialdemokratie, hat fast 2 Jahre hindurch die Sozialpolitik, die Fürsorgepflicht des Reiches gegenüber den vereinten Angriffen des Bürgertums und der Industrie hochgehalten.

Die Bürgerblockregierung jedoch hat ihre volksfeindlichen Pläne durchgesetzt. Die Sozialdemokratie aber hat die Entscheidung des Volkes erzwungen.

Am 14. September wird das deutsche Volk die Antwort geben, die einzige Antwort, die es auf den Anschlag des Bürgerblocks und seiner Trabanten geben kann:

Sieg der Sozialdemokratie!

Sieg der Liste 1

Ein Arbeits„scheuer" schreibt:

Ein Lehrer in seinem Arbeitszeugnis schreibt: Man sagt, der Arbeitslose will ja nicht arbeiten, er hat ja viel besser, geht den ganzen Tag spazieren und bekommt sein Geld dafür. Wenn die Herren doch einmal zu den Arbeitsämtern gehen und sich bei den Beamten erkundigen, die selbst jeden, ganze Jahre und noch länger arbeitslos sind und den ehrlichen Willen zur Arbeit haben. Hüttner sie einen Blick von dem Elend und den psychischen Qualen der Erwerbslosen, die einen Dauerzustand damit mit sich bringt, so würden sie bestimmt fort gehen. Red. Nimmt mich sehr die Herren

E. S. aus Kraftsdorf (Th.)

Ja, was kümmert auch die Herren ....

... sie sehen nur auf „Kapitalbildung, Erhaltung des Besitzstandes" und ähnliche Sorgen der Kapitalisten.

Alle bürgerlichen Parteien haben das eine gemeinsam: Gleichgültigkeit gegenüber der Erwerbslosennot, Kampf gegen die Sozialpolitik!



Herr Dr. h. c. Scholz

Der Führer der schwerindustriellen Deutschen „Volks"partei ist einer der eifrigsten Treiber im Kampf gegen die Sozialpolitik. Er ist es, der in den Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien am 25. März 1930 erklärt hat:

„Es müsse jetzt endlich ein Haltesignal für die Ausgaben aufgerichtet werden, und es sei dringend notwendig, die Arbeitslosenversicherung unter den stärksten finanziellen Druck zu stellen, damit die Reformen zum Abbau der Leistungen erzwungen werden."

Das ist die Stellungnahme des verantwortlichen Führer der Deutschen „Volks"partei gegen die Arbeitslosen.

Erwerbslose, merkt euch das für den 14. September!

Herr Mönke von den „Christlich-Nationalen"

Die „Christlich-Nationale" Arbeitsgemeinschaft, eine deutschnationale Absplitterung, die auch sogenannte „Arbeitervertreter" in ihren Reihen hat, schickte im Reichstag ihren Abgeordneten Mönke als Sprecher vor.

Herr Mönke, ein ostpreußischer Grundbesitzer, sprach in der Reichstagssitzung vom 27. Juni bei der Beratung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für den Abbau

„dieser übertriebenen Arbeitslosenversicherung".

Weiter erklärte er,

„daß es so, wie bisher, mit der Arbeitslosenversicherung unter gar keinen Umständen"

weitergehen könne.

Dieser Herr und diese Partei zeigen unmaskiert ihr Gesicht.

Erwerbslose, merkt euch das für den 14. September!

Herr Freidel von der Wirtschaftspartei



Der Vertreter der Wirtschaftspartei, F. Freidel, erklärte im Reichstag bei der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums am 28. 6. 1930 über die Arbeitslosen:

„Ein großer Teil will absolut nicht arbeiten ... Wenn wir uns unsere arbeitslosen jungen Leute ansehen ..., die zwei Mahlzeiten am Tage verschlafen und einen Teil ihres Geldes noch in Nikotin und Alkohol anlegen, dann müssen wir uns doch fragen ..."

So denken die durchaus nicht unterernährten Herren von der Wirtschaftspartei über die Arbeitslosen.

Erwerbslose, merkt euch das für den 14. September!

Herr Wagner, der National„sozialist"



Und nun der Vertreter einer angeblichen „Arbeiter"-Partei, der NSDAP.

Der Nazi-„Sachverständige" für Sozialpolitik und zugleich Leiter der „Gewerkschaftsabteilung" der Hakenkreuzler ist Adolf Wagner.

In seiner früheren Tätigkeit als — Bergwerksdirektor hat er wiederholt „vergessen", die Sozialbeiträge der Arbeiter abzuführen. Er ist also durchaus der „geeignetste" Führer für die Sozialpolitik der Nazi.

Dieser Hitlerianer erklärte in einer Münchener Nazi-Versammlung am 4. Juli 1930:

„Die Sozialgesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden."

Das ist das wahre Gesicht der NSDAP., so denken die Hakenkreuzler über die einzige Hilfe, die den Arbeitslosen geblieben ist.

Erwerbslose, merkt euch das für den 14. September!

Erwerbslose, EURE STIMME GEHÖRT DER S.P.D.

Eine deutschnationale Zeitung erklärt:

„Das Ideal aller Faulen und Arbeitsscheuen ist die Arbeitslosenversicherung ..."

Das deutschnationale Ostpreußische Tageblatt

besaß die Unverschämtheit, in einem Artikel vom 1. Juni 1929 zu behaupten,

„das Ideal aller Faulen und Arbeitsscheuen ist die Arbeitslosenversicherung."

Das ist deutschnationale Gesinnung. Für Schwerindustrie und Großgrundbesitz, gegen Sozialpolitik und Werktätige.

Erwerbslose, merkt euch das für den 14. September!

Und die Kommunisten: Bruno Siegel M. d. L.



Wo alle gegen die Erwerbslosen, gegen die Sozialpolitik und damit auch gegen ihre festeste Stütze, die Sozialdemokratie, hetzen, da dürfen auch die Kommunisten nicht fehlen.

Im Sächsischen Landtag haben sich die Kommunisten einmal bloßgestellt. Während einer Sitzung pries der kommunistische Redner Br. Siegel zum xten Male das Leben in der Sowjetunion:

„... In Moskau gibt es also überhaupt keine Arbeitslosigkeit." (Zwischenruf aus den Reihen der SPD.: „Woher kommen dann die amtlich nachgewiesenen drei Millionen Erwerbslose?")

Abgeordneter Siegel (fortfahrend):

„Das sind geborene Faulenzer!"

(Stürmischer Protest der Sozialdemokraten.)

Das ist so ziemlich das schamloseste, was bisher an Beschimpfung der Werktätigen und Arbeitslosen durch KPD.-Abgeordnete geleistet wurde.

Alle Erwerbslose, auch die Gewerkschafter, selbst die Kommunisten, nennt dieser „Arbeiter"abgeordnete geborene Faulenzer!

Erwerbslose, merkt euch das für den 14. September!

Am Dienstag hat sich in Ober-Frohna bei Chemnitz eine furchtbare Familientragödie abgespielt. Gegen 147 Uhr abends fand man das Ehepaar Fischer und dessen vier Kinder im Alter von sechs Monaten bis neun Jahren in der Wohnung durch Gas vergiftet auf. Der Grund ist darin zu suchen, daß der Vater seit längerer Zeit arbeitslos war und trotz aller Bemühungen keine Beschäftigung finden konnte.

Aber Bürgerliche erklären:

Noch ist kein Mensch an Hunger gestorben!

Herr Kaplan Engesser



Selbst Geistliche bringen es fertig, die Not der Erwerbslosen zu verhöhnen.

Der Kaplan Ad. Engesser phantasiert im Karlsruher Katholischen Gemeindeblatt, was Christus, wenn er wiederkäme, den Erwerbslosen sagen würde:

„Was stehst du so müßig da den ganzen Tag? Wenn ihr keine Arbeit habt, dann habt ihr Zeit zum Beten. Benutzt diese so kostbare Arbeitszeit nun für Gott und eure Seelen, für Gebet und religiöse Betätigung."

Die Erwerbslosen brauchen Brot und Arbeit; vom Beten ist noch keiner satt geworden.

Und so handeln die Bürgerblock-Parteien

Seit fünf Monaten regieren im Reich die Parteien des Bürgerblocks.

Unter der Führung des Zentrums haben sich die ehemaligen Demokraten, die deutschen und die bayerischen Volksparteiler, die von der Wirtschaftspartei und die Volkskonservativen zu einem

Raubzug auf die Aermsten des Volkes

zusammengeschlossen.

Besonders aber sind es die Arbeitslosen, die Wohlfahrtserwerbslosen und Ausgesteuerten, die unter den Maßnahmen des Bürgerblocks zu leiden haben.

Endlos fast ist die Liste der Angriffe auf die Arbeitslosen:

1. **Weniger Bezugsberechtigte in der Arbeitslosenversicherung** durch die Aenderung der Zeitdauer der versicherungsfreien geringfügigen Beschäftigung.

2. **Weitere Schlechterstellung der Wohlfahrtserwerbslosen** durch Einbeziehung geringfügiger Beschäftigung in die Versicherungsfreiheit.

3. **Ausschluß der Jugendlichen unter 17 Jahren von der Unterstützung,** wenn sie einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch haben.

4. **Verschärfung des § 89a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes** durch Herausnahme der Geschwister aus dem Personenkreis der zu berücksichtigenden Angehörigen und durch Aufstellung von Richtlinien, die für die Spruchinstanzen bindende Kraft haben.

5. **Ausdehnung von Pflichtarbeiten.** Den Vorsitzenden der Arbeitsämter sind große Machtbefugnisse zugebilligt worden. Der Verwaltungsausschuß braucht nicht mehr befragt werden.

6. **Erhöhung der Sperrfristen von vier auf sechs Wochen** bei den gleichen Anlässen unter den bisherigen Bestimmungen.

7. **Anrechnung der Krisenunterstützung 1 auf die Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung.** Die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Unterstützung vermindert sich jetzt um die Zahl der Tage, für die der Erwerbslose Kru 1 bezogen hat.

8. **Drosselung der Unterstützungssätze.** Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung bemißt sich nicht mehr wie bisher lediglich nach dem Arbeitsentgelt, sondern nunmehr auch nach der Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung. Ferner fiel die Bestimmung, daß es zur Einführung von Pflichtarbeiten der Zustimmung von mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Verwaltungsausschusses bedarf.

9. **Einreihung in niedrigere Unterstützungsstufen.** Arbeitslose der Lohnklassen VII bis XI erhalten die Unterstützungssätze ihrer Klasse nur unter bestimmten Voraussetzungen. Andernfalls erhalten sie die Hauptunterstützung nach den um eine volle Lohnklasse niedrigeren Sätzen.

10. **Leistungsverminderung bei selbständigem Unterstützungsanspruch beider Ehegatten,** sofern kein Familienzuschlag gewährt wird, durch 50proz. Anrechnung des Unterstützungssatzes.

11. **Verschärfung der Wartezeitbestimmungen** durch Fortfall des Altersunterschiedes. Die Wartezeit beträgt jetzt regelmäßig 14 Tage bei Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigte Angehörige usw.

12. **Ausdehnung der Anrechnung auf die Unterstützung.** Bei verheirateten Arbeitslosen wird das Einkommen des Ehegatten angerechnet, soweit es 35 Mk. in der Woche übersteigt.

Erwerbslose, merkt euch das für den 14. September!

Keine Stimme dem Zentrum, keine Stimme der Staatspartei, keine Stimme der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei, den Volkskonservativen und der Wirtschaftspartei!

Jede Stimme der Sozialdemokratie, der Liste 1!

Erwerbslose, EURE STIMME GEHÖRT DER S.P.D.

Wirtschaft und Gewerkschaft

Opfer der Wirtschaftskrise

Das Schicksal der Wohlfahrts-Erwerbslosen im Revier

400000 Erwesbslose zur Zeit ohne Anspruch auf Arbeitslosen-Versicherungs-Unterstützung — Die Rechtsstellung der Wohlfahrtserwerbslosen

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

Ueber 400 000 Erwerbslose haben zur Zeit keinen Anspruch auf Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung. Soweit Bedürftigkeit vorliegt, haben sie Anspruch auf Unterstützung durch die Wohlfahrtsämter (Bezirksfürsorgeverband). Man bezeichnet sie deshalb als Wohlfahrtserwerbslose. Die Rechtsstellung der Wohlfahrtserwerbslosen bezüglich der Unterstützungshöhe, der Pflichtarbeit, die Entlohnung bei der Arbeitsfürsorge bzw. Notstandsarbeiten soll mit nachstehendem beleuchtet werden:

1. Unterstützung durch den Bezirksfürsorgeverband.

Nach §§ 1 und 5 der Reichsgrundsätze und § 6 der Fürsorgepflichtverordnung vom 13. Februar 1924 haben alle dem Wohlfahrtsamt (Bezirksfürsorgeverband) unterstehenden Erwerbslosen, soweit die Hilfsbedürftigkeit gegeben ist, Anspruch auf Unterstützung. Hilfsbedürftig ist, wer den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine unterhaltungsberechtigten Angehörigen nicht, oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen kann und ihn auch nicht von anderer Seite, insbesondere von Angehörigen erhält.

Die Höhe der Fürsorgeunterstützung soll grundsätzlich individuell bemessen werden. Die Bezirksfürsorgeverbände haben in der Regel einen Richtsatz für die der allgemeinen Fürsorge unterstehenden Personen eingeführt, während für die Klein- und Sozialrentner sowie ihnen gleichstehenden Personen nach § 33a der Reichsgrundsätze die gehobene Fürsorge in Frage kommt, deren Richtsätze in der Regel 25 Prozent über denen der allgemeinen Fürsorge liegen sollen.

Neuerdings sind viele Fürsorgeverbände vom differenzierten Richtsatzsystem abgekommen und unterstellen grundsätzlich die Fürsorgeempfänger der allgemeinen Fürsorge, also auch die Wohlfahrtserwerbslosen den Richtlinien der gehobenen Fürsorge. Nur für arbeitsscheue, soziale Fürsorgeempfänger im Sinne des § 13 der Reichsgrundsätze zum Reichsfürsorgeverband werden die niederen Richtsätze angewandt. Dies läßt sich rechtlich damit begründen, daß die Fürsorgeverbände berechtigt sind, mit Ausnahme der Fälle von § 13 R. Gr. über das ihnen gesetzlich auferlegte Maß von Leistungen hinauszugehen. Die Frage, ob der Wohlfahrtserwerbslose nach den Richtsätzen der gehobenen Fürsorge zu behandeln ist, muß deshalb bejaht werden. Es handelt sich um arbeitsfähige und arbeitswillige Personen, deren Arbeitskraft erhalten bleiben soll, also um Personen, die den Klein- und den Sozialrentnern als gleichstehend anzusehen sind.

2. Beschäftigung und Entlohnung der Wohlfahrtserwerbslosen.

Zur Zeit unterscheiden wir rechtlich drei Arten der Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen durch den Bezirksfürsorgeverband:

a) Beschäftigung bei Notstandsarbeiten gemäß § 139 der AV., AVG.;

b) Beschäftigung im öffentlich-rechtlichen Fürsorgeverhältnis gemäß § 19 der Fürsorgepflichtverordnung (Pflichtarbeit);

c) Beschäftigung im bürgerlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis (Arbeitsfürsorge).

A. Notstandsarbeiten im Sinne des AV., AVG., sind Arbeiten, die zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit dienen und vom Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes genehmigt worden sind. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gewährt dem Träger der Notstandsarbeiten (Gemeinden) nach Maßgabe der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge Grundförderung und eventuell verstärkte Förderung. Die Bezirksfürsorgeverbände können im Einverständnis des Landesarbeitsamtes zu diesen Notstandsarbeiten zu einem bestimmten, für den Einzelfall festzulegenden Umfang Wohlfahrtserwerbslose zuteilen. Die Arbeitslosen werden bei Notstandsarbeiten unter den Bedingungen des freien Arbeitsvertrages beschäftigt.

B. Nach § 19 der Fürsorgepflichtverordnung vom 13. Februar 1924 und § 8 der Reichsgrundsätze über die Durchführung der Verordnung über Fürsorgepflicht kann in geeigneten Fällen die Unterstützung arbeitsfähiger Hilfsbedürftiger durch Anweisung angemessener Arbeit gemeinnütziger Art von der Leistung solcher Arbeit abhängig gemacht werden. Die mit solcher Arbeit Beschäftigten stehen in einem öffentlich-rechtlichen Fürsorgeverhältnis. Ein Arbeitsvertrag liegt in der Regel nicht vor. Ob ein öffentlich-rechtliches Fürsorgeverhältnis oder ein bürgerliches Arbeitsverhältnis im Einzelfall vorliegt, war bisher von der Lage und den Umständen des Einzelfalles abhängig. Eine festere Abgrenzung darüber, ob die Arbeitsleistung eines Fürsorgearbeiters ein öffentlich-rechtliches Fürsorgeverhältnis oder ein bürgerlich-rechtliches Arbeitsverhältnis darstellt, bringt nunmehr die auf Grund des Art. 48 am 28. Juli 1930 erlassene Notverordnung. Diese fügt im AV., AVG., einen § 75d ein, der folgendes besagt:

1. Die Beschäftigung eines Hilfsbedürftigen im Rahmen der Arbeitsfürsorge durch einen Träger der öffentlichen Fürsorge oder auf dessen Veranlassung für einen Dritten ist zur Arbeitslosenversicherung versicherungsfrei, falls die wöchentliche Arbeitszeit weniger als 32 Stunden beträgt.

2. Unter die Versicherungspflicht fallen jedoch alle in der Arbeitsfürsorge beschäftigten Wohlfahrtserwerbslosen, deren wöchentliche Arbeitszeit 32 Stunden oder falls durch Tarifvertrag eine kürzere regelmäßigere Arbeitszeit vereinbart ist, mindestens die vereinbarte Stundenzahl beträgt und dem Beschäftigten der tarifliche, oder soweit ein solcher nicht besteht, der im Beruf ortsübliche Lohn gezahlt wird. Als Merkmal des Vorliegens von einem öffentlich-rechtlichen Fürsorgeverhältnis sind hervorzuheben: Beschäftigung unter 32 Stunden pro Woche, Versicherungsfreiheit zur Arbeitslosenversicherung, keine Verpflichtung zur Zahlung des Tariflohnes, sondern einseitige Festsetzung der Unterstützungshöhe an Stelle eines Arbeitsentgeltes nach den Grundsätzen der Fürsorgepflichtverordnung durch den BFV.

C. Werden Wohlfahrtserwerbslose 32 Stunden und mehr wöchentlich einem technischen Amt, z. B. der Parkverwaltung, dem Bauamt, der Kanal- oder Betriebsverwaltung zur Arbeitsleistung überwiesen, so gelten sie als freie Arbeiter, genießen allen rechtlichen Schutz, z. B. Pflichtversicherung für Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung und Invalidenversicherung. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Betriebsrätegesetzes finden Anwendung; soweit Tarifverträge vorhanden sind und nicht besonders die Wohlfahrtserwerbslosen ausschließen, gelten diese auch für die Wohlfahrtserwerbslosen.

Es liegt ein bürgerlich-rechtliches Arbeitsverhältnis vor, für welches der jeweils nach der Art der Arbeit zuständige Tarifvertrag, oder soweit ein solcher nicht besteht, der im Beruf ortsübliche Lohn anzuwenden ist. Eine ausdrückliche Abweichung von diesem arbeitsrechtlichen Grundsatz sieht der Reichsmanteltarif für die Gemeindearbeiter vor. Nach § 2 desselben sind die in Arbeitsfürsorge beschäftigten Wohlfahrtserwerbslosen von diesem Vertrag ausdrücklich ausgeschlossen. Beauftragt die Gemeinde einen privaten Unternehmer mit der Ausführung von Bauarbeiten, so ist ohne Zweifel der Reichstarif des Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbes bei allen unter diesen Tarifvertrag fallenden Bauarbeitern kraft seiner Allgemeinverbindlichkeit für alle Beteiligten maßgebend.

Nach § 75 AVAVG. ist der Träger der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge berechtigt, im Einvernehmen mit dem zuständigen Arbeitsamt festzusetzen, welcher Tarifvertrag für die Entlohnung der Fürsorgearbeiter Anwendung finden soll. Es wird Aufgabe der Gewerkschaftsvertreter in den Gemeindevertretungen und den Verwaltungsausschüssen sein, darüber zu wachen, daß mit dieser durch die Notverordnung neugeschaffenen Rechtslage kein Mißbrauch getrieben wird. Auch die neuere Regelung kann nicht befriedigen. Aufgabe der Gewerkschaften wird es sein, mit Rücksich auf das weitere Steigen der Wohlfahrtserwerbslosenzahl möglichst einheitlich arbeitsrechtliche Grundsätze für dieselben durch die Gesetzgebung zu schaffen.

May.

Die Christen und Nationalsozialisten

Neutral gegen alle Parteien, ausgenommen die Sozialdemokratie

Bernhard Otte, der Führer der christlichen Gewerkschaften, hat erklärt, daß sich die christliche Gewerkschaftsbewegung allen bürgerlichen Parteien gegenüber neutral verhält, nur nicht gegenüber der Sozialdemokratie. Auf unsere Frage, wie es mit dem Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu den Nationalsozialisten stehe, gab die Presse der Christen zu, daß die christlichen Gewerkschaften auch gegenüber den Nationalsozialisten ebenso wie gegenüber den bürgerlichen Parteien parteipolitisch Neutralität üben. Nun macht der „Deutsche" den Versuch, diese parteipolitische Neutralität der Christen möglichst abzuschwächen. Er schreibt, diese Neutralität gegenüber den bürgerlichen Parteien sei „keine Neutralität auf jeden Fall". Die christliche Gewerkschaftsbewegung habe es nicht nötig, sich irgend einer oder mehreren politischen Parteien mit Haut und Haaren zu verschreiben. Die christlichen Gewerkschaften lägen nicht den Parteigötzen bedingungslos zu Füßen, wie das bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften der Fall sei. Und so werde auch in Zukunft jede Partei mit dem „Widerstand" der christlichen Gewerkschaftsorganisation in dem Augenblick rechnen müssen, „wo sie den grundsätzlichen Zielen der christlichen Gewerkschaftsbewegung zuwiderhandelt." Davon sei auch die Partei der Nationalsozialisten ebenso wenig ausgenommen, wie etwa das Zentrum oder eine der anderen Parteien.

Wir fragen demgegenüber: vertragen sich Haltung und Handeln der Nationalsozialisten mit den Grundsätzen und Zielen der christlichen Gewerkschaftsbewegung? Wir fragen deswegen, weil soeben erst die „Germania", als ein führendes Organ des Zentrums, zu dem sich politisch die übergroße Masse der im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten katholischen Arbeiter rechnet, unter Hinweis auf die fortgesetzten Blut- und Mordtaten der Nationalsozialisten ausdrücklich erklärte: „Der Nationalsozialismus ist eine Krankheit, die ebenso scharf bekämpft werden muß wie der Bolschewismus und der Kommunismus."

In seinem Rechtfertigungsversuch erklärt der „Deutsche", die Liebe zum Gemeinsamen im Volk berge naturgemäß die Gegnerschaft zu all den Kräften in sich, die statt Einigung Trennung, statt Geschlossenheit Zerklüftung, statt Frieden ständigen Kampf wollen. Aus dieser Tatsache resultiere die ablehnende Stellung der christlichen Gewerkschaften zur — Sozialdemokratie. Dem gegenüber müssen wir abermals an ein Wort der „Germania" erinnern. Sie sagt (Nr. 412): „Der Nationalsozialismus reißt auseinander, wir, die wir im Lager der christlichen Staatsauffassung stehen, müssen ihn und seine neuen Methoden auf das Entschiedenste bekämpfen. Wir müssen das innenpolitisch, weil im Nationalsozialismus nur Gewalt steckt und Zerreißung des Volkes." Müßte nicht die vom „Deutschen" den Christen nachgerühmte „Liebe zum Gemeinsamen im Volk" die christliche Gewerkschaftsführung — unter der Voraussetzung, daß ihre Beurteilung der Sozialdemokratie richtig ist — zwingen, gegenüber den Nationalsozialisten mindestens einen ebenso scharfen Trennungsstrich zu ziehen wie gegenüber den Sozialdemokraten?

Die christliche Gewerkschaftsführung lehnt das ab, weil sie den Nationalsozialismus ebenso nachsichtig und wohlwollend beurteilt, wie sie scharf und unerbittlich mit der Sozialdemokratie ins Gericht zu gehen versucht. So sagt der „Deutsche", die christlichen Gewerkschaftsführer wüßten, daß auch die bürgerlichen Parteien bzw. Gruppen in ihnen nicht immer ihren christlichen nationalen Grundsätzen hunderprozentig die Treue halten, und daß Interessen der verschiedensten Art sie zu Verstößen gegen diese Grundsätze verleiten. Sie seien sicher auch nicht so überheblich, zu glauben, daß sie selbst den Typ des christlich-nationalen Idealmenschen vollkommen verkörpern. Diese Welt habe mit den Menschen auch ihre Schwächen und Neigungen zu ertragen. Gegen diese könne und müsse auch angekämpft werden. Die Welt sei nun mal nicht das Reich Gottes, und sie werde immer der Kampfplatz bleiben, wo Gutes mit dem Bösen ringe und es niederzuzwingen versuche, um des irdischen und ewigen Friedens willen.

Welche Milde, welche Sanftmut, welches Verständnis für die Verstöße gegen die christlichen Grundsätze bei allen Parteien — auch bei den Nationalsozialisten — ausgenommen die Sozialdemokratie. Ihr gegenüber Kampf unter allen Umständen! Obwohl in nicht seltenen Fällen die Sozialdemokratie die einzige Partei war, die die gemeinsamen Forderungen der 3 Gewerkschaftsrichtungen (Freie, Christen und Hirsche) voll aufnahm und vertrat — auch dann noch, als die christlichen Arbeiterführer durch die Bindung mit dem Zentrum die eigenen Forderungen ziemlich preiszugeben sich veranlaßt sahen.

Oberfaule Unternehmer-Argumente

über die Ursache der Arbeitslosigkeit

Ueberall herrscht Arbeitslosigkeit. In Deutschland aber bringen es Wirtschaftsführer des Unternehmertums fertig, für die Krise auf dem Arbeitsmarkt die Sozial- und Lohnpolitik verantwortlich zu machen. So kommt Herr von Raumer, Volksparteiler und Reichswirtschaftsminister a. D., in der letzten Nummer der „Arbeitgeberzeitung" wieder mit den alten Geschichten, daß das Anschwellen der öffentlichen Lasten einschließlich der Sozialversicherung die Kapitalbildung verhindert und die fortgesetzte Erhöhung der Löhne mit Hilfe der Schlichter die Industrie gezwungen habe, aus dem Lohn in die Maschine zu flüchten; man habe dann die durch Einströmen fremder Gelder verursachte Konjunktur als Dauererscheinung ausgewertet und geglaubt, daß man darauf Löhne aufbauen könne, die an der Spitze des Kontinents stünden, und eine Sozialversicherung, die an der Spitze der Welt marschiere. In den 2 845 000 Arbeitslosen, in dem Zusammenbruch des Innenmarktes, liege die Quittung auf diese Politik.

Auf deutsch: Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind schuld an der Arbeitslosigkeit. Auch in England haben die Unternehmer die Arbeiter für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen versucht. Also die Arbeiter sind selber schuld an ihrem Elend; mit ihrer Sozial- und Lohnpolitik haben sie die Massenarbeitslosigkeit hervorgerufen.

Lügner müssen ein gutes Gedächtnis haben. Dieselben Herrschaften, die den Arbeitern weismachen wollen, daß sie mit Lohnsteigerung die Nationalisierung und damit die Arbeitslosigkeit hervorgerufen hätten, vergessen, daß sie selbst wiederholt betont haben, die Rationalisierung sei nicht schuld an der Arbeitslosigkeit, wie das englische Beispiel zeige. Tatsächlich hat England — trotz hoher Löhne — nicht entfernt so scharf rationalisiert wie Deutschland und hat doch riesige Arbeitslosenziffern. Die deutschen Unternehmer haben früher wiederholt Amerika gerühmt und gepriesen, weil dort so gut wie keine Sozialpolitik existiere und daher die Industrie von enormen Lasten befreit sei. Nun hat aber Amerika zur Zeit nicht weniger als etwa rund 8 Millionen Arbeitslose.

Die Ursachen dieser Weltkrise sind in den verschiedenen Ländern nicht genau dieselben; trotzdem läßt sich nicht leugnen, daß vor allem in den hochentwickelten Industriestaaten eine Ursache überall mehr oder minder stark festzustellen ist: das Mißverhältnis zwischen Produktionsfähigkeit und der Kaufkraft der Bevölkerung. Der Versuch, die freie Arbeiterbewegung für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen, ist nichts weiter als groteske Kinderei, und für Leute, die in Wirtschaftsfragen führend mitsprechen wollen, geradezu beschämend.

Die Bergbauangestellten im Ruhrbergbau

Die Schachtvertrauensmänner des Deutschen Werkmeisterverbandes, Sitz Düsseldorf, nahmen in einer Konferenz, die am 7. September in Essen stattfand, Stellung zu der Notverordnung und der Gehaltskündigung. In der nachstehenden einstimmig angenommenen Entschließung brachten sie ihre Meinung zum Ausdruck:

Entschließung: Die am 7. September in Essen versammelten Schachtvertrauensmänner des Deutschen Werkmeisterverbandes, Sitz Düsseldorf, halten die Notverordnung für verfassungswidrig und für einen schweren Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmer in der Sozialversicherung. Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß der kommende Reichstag diese Notverordnung sofort wieder außer Kraft setzt und sind der Meinung, daß die Reichsfinanzen auf anderem Wege in Ordnung gebracht werden können. Mit Entschiedenheit wird ein Abbau der Einkommensbezüge abgelehnt, da die bisherigen bei weitem nicht ausreichend sind. Ein Gehaltsaufbau muß baldmöglichst erfolgen. Insbesondere muß der Abzug von 6 Prozent für die Randzechen fallen, da dieser Abzug durch nichts gerechtfertigt wird.

Die Zahl der Konkurse

ist im August gegenüber den Julizahlen beträchtlich gesunken.

Unterhaltung und Wissen

An der Dreiländergrenze
Donaufahrt

In Belgrad, der Hauptstadt Jugoslawiens, hält unser Dampfer für mehrere Stunden. Schnell benutzen wir die Gelegenheit, uns die „weiße Stadt" etwas näher zu beschauen. Der erste Eindruck ist uneinheitlich. Zwischen Holzbuden und aufgerissenen Straßen steht plötzlich ein neuerbauter, vielstöckiger Steinpalast. In der Hauptstraße herrscht reges Leben, das in der Hauptsache von den Militärs beeinflußt wird. Vor allen wichtigen öffentlichen Gebäuden stehen Posten mit aufgepflanztem Bajonett, während die Offiziere mit ihren Mädels in schneidigen Uniformen herumbummeln.

Daß wir dem Orient näher kommen, zeigt sich nicht nur in dem Gestank der Gassen und der seltsamen Musik in den Restaurants. Am deutlichsten wird uns der Wechsel offenbar, als wir uns gegen den Durst eine Melone kaufen wollen. Verlangt wird von den braunen Gesellen ein unmöglicher Preis. Wir bieten glatt ein Viertel und einigen uns nach langem, mühseligem Verhandeln schließlich auf etwas mehr als die Hälfte.

Um Mitternacht geht unser Schiff weiter. Langsam verschwinden die hellen Kais und die weißgetünchten Häuser, und wir dampfen hinaus in eine unbeschreiblich schöne Donaunacht.

Am nächsten Morgen zeigt sich eine ganz andere Landschaft als an den vorhergehenden Tagen. Ringsumher liegen bewaldete Berge, über denen noch in langen Schwaden der Morgennebel liegt. Nur langsam kämpft sich die Sonne durch. Vor uns im Wasser liegt der kahle Babakaifelsen, „das schreiende Weib" genannt, weil angeblich ein Türke aus Eifersucht seine Frau hier angeschmiedet haben soll.

Immer näher kommen die Berge und drängen das Wasser der Donau in eine schmale Rinne, während sie vorher in ungebändigter Freiheit stolz durch die Ebene floß. Große Regulierungen des Stromes waren notwendig, um diese Strecke der Schiffahrt nutzbar zu machen. Mit gefesselter, doch desto stürmerischerer Kraft schießt das Wasser dahin. Stromschnellen gefährden die vorbeifahrenden Schiffe, und aus dem Flusse ragende Felsspitzen mahnen den Steuermann, vorsichtig zu sein und der vorgeschriebenen Fahrrinne zu folgen. Immer steiler ragen die Felsen an den Ufern auf. Schon die alten Römer mußten hier auf ihren Heereszügen sich die Straßen in das Gestein hauen, von denen heute noch die Reste zu sehen sind. Am gewaltigsten wird die Naturszenerie bei dem Engpaß von Kazau, einer der schönsten Stellen der Donau, die sich mit unserm Rhein messen kann. Klar spiegelt sich das prächtige Gemälde aus grauem Stein, grünen Wäldern und herrlich blauem Himmel mit leichten Sommerwölkchen in dem Strom. Fischer liegen mit ihren Kähnen am Rande, und nur einige Zigeuner ziehen auf der schmalen Uferstraße. Der übermäßige Fremdenstrom des Rheines fehlt hier glücklicherweise. Interessant ist auf der Weiterfahrt die Strombarriere des Eisernen Tores. Dort gehen die Stromschnellen von Ufer zu Ufer. Zur Erleichterung der Schiffahrt wurde 1896 ein Kanal angelegt, der längs der serbischen Seite stromab zieht.

Hier ist heute auch die Dreiländergrenze zwischen Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien, eine Stelle, an der sich das bunte Völkergemisch des Balkans besonders drastisch manifestiert. Während der Weiterfahrt durch die flache Ebene, wo sich der Fluß behäbig durchwindet und an den Ufern friedliche Bilder ruhender Zigeuner, Dörfer und fruchtbare Felder zu sehen sind, komme ich mit einem jugoslawischen Studenten ins Gespräch. Er gehört zur Partei des ermordeten Raditsch, wurde in Abwesenheit von der Diktatur zu 15 Jahren Kerker verurteilt und propagiert nun weiter im Ausland seine Ideen. Unter einem falschen Namen war er heute durch Jugoslawien gefahren und natürlich heilfroh, nicht erwischt worden zu sein.

Durch das Dunkel der Gassen müssen wir zurück zum Bahnhof. Um die Baracke herum liegen eine Menge verdächtiger Gestalten. Kinder bieten sich als Gepäckträger an. In einem Stalle wird unser Passagiergut, ein paar schwere Zinnkisten mit Proviant für die weitere Fahrt abgewogen. Dann betreten wir mit etwas gemischten Gefühlen die berüchtigten Eisenbahnwagen, ergattern uns zwischen Säcken, Körben mit Früchten und Fischen einen freien Platz und fahren weiter dem Balkan zu.

Karl Möller.

„Dunkle Kräfte sind am Werke"...
Es gibt keine Dummheit...
Karten, Kaffeesatz und Glaskugel

Jemand hat einmal das kluge Wort gesagt: „Es gibt keine Dummheit der Weltgeschichte, die nicht immer wieder gemacht würde." Die Geschichte der menschlichen Dummheit gibt ihm tausendmal recht. Unsere Zeit, die es so herrlich weit gebracht hat, macht darin wirklich keine Ausnahme. Wenn wir die Menschen des Mittelalters bedauernd belächeln, weil sie in jedem Muttermal ein Hexenzeichen sahen, dann wollen wir nicht vergessen, auch unsere Zeitgenossen zu bedauern. Der Aberglauben unserer Zeit ist nicht viel geringer als vor 500 Jahren. Die Zahl 13, der schwarze Pudel, die Katze am Morgen und die Spinne am Abend spuken auch noch im 20. Jahrhundert im Hirn des Europäers. „Ja, du lieber Gott, man ist ja schließlich aufgeklärt, aber, wissen Sie, so ganz ohne ... mir ist da neulich etwas passiert ... es gibt mehr Dinge zwischen Himmel und Erde ..."

Besser ist besser. Die vielen Tausende, die gläubig zur Kartenlegerin gehen, wissen sehr gut ein Telephon zu bedienen und wundern sich gar nicht darüber, wenn ihnen morgen der Bildfunk den „Lohengrin" aus dem Opernhaus überträgt.

Was sie jedoch zur modernen Wahrsagerin treibt, ist die Sehnsucht, die Quellen des Glückes, die noch irgendwo im Verborgenen unaufgedeckt sind, recht bald erschlossen zu sehen.

Das Leben ist kurz, und wenn die Karten auch nur ein Quäntchen dazu beitragen, verborgene Glücksmöglichkeiten in den Bereich der Möglichkeit zu schaffen ... warum auch nicht! Jeder ist ja so hungrig nach diesem bißchen Lebensglück. Nicht nur der Arbeiter, der kleine Handwerker und Angestellte nein, auch die Leute, die im Frühjahr an die Riviera fahren und den Sommer in der Schweiz verbringen, wollen noch mehr ausgeschüttet haben aus dem Füllhorn Fortunas. Sie alle gehen — daß sie von niemandem gesehen werden — in der Abenddämmerung zur Kartenlegerin.

Die Kartenlegerkunst ist eine alte „Wissenschaft". Schon vor 200 Jahren erschien in Leipzig ein Buch „Anleitung zu den kuriosen Wissenschaften", in dem die Kunst des Kartenlegens gelehrt wird.

Madame, die Kartenlegerin, läßt ihre Kunden — nicht immer gehören sie allein dem weiblichen Geschlecht an — die Karten dreimal abheben und wieder zusammenlegen. Dann nimmt sie die Karten einzeln herunter, wobei sie mit geheimnisvollem Flüsterton von Sieben anfängt, die Karten bis zum As zu zählen. Wenn die abgedeckte Karte mit der gezählten zusammentrifft, so wird diese auf die Seite gelegt. So geht es noch zweimal. Nun liegen drei Karten nebeneinander. Jetzt geht der Blick in die Zukunft. Die „Anleitung in die kuriosen Wissenschaften" gibt uns die Fingerzeige. Rot ist Liebe und Eheglück, Eichel ist Geschäftserfolg, Grün ist Unglück, Schellen bedeutet Vorsicht vor bösen Widersachern. Dann die Personen: König bedeutet einflußreiche Leute, Ober heißt unbedeutende ältere Persönlichkeiten, Buben junge Männer, Acht sind junge Mädchen, Neun sind Witwen, Zehn sind ältere Damen. Eine rote Acht bedeutet für den jungen Klienten baldiges Liebesglück. Grüner König heißt: eine hohe Persönlichkeit bringt Unglück; roter König kündet: eine einflußreiche Persönlichkeit hat nichts gegen eine glückliche Heirat einzuwenden usw.

Ein feineres Handwerkszeug ist der Kaffeesatz. Die weise Frau schüttet auf eine Untertasse ein bißchen fein gemahlenen Kaffeesatz, der mit etwas Wasser gemischt ist. Der Besucher bläst dreimal kräftig in das Gemisch. Dadurch entstehen seltsame Linien und Figuren. Wenn die Linien auseinanderstreben, ist baldiges Glück zu erwarten; das Gegenteil, wenn sich geschlossene Linien bilden.

Die vornehmste und bestbezahlte Vertreterin dieses einträglichen Berufszweiges aber ist die Kristallomantin. Sie sitzt in einem geheimnisvollen, düsteren Kabinett und betrachtet durch eine Kristallkugel mit sorgenvollem Gesicht ihren Besucher. Nach Minuten unheimlichen Schweigens, während dem Wahrheitssucher die Schauer mystischer Urangst über den Rücken rieseln, kommt der Spruch: „Dunkle Kräfte sind am Werke, ein großes Glück, das Sie beinahe in Händen haben, zu zerstören. Wenn es Ihnen gelingt, durch einen geschickten Gegenzug die Kraft, die Ihnen Böses will zu vernichten, wird das Glück strahlend zu Ihnen kommen. Nicht alles, was Sie unternehmen, wird Ihnen gelingen. Wenn Sie aber standhaft bleiben, können Sie auch über das Ungemach trotzen. Für meine Bemühungen habe ich 10 Mark zu beanspruchen. Die Kasse ist links im Zimmer nebenan." — Die klare Glaskugel hat gesprochen.

Man braucht nicht erst zu Wahrsagerinnen zu gehen, um ein Geheimnis zu erfahren. Draußen auf dem Lande liegen diese Dinge viel offener und klarer.

Da ist man in weiten Volkskreisen noch davon überzeugt, daß es Hexen gibt, böse Frauen, die sich nachts in Katzen verwandeln und die Kuh krank machen, die Kinder behexen und alles Ungemach, das erdenkbar ist, über Haus und Hof bringen. Die moderneren Hexenprozesse, die da und dort die Gerichte beschäftigen, offenbaren nur einen kleinen Teil dessen, was an Hexenglauben im Volke steckt.

Es gibt aber auch noch Kräfte, die vor diesen bösen Hexen schützen. Wer sein Kind vor diesen Satansweibern bewahren will, der legt zu unterst in die Wiege kreuzweise eine Schere. Das Kreuz ist überhaupt das Zeichen, das alle Hexen verscheucht. Ueber den Brotteig zieht man drei Kreuze; dann gelingt es der Hexe nicht, das Brot beim Backen festsitzen zu lassen. Schweine, die nicht fressen, sind verhext. Wenn man diese Befürchtung hat, gehe man rückwärts in den Stall, schlage ein Brotmesser in Form eines Kreuzes dreimal über den Trog — und die Schweine fressen wieder.

Ganze Dörfer sind schon durch den Hexenaberglauben bis in den untersten Grund aufgewühlt worden. Alte Frauen, vielleicht noch mit einem körperlichen Gebrechen behaftet, werden jahrelang gequält und verfolgt, und der Hexenbanner geht ein und aus. Damit die Hexerei nicht ausgeht, wird ein bißchen „Vorsehung" gespielt. Es ist nicht allzu schwer, durch ein unauffälliges Streichen am Bauch entlang einem Kalb den Nabel einzudrücken, daß es verendet. Und eine Nadel, geschickt mit einem Kohlblatt einer Kuh gereicht, bewirkt deren sicheren Tod. Ein Pferd zu verhexen, ist eine Kleinigkeit: Man schmiert Ilisfett auf die Deichsel, und das Pferd wird rabiat.

Aufklärung kann hier gewiß viel helfen. Aber die Trägheit des Geistes ist nicht leicht wachzurütteln. Ist es nicht bequemer, wenn die Kuh krank wird, die Schuld auf die böse Hexe abzuschieben, als sich die eigene Unfähigkeit einzugestehen? Und ist es nicht verlockender, von der Wahrsagerin zu hören, daß bald das Glück kommt, als ewig die Zukunft grau in grau sehen zu müssen?

Albert Ansmann.

Die Moral von der Geschicht'

Der Lehrer erzählt Lafontaines Fabel vom Wolf und vom Lamm. Er schließt seine Darstellung mit der lehrhaften Bemerkung: „Wenn das Lamm brav gewesen wäre, hätte der Wolf es nicht gefressen."

„Nein," ruft Lotte, „dann hätten wir es geschlachtet."

Es ist schon lange her ...

„Vater, hilf mir bei meiner Rechenaufgabe! — Ein Maler bekommt eine Mark neunzig pro Tag ..."

„Das klingt eher nach alter Geschichte als nach Rechnen."



Nachdruck verboten. (38. Fortsetzung.)

Anna Bremm sah ihren Mann jetzt manchmal von der Seite an: was war mit ihm? Was lag in ihm wie auf der Lauer und wartete bloß auf einen Anstoß, um hervorzuspringen? Er hatte zu sehr gearbeitet, das war's, fast Uebermenschliches geleistet in der letzten Zeit. Das rächte sich nun, seinen Kräften war zuviel zugemutet, an seinen Nerven war zu lange gezerrt; nun brauchte er Schonung, Ruhe. Die konnte er ja jetzt haben; es lag nichts Dringendes vor, es waren keine Setzreben zu schneiden, denn er würde kein neues Gesetz anlegen in diesem Jahr, er sagte, er hätte so schon übergenug, was sollte er noch mit mehr leidigen Stöcken? Einen Dreck waren die wert. Die Frau hörte es immer mit Kummer, wenn er so sprach: war ihm der Weinberg verleidet? O weh, wenn das wäre, dann wäre es freilich besser, er schlüge alles los, und sie zögen fort, irgendwohin, wo man sie nicht kannte und nicht wußte, wie sie einst dagestanden hatten; dann mußten sie eben versuchen, sich durch irgend etwas anderes ein kärgliches Brot zu erringen.

Wenn Anna Bremm solche Gedanken kamen, kommen mußten, denn der Mann war allzu unlustig, dann weinte sie bitterlich. „Was hast du?" fragte dann zuweilen Maria, aber sie fragte es ohne das richtige Mitgefühl, das merkte die Mutter, und so schwieg sie. Was sollte sie auch die Tochter behelligen, die war ohnehin ganz anders geworden, wurde dem Vater eigentlich immer ähnlicher, war wie der so verschlossen. Oh, daß die heilige Jungfrau doch den Feiden herbrächte! Sehnsüchtig sah die Frau nach ihm aus. In diesem grauen, verregneten Winter war der Getanke an den vertrauten Kommissionär mit dem braungebrannten gutmütigen und doch verschlagenen Gesicht ein Ausblick wie auf die liebe Sonne. Aber die ließ sich ja auch nicht sehen. Es regnete, regnete Tag und Nacht, und der Himmel war verhangen, als gäbe es keine Sonne mehr in der Welt. Sonne hatte man im Sommer doch so viel, oft allzu viel, warum denn jetzt nicht wenigstens ein klein bißchen? Ach, ab und zu ein Strählchen nur, daß man doch merken konnte, sie war noch da, sie schien, wenn auch nicht hier, doch in Afrika auf den Joseph.

Die Bremm saß in ihrer Küche und schälte Kartoffeln zu Mittag. O weh, die faulten arg bei der nassen Witterung! Mit Schrecken hatte sie eben gesehen, wie rasch die abnahmen: gut, daß sie dies Jahr kein Schwein hatten, das sie ihnen wegfraß. Bremm trat ein; sie merkte es gleich, daß er erregt war. Er ließ sich auf einen Sujemel fallen und hing den Kopf auf die Brust. Mit finsteren Augen stierte er vor sich hin; so saß er und saß. Sie war längst mit Schälen fertig — allzu viel durfte sie ja nicht schälen, so mußte es eben genug sein — aber sie wagte es nicht, aufzustehen. Endlich stand sie doch auf und setzte die Kartoffeln aufs Feuer.

Da hob er den Kopf und sah sie an, als käme er aus weiter Ferne, als wären seine Gedanken da herumgeirrt zwischen allerlei Möglichkeiten. Nun sprach er. Er sprach ganz leise, sie mußte gut aufhorchen, daß sie ihn verstand: „Sie haben den Loesenich schon wieder sekiert — und, wat meinste, wat er nu hat zugeben müssen?!"

Sie zuckte die Achseln: der hatte wohl nicht viel mehr, was man ihm pfänden konnte.

Da schrie der Mann plötzlich so laut, daß sie erschrak: „Die Kuh, die Kuh haben sie ihm versteigert!"

Sie sah ihn sprachlos an; das konnte doch wohl nicht möglich sein, der hatte ja kleine Kinder, Kinder, die Milch noch so nötig brauchten. Ungläubig schüttelte sie den Kopf: das war mal wieder ein Dorftlatsch, etwas, an dem nachher kein wahres Wort ist.

Aber Bremm sagte: „Ich hab ihn selber gesprochen. War bei ihm drin, die arme Frau sitzt und weint. Das Jüngste hat sie noch an der Brust, aber wat gibt sie dem Mädchen von zwei und dem Jung von drei? Eine Gemeinheit, eine unerhörte Gemeinheit!" Ma.. sah's, es kochte in ihm; er ballte die Fäuste. Ein paarmal rannte er in der Küche auf und ab, dann ging er hinaus.

Wo ging er hin? Draußen strömte der Regen. Im Haus war er nicht geblieben. Unruhig spähte die Frau aus der Haustür: kein Mensch auf der Straße, kein Hund, keine Katze. Völlig vereinsamt das Ufer, von den Bergen jenseits des Flusses gar nichts zu sehen. Berg, Mosel, Uferland alles ein undurchdringliches graues Naß. Nur diesseits der Zuckerberg mit seiner Zuckerhutspitze hob sich aus Regenschleiern und schaute verdrießlich aufs Dorf hin. Wie unheimlich der aussah! Nichts war trostloser und nichts verlassener. Wenn Anna Bremm auch kein Wort von dem glaubte, was man im Dorf sich erzählte, so überlief sie es doch. —

Das Priesterseminar zu Trier hatte Jakob Bremms Schenkung nicht angenommen: was sollten sie mit diesem Zuckerberg, der besser Essigberg hieße? Es war überhaupt niemand da, der ihn mochte. Nur die Raben mochten ihn; die hatten auch hier die Lese gehalten. Während überall sonst die Menschen schafften, schafften im Zuckerberg die Vögel; schwarzes Raubgesindel, das unablässig frech krächzte. Von keinem Steinwurf ließen sie sich verscheuchen, sie waren hier in ihrem guten Recht. Ratzekahl hatten sie die Trauben aufgefressen. Und dann war über Nacht ein Wind gekommen, der hatte seine Fanfaren geblasen — überall Windfall — im Zuckerberg aber hatte er sich verfangen, hatte wahrhaft verheert. Wie auf dem Schlachtfeld gefallene Leiber, lagen hier Stöcke. Kein Mensch richtete sie wieder auf und band die Ruten an; wenn man mal später Stöcke brauchte, dann würde man hingehen und sehen, was noch gut davon war. Aber jetzt hatte keiner die Zeit, in den Zuckerberg zu gehen, und auch nicht die Lust; denn man mochte es glauben oder nicht glauben, im Zuckerberg ging der Jakob Bremm um. Den ließ es nicht ruhig schlafen, daß sein Berg nicht versorgt war. Wenn der Mond schien, konnte man deutlich sehen, wie sein altes bleiches Gesicht über den Berg hinspähte, und wie er sich mühte mit dünnen zittrigen Fingern, seine gefallenen Stöcke wiederum aufzurichten. Und weinen hörte man ihn dabei, förmlich heulen: „Hui, hui, huhuhuhuh!" Die Schommer, die hatte das zuerst gesehen und bei ihrer Seligkeit es beschworen: der alte Geizhals ging um.

Ach, solch ein verlassener, verabsäumter Berg ist schrecklicher als ein am Wegrand Ermordeter! Die Bremm schauderte: und war das heute ein Wetter, so ungetrost und trübselig! Das Herz wurde einem so schwer davon. Und wenn sie auch nicht an das Gespenst im Zuckerberg glaubte, ihr war es nun doch, als käme es von daher wie Unglück. Es blies sie was an. Und vom Fluß wehte es plötzlich auch unheilverkündend und schaurig. Es lief ihr über den Rücken, fröstelnd fuhr sie zurück und schloß eilig die Haustür.

Wo blieb Bremm? Er ließ sich lange nicht sehen. Die Frau hatte schon mit den Kindern gegessen, als er wieder die Küche betrat. Aber er sagte: „Laß, ich essen nix", als sie ihm Kartoffeln auftun wollte. Er war im Keller gewesen. Und besserer Stimmung war er heraufgekommen, als er hinuntergegangen war.

(Fortsetzung folgt.)

Gerichtliches

Schöffengericht Gelsenkirchen.

Arbeitgeber müssen einbehaltene Gelder abführen.

Es kommt immer wieder vor, daß Arbeitgeber den Beschäftigten Geld einbehalten, aber versäumen, dieses Geld für Arbeitslosenversicherung und Krankenkasse an die richtige Stelle abzuführen. Die Gründe, die für dieses höchst unsoziale Handeln geltend gemacht werden, sind verschiedener Natur. Oft mögen große finanzielle Schwierigkeiten mit der Grund sein. Eine Entschuldigung gibt es aber nicht. Drei Angeklagte standen vorgestern in dieser Angelegenheit vor dem Richter. Sie sind, wenn die Strafe — womöglich Gefängnisstrafe — droht, immer gerne bereit, alles zu zahlen. Der schon wegen des gleichen Deliktes vorbestrafte Fuhrunternehmer W. B. erhielt 160 RM Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte zwei Wochen Gefängnis beantragt. Seine Ehefrau und sein Kompagnon E. Sch.-B. kamen mit 80 RM Geldstrafe davon.

Unverständliche Verwandte.

Seit dem 22. Juli 1930 befindet sich der 23jährige, 1927 aus Ostpreußen hierher verzogene Arbeiter G. W. in Haft. Er hat längere Zeit bei seiner Schwester, die verheiratet ist, gewohnt. Die vier Personen: Eltern, 8jährige Tochter und der Junge aus Ostpreußen bewohnten eine Zweizimmerwohnung, in der natürlich nur e i n Schlafzimmer vorhanden war. Der junge Mensch war gezwungen, bei seiner kleinen Nichte zu schlafen. Er mußte dem Treiben des Ehepaares, dessen Hauch ihn beinahe berührte, zusehen und zuhören, und die Versuchung wurde so groß, daß er sich des öfteren an der kleinen Nichte vergriff. Dann zog W. in eine andere Logisstelle, und bei einem gelegentlichen Besuch, als er wiederum das Kind in unsittlicher Weise überraschte, kam die ganze Geschichte ans Tageslicht. Wegen Sittlichkeitsverbrechens erhielt G. W. 8 Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft wird in vollem Umfange angerechnet.

Er hat den Anzug nicht gestohlen.

Ein Mensch mit einem reichlich interessanten und aufregenden Lebenslauf ist der Angeklagte St. W. Er ist gelernter Schlosser, hat aber schon eine unglaublich lange Liste von Vorstrafen, in der Hauptsache wegen Diebstahls. Bei seinen 32 Jahren hat er es schon zu einem traurigen Rekord gebracht. Er sieht jetzt ein, daß es keinen Zweck hat, ewig mit dem Strafgesetz in Konflikt zu geraten, und er glaubt, die Kraft zu haben, sich für die Zukunft vorsehen zu können. Vorläufig muß er noch einmal vor den Richter. Er wird beschuldigt, in der Nacht vom 15. zum 16. Mai dieses Jahres bei einer Familie in Bismarck in die im Erdgeschoß gelegenen Räume eingestiegen zu ein und hier gehörig ausgeräumt zu haben. W. war gerade ein halbes Jahr vorher aus dem Zuchthaus entlassen worden und hatte für einige Wochen eine Arbeitsanstalt aufgesucht, wo er in seinem einzigen Anzuge schwere Arbeiten hat verrichten müssen, da den Eingestellten erst nach einiger Zeit ein Arbeitsanzug zur Verfügung gestellt wird. W. hat es in dieser Umgebung wohl nicht lange ausgehalten, und er lebte dann eine Zeitlang ohne feste Wohnung, übernachtete im Freien, in Herbergen zur Heimat. Es war ihm infolgedessen schon der nächtliche Einbruch zuzutrauen. Der bestohlene Ehemann machte sich am Nachmittag, als er von der Arbeit kam, gleich zur Kriminalpolizei auf, um möglichst bald die gestohlenen Sachen (außer dem Anzug), Windjacke, Uhr, Strümpfe, Taschentücher usw. zurückzuerhalten. Als er wieder auf die Straße trat, bemerkte er zu seinem großen Erstaunen einen Mann, der sich dort bewegte, und der den Anzug trug, der ihm in der Nacht gestohlen worden war. Er hatte nicht den Mut, den Mann anzuhalten, weil die Straße völlig menschenleer war. Er bemühte sich, den Fremden zu verfolgen. Er sah ihn in ein Haus treten. Von da ab blieb der Unbekannte verschwunden. Immerhin hatte die Polizei eine Spur, und nach etwa einer Woche gelang es, den W. festzunehmen, allerdings trug er zu diesem Zeitpunkt nicht mehr den gestohlenen braunen Anzug, sondern einen blauen. Im übrigen stritt W. ganz entschieden ab, den Einbruch verübt zu haben. Er stellte den Fall in einem für ihn bei weitem helleren Lichte dar. Am Tage nach dem Einbruch will er auf dem Wege zur Badeanstalt einen Mann kennengelernt haben, der ihm den gestohlenen Anzug angeboten hat. Seine eigene Kleidung war schon so zerrissen, daß er mit Freuden in den Tausch einwilligte. Er gab seinen zerlumpten Anzug, bezahlte 6 RM dazu und erhielt einen neuen, der über 200 RM gekostet hatte. Nach einigen Tagen will er den eben erstandenen Anzug, weil ihn die Jacke drückte, in der Herberge zur Heimat gegen einen blauen vertauscht haben. Den Einbruch weist er weit von sich. Es ist kein Zeuge vorhanden, der W. überführen konnte. Es muß dem Angeklagten seine Einlassung geglaubt werden. Darum ändert der Staatsanwalt den Anariffsplan. Er stellt Strafantrag wegen Hehlerei. Das Gericht läßt den Angeklagten, der sich bessern wollte, nicht entwischen, sondern verurteilt ihn zu einem Jahr Gefängnis.

Eine Tat, die seiner würdig war.

Schon zu wiederholten Malen haben wir Gelegenheit nehmen müssen, über ungeheuerliche Verbrechen des Herren der Nachtvögel vom Wildenbruch, der jetzt acht Jahre Zuchthaus zu verbüßen hat, zu berichten. Es will um diesen rabiaten Gesellen nicht stille werden. Mit einigen seiner guten Bekannten, seiner Frau und einer anderen „Freundin" hat er am Abend des 7. April 1930 ein Ding gedreht, dem ein harmloser Straßenpassant zum Opfer fiel. In einem Lokal hatte die Frau L. geglaubt, einen Bekannten, der schon des öfteren „mit ihr in die Ecke gegangen war", wiederzusehen. Es war ihr Wunsch, ihn auch für diesen Abend an sich zu fesseln. Sie war schon angetrunken und ging aus dem Lokal auf die Straße. In der Nähe des Elisabethplatzes traf sie einen Mann, der so aussah, wie der von ihr Verfolgte. In Wirklichkeit war es aber der Kaufmann B., der sich auf dem Wege vom Bahnhof nach Hause befand. Die Frau sprach den Mann an. Er verbat sich die Anpöbelei und wies sie von sich. Ehe er aber davongehen konnte, war die ganze Meute der Helfer schon auf dem Plan erschienen. Die ganze Gesellschaft fiel nun über den Wehrlosen her, einer hatte gleich ein Stocheisen zur Hand. Und wer weiß, was mit dem Ueberfallenen geschehen wäre, wenn nicht eine Polizeistrafe vorbeigekommen wäre, die die Rowdies veranlaßte, von ihrem Tun abzustehen. Von den fünf Angeklagten fehlten zwei. Gegen diese beiden wird Haftbefehl erlassen. Der andere Angeklagte ist J o s e f P l u t a, der mit seiner Frau und der Freundin vor dem Richter steht. Pluta ist natürlich, wie immer, unschuldig, und die eindeutigen und glaubwürdigen Aussagen des Ueberfallenen lehnt er ab. Dem Gericht aber genügen diese Aussagen, und Pluta erhält zu seinen langen Jahren noch 4 Monate Gefängnis hinzu wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung. Die beiden Frauen, denen eine Mittäterschaft nicht nachgewiesen werden kann, gehen straffrei aus.

Gewerkschaftliches

Achtung! Metallarbeiterjugend!

Nachdem unser voriger Heimabend aus technischen Gründen nicht stattfinden konnte, und wir unverrichteter Sache wieder abziehen mußten, werden wir durch den heutigen Abend reichlich entschädigt. Heute abend 8 Uhr steigt im Metallarbeiterheim, Auguststraße, eine ganz besondere Sache, unter dem Motto: „A u f d e r W a l z e . . .", verbunden mit Liederabend. Erscheint alle recht zahlreich und pünktlich. Bringt ein frohes Herz und Laune, soweit es bei den schlechten Verhältnissen möglich ist, sowie neue Freunde mit. Vergeßt vor allen Dingen eure M u s i k i n s t r u m e n t e nicht. Junge Metallarbeiter, die bis jetzt unserer Jugendgruppe fernstanden, werden zu diesem Abend herzlichst eingeladen.

Krankenscheingebühr in der Knappschafts-Krankenversicherung

Bei der Erhebung der Krankenscheingebühr ist von einzelnen Zechenverwaltungen, die die Krankenscheine ausstellen, nicht nach der Empfehlung der Ruhrknappschaft, die dahin ging, für die Versicherten Unbilligkeiten und Härten zu vermeiden, verfahren worden, sondern man hat zum Teil in jedem Falle rücksichtslos die Entrichtung von 50 Pf. verlangt, auch wenn die Versicherten, namentlich Unfallverletzte, diese 50 Pf. nicht sogleich zur Hand hatten. Die Ruhrknappschaft sah sich veranlaßt, noch folgendes Rundschreiben an die Grubenverwaltungen zu richten:

„Wie uns mitgeteilt wurde, ist von einzelnen Zechen auch in dringenden Fällen, besonders auch bei schweren Betriebsunfällen, die Ausstellung des Krankenscheines verweigert wurden, wenn der Versicherte zur sofortigen Entrichtung der Gebühr von 0,50 RM nicht in der Lage war.

Die in der Notverordnung des Reichspräsidenten in Aussicht gestellten Bestimmungen über Ausnahmen von der Entrichtung der Krankenscheingebühr sind noch nicht ergangen, doch hatten wir in unserem 23. Rundschreiben vom 16. vorigen Monats im Abschnitt „Verfahren bei der Durchführung der Verordnung" schon darauf hingewiesen, daß nach dem Erlaß z. B. die nachträgliche Entrichtung der Krankenscheingebühr vereinbar sei, insbesondere in dringenden Fällen, und daß, wenn z. B. der Arbeitgeber die Krankengebühr entrichte, er sie bei der Lohnzahlung in Abzug bringen könne.

Die Ausnahmebestimmungen, die seinerzeit von der Reichsregierung hinsichtlich des 10prozentigen Arzneikostenanteils der Versicherten erlassen worden sind, fassen die „dringenden Fälle" verhältnismäßig weit. Man wird als „dringende Fälle" im Sinne unserer 23. Rundschreibens vom 26. 7. 1930 jedenfalls alle B e t r i e b s u n f ä l l e ansehen müssen, wenn der Versicherte die Gebühr nicht sofort zur Hand hat.

Wir ersuchen daher, bei solchen Fällen die Ausstellung des Krankenscheins nicht von der vorherigen Entrichtung der Krankenscheingebühr abhängig zu machen, vielmehr die Einziehung der Gebühr bei der nächsten Lohnzahlung vorzubehalten".

Achtung! Achtung! Hier ist der rote Sender!

Die Woche, Freitag und Samstag allgemeine

Flugblattverbreitung im gesamten Unterbezirk!

Vergeßt es nicht!

Genossinnen, Genossen und Jugend, heraus, zur Wahlarbeit!

Helft, daß noch werde:

Nicht Bürgerblock, nicht K. P. D., ins Parlament nur S. P. D.

Der Nachrichtenverkehr in der Wahlzeit

Der Reichspostminister hat über die Beförderung der drahtlichen Meldungen und die Herstellung der Verbindung zu Gesprächen über die Ergebnisse der Reichstagswahlen am 14. September 1930 durch die am 26. August 1930 erschienene Nr. 75 des Amtsblattes des Reichspostministeriums an die Dienststellen der Post- und Telegraphenverwaltung eine Anweisung erlassen, der der Amtliche Preußische Pressedienst an Hand eines Runderlasses des Preußischen Ministeriums des Innern folgendes entnimmt:

Der private Nachrichtenverkehr (Zeitungen usw.) wird aus Anlaß der Wahlen voraussichtlich ebenfalls stark anschwellen. Bei der großen Wichtigkeit der Reichstagswahlen muß mit Nachdruck dafür gesorgt werden, daß alle darauf bezüglichen Telegramme und Ferngespräche mit größter Beschleunigung und Sorgfalt behandelt werden; solche Ferngespräche dürfen dabei ausnahmsweise über die zulässige Dauer hinaus ausgedehnt werden. Alle nötigen Vorkehrungen sind rechtzeitig zu treffen, namentlich sind ausreichende Arbeitskräfte bereitzustellen. Alle beteiligten Telegraphen- und Fernsprechanstalten müssen sowohl am Tage der Wahlen selbst, als auch am Tage der Ermittlung des vorläufigen und des endgültigen Wahlergebnisses so lange dienstbereit bleiben, bis der zu erwartende Verkehr abgewickelt ist. Dies gilt auch für die auf den Wahltag oder auf die Ermittlungstage folgenden Tage, solange noch stärkerer Verkehr aus Anlaß der Wahlen herrscht oder zu erwarten ist.

Für die Verkehrsabwicklung wird es förderlich sein, wenn die beteiligten Verkehrsanstalten mit den Abstimmungsvorstehern (Gemeindebehörden) und nötigenfalls mit dem Kreiswahlleiter baldigst in Verbindung treten, damit sie rechtzeitig die nötigen Unterlagen gewinnen, um alle Maßnahmen für die glatte und schnelle Bewältigung des Telegraphen- und Fernsprechverkehrs treffen zu können. Die Verabredungen mit den Abstimmungsvorstehern usw. müssen jedoch unbedingt zuverlässig sein, damit jeder vorzeitige Dienstschluß von Verkehrsanstalten unter allen Umständen vermieden wird. Soweit die beteiligten Telegraphenanstalten nicht bereits der Anregung des Reichspostministeriums gefolgt und ihrerseits mit den Abstimmungsvorstehern, Gemeindebehörden usw. ins Benehmen getreten sind, wird es Aufgabe der mit der Meldung der Wahlergebnisse betrauten Organe sein, schleunigst für unbedingt notwendige Verständigung mit den Telegraphenanstalten zu sorgen.

Einbrecher entweicht aus der He...

Aus der Provinzial-Heil- und -Pflegeanstalt in Aplerbeck i. W. ist am 25. August dieses Jahres der berüchtigte Mansardendieb Johann Gorlas, geboren am 12. April 1895 in Recklinghausen, entwichen. Er war nur mit einem Hemd bekleidet. Die Beobachtung auf seinen Geisteszustand hat ergeben, daß G. ein ganz raffinierter Simulant ist. G., der sich mit Vorliebe auch „Graf Montel" nennt, ist 1,76 Meter groß, hat schmales, glattrasiertes Gesicht und dunkelblonde Haare. Vor Gorlas wird gewarnt. Falls er auftreten sollte, wird gebeten, schnell und unauffällig die nächste Kriminal- oder Polizeidienststelle zu benachrichtigen, damit die Festnahme erfolgen kann.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Z i n g l e r; für den Anzeigenteil: Karl C h e m n i t z, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille". L u d w i g L e y p o l d t, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

2. Westdeutscher Segelflugwettbewerb in den Borkenbergen

Der DLV. stiftet als Hauptpreis ein Motorflugzeug.

Die Vorarbeiten für den von der Gruppe West des Deutschen Luftfahrt-Verbandes in Aussicht genommenen 2. Westdeutschen Segelflugwettbewerb in den Borkenbergen, der nunmehr endgültig in der Zeit vom 20. bis 28. September stattfindet, lassen darauf schließen, daß die Veranstaltung zu einem bedeutsamen flugsportlichen Ereignis wird. Bisher haben sich 15 Gruppen mit rund 170 Teilnehmern und 20 Maschinen zur Teilnahme an dem Wettbewerk gemeldet. Es sind noch weitere Anmeldungen zu erwarten. Das starke Interesse, das dem 2. Westdeutschen Segelflugwettbewerb gerade in den flugsportlichen Kreisen entgegengebracht wird, geht u. a. daraus hervor, daß der Deutsche Luftfahrt-Verband als Hauptpreis eine Motormaschine der B. F. W. M. 23 mit Siemens S. H. 13 gestiftet hat. Es ist außerdem schon jetzt eine Reihe weiterer Flugpreise zur Verfügung gestellt worden.

Die „Reichsschuhwoche 1930"

Vom 11. bis 17. September wird der Schuhhandel in seinen Läden, in der Oeffentlichkeit, in Wort und Bild um Aufmerksamkeit für den Wert guten Schuhwerks werben. Der Schuhhandel macht sich damit die neuzeitlichste Form der Propaganda zu eigen, die Gemeinschaftswerbung. Solche Veranstaltungen dienen in der Hauptsache dazu, außer dem fachmännischen Rat, den der Kaufmann bei der Bedienung täglich gibt, auch einmal das Grundsätzliche und Allgemeingültige über die Ware und ihre Bedeutung zu sagen. Man denke als Beispiel an die für die Volksgesundheit so segensreiche Gemeinschaftswerbung des deutschen Obstbaues: „Eßt Obst, und ihr bleibt gesund!"

Die Reichsschuhwoche wird unter der Devise stehen: „Ein neues Wort gilt heute: Schuhe machen Leute!" Also, eine Woche der Unterweisung über Schuhkultur? Schuhe, — nimmt man sie nicht hin, ohne viel andere Gedanken als modische über sie zu denken? Zwei Drittel des Lebens bringt man in Schuhen zu und wird sich ihrer Lebenswerte nicht voll bewußt. Ueber die wirtschaftliche und gesundheitliche Bedeutung einer ausreichenden Schuhversorgung, über den hohen Nutzen der Qualität, über ihre Vorteile für die Bequemlichkeit ist vor der Oeffentlichkeit noch viel, noch alles erst zu sagen.

Dieser Aufgabe will die „Reichsschuhwoche" dienen. Darum wird sie vom Schuhhandel mit Hilfe der Leder- und Schuhindustrie veranstaltet.

Ausstellung „Original und Reproduktion" und „Moderne Bilderrahmen"

Aus Anlaß der Tagung des Deutschen Museumsbundes in Essen (14. bis 16. September) veranstaltet das Museum Folkwang eine hochinteressante Ausstellung unter dem Titel „Original und Reproduktion". Das Museum Folkwang hat sich eine Reihe von Meisterwerken der Grafik aus verschiedenen deutschen Museen und Privatbesitz entliehen, um diese den Faksimile-Nachbildungen gegenüberstellen zu können. Es ist jedermann bekannt, wie weit entwickelt heute das Reproduktionsverfahren ist, und daß es oft bei diesen technisch so vollkommen wiedergegebenen Blättern, besonders bei Aquarellen, Zeichnungen und Druckgrafiken, schwierig ist, das Original von der Reproduktion zu unterscheiden. Auch die Wiedergabe von Gemälden ist in einer frappanten Weise heute originalgetreu. Und doch wird jeder Besucher der Ausstellung durch einen Vergleich feststellen können, daß dem Original eine besondere Wirkung eigen ist, die in der mechanischen Reproduktion nicht zu erreichen ist. Diese interessante Schau wird ergänzt durch eine Ausstellung von modernen Bilderrahmen, die an Stelle der alten Rahmen mit Gipsauflagen mustergültige, ästhetisch einwandfreie Bildleisten zeigt.

Die Ausstellung dauert vom 14. September bis 12. Oktober. Im Obergeschoß des Museumsneubaues ist die Ausstellung von Schülerzeichnungen geschlossen worden. An deren Stelle sind moderne Grafiken aus dem Museumsbesitz zu sehen.

SAJ JUGEND-VERANSTALTUNGEN

SAJ., Gelsenkirchen.
Jüngerengruppe.

Auf zum Spiel- und Tanzabend am D o n n e r s t a g, dem 11. dieses Monats, im Jugendheim. Wir sind pünktlich um 20 Uhr zur Stelle und bringen gute Laune, sowie Freunde und Bekannte mit. — **Denkt an den 4. und 5. Oktober!**

SAJ., Gelsenkirchen-Buer-Horst.

Die Partei in Horst wird heute, Mittwoch, einen Werbefackelzug abhalten. 7.30 Uhr: Horster Markt (Nähe des Amtshauses). Die Jugend aus allen Gruppen muß die Horster unterstützen.

Sozialistische Arbeiterjugend, Buer-Hassel.

Heute (Mittwoch), pünktlich um 19.30 Uhr: Rezitationsabend. Genosse Josef S i m m e l wird den Abend bestreiten. Bringt Freunde und Freundinnen mit!

KINDERFREUNDE

Kinderfreunde, Gelsenkirchen.
Gruppe Mitte.

Heute, Mittwoch, um 18 Uhr: Gemeinsame Zusammenkunft der Jung- und Roten Falken im August-Bebel-Haus.

Geschäftliche Mitteilungen.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie
5. Klasse (Hauptziehung), 26. Ziehungstag.

In die Lotterie-Einnahmen von Gelsenkirchen und Buer fielen folgende Gewinne zu 150 RM (Einsatzgewinn):

21 485 21 545 27 461 61 151 63 424 83 104 83 774 **83 787**
91 215 91 237 100 790 112 516 112 547 112 709 112 793 **114 205**
114 220 114 240 114 289 164 059 171 142 188 838 190 899 **201 562**
205 788 209 119 209 121 213 405 213 421 213 425 227 254 **231 312**
234 354 240 269 240 275 240 670 240 684 309 166 309 173 **309 174**
341 944 341 945 348 183 348 797.

Die höheren Gewinne werden den Spielern sofort durch verschlossenen Brief mitgeteilt. Bestellungen auf neue Lose zur 1. Klasse werden schon jetzt entgegengenommen.

Sowjetkreuz und Hakenstern . . .

Die blutige Tragikomödie der feindlichen Brüder

Der Wahlkampf ist auf dem Höhepunkt angelangt und mit ihm sind es die wüsten Ausschreitungen des nationalsozialistischen und kommunistischen Mobs, der in Ermangelung sachlicher Argumente mit Gummiknüppel und Totschlägern, mit Revolvern und Drahtseilattentat für seine Listen Propaganda macht. Wer Augen hatte, zu sehen, konnte gerade in diesen Tagen beobachten, inwiefern sich die Propaganda der sozialdemokratischen Millionenpartei von dem hysterischen Rowdygehabe der Nazis und Kozis unterscheidet. Für Liste 1: gewaltige disziplinierte Umzüge von Zehntausenden und Aberzehntausenden, die unter einem Meer von wehenden roten Fahnen für die Liste des Volkes werben —, keine einzige sinnlose Provokation Andersdenkender, keine einzige Ausschreitung, aber ein überwältigendes Bild der Stärke und der Geschlossenheit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Auf der anderen Seite: wildes Gebrüll von „Deutschland erwache" (in einer Frick-Versammlung in Frankfurt a. M. konnte man hören: „Groß-Frankfurt, erwache!") und Rot-Front-Gebrüll, blutige Ueberfälle auf harmlose Passanten, Schlagringattacken auf Schutzpolizisten, kurz, alles in allem rüdeste Straßenräubereien, in das schützende Mäntelchen des politischen Fanatismus gekleidet.

*

In Berlin geht es besonders heiß am Wedding her. Vom frühen Mittag bis in die späte Nacht ziehen Trupps junger Kommunisten durch die Straßen und in die Häuser — sachlich werbend, wie es ihr gutes Recht ist? Nein — nur hetzend. Kommt dann ein Propagandaauto der Nazis mit der schönen Devise „Nur Adolf Hitler kann euch retten" an den Brüdern vom Sowjetstern vorbei, so stürzen die braven SA.-Männer, die sich noch vor zehn Tagen mit der Schutzstaffel des Herrn Goebbels herumgeschlagen haben, vom Auto herunter und es beginnt eine Keilerei mit allen möglichen Gegenständen. Wenn aber Schupo dazwischen kommt, um die rasenden Rowdys, die wie Wilde aufeinander losdreschen, auseinanderzubringen, so wendet sich das Gesindel, schnell wieder vereint, gegen die Polizisten, die dann natürlich vom Gummiknüppel Gebrauch machen müssen.

*

Ein blutiger Vorfall, der aber im Endeffekt stark humoristische Züge trägt, spielte sich in der Nacht zum Montag im Norden Berlins ab. Hier kamen gegen ½2 Uhr nachts Nazis und Kozis so grimmig ins Handgemenge, daß sieben Nazis mit blutenden Köpfen ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Aber die Jünger Wotans hatten auch sonst schreckliches Malheur, denn — die Sanitäter, denen in der Eile und im Durcheinander des Getümmels die arischen Belange verloren gegangen waren, brachten die Hakenkreuzler in das benachbarte jüdische Krankenhaus, wo sie nun sozusagen unter Aufsicht des Rabbinats ihrer Heilung entgegengehen werden. Wenn das nur nicht Adolf Hitler erfährt —!

*

Hand in Hand mit diesem wilden Straßenterror geht der Krieg der Radikalinskis gegen die Litfasssäulen. So haben die Nazis im Berliner Westen ganz systematisch die gegnerischen Wahlplakate abgerissen und dort, wo sie ihr Zerstörungswerk nicht vollenden konnten, die Säulen aufs übelste mit Straßenkot beschmiert.

Und selbst vor den Stätten der Toten macht die Verrohung der Rowdys keinen Halt. So wurden im Osten die Mauern eines Friedhofes mit den Pamphleten der Radikalen besudelt. Mit einer Sache, die derart hemmungslos und unanständig kämpft, muß es sehr schlecht stehen. Und so ist es in der Tat!

Eine sechsköpfige Familie verbrannt

Neapel, 9. September. (Drahtmeldung.) Eine sechsköpfige Bauernfamilie wurde in einer Hütte, wo sie auf Heu schlief, von einem Brande überrascht und kam in den Flammen ums Leben.

Vier Tote

bei einem Autobusunfall.

Sangerhausen, 9. September. (Drahtmeldung.) Ein schwerer Unfall ereignete sich heute nachmittags auf der Straße nach Mansfeld. Bei einem vollbesetzten Autobus brach die Kardanwelle und durchschlug den Wagenboden. Durch das Loch stürzten vier Insassen unter den fahrenden Wagen und wurden dabei tödlich verletzt. Die Verunglückten sind zwei ältere Frauen aus Helbra und Benndorf und ein Berliner Ehepaar, das in Helbra zu Besuch weilte.

Hausse in Pleiten

Eine statistische Aufstellung der vom Beginn dieses Jahres bis Mitte August eingetretenen Zahlungseinstellungen und Konkursen spiegelt sehr deutlich die schwere Wirtschaftskrise wider. Bis Mitte August sind insgesamt 7641 Konkurse und 4826 Vergleichsverfahren eröffnet worden. In der gleichen Zeit des Vorjahres betrug die Zahl der Konkurse 6725, die der Vergleichsverfahren 3063. Die Gläubiger haben bei den Konkursen und Vergleichsverfahren insgesamt eine halbe Milliarde Mark eingebüßt.

Die gestohlene Holzbrücke

Die Warschauer Diebe scheinen aufs Ganze zu gehen. Als dieser Tage eine Inspektion der Warschauer Brücken stattfand, stellte man zum allgemeinen Entsetzen fest, daß sich eine Holzbrücke, die über einen Flußarm führte, und die 8 Meter lang und 3,75 Meter breit war, auf geheimnisvolle Weise verflüchtigt hatte. Die Nachforschungen ergaben, daß die Brücke über Nacht von Dieben zersägt und abgetragen worden war.

Brand einer Petroleumsonde

Bukarest, 9. September. (Drahtmeldung.) In einer Petroleumsonde in Tazlau (Gouvernement Moldau) geriet ausbrechendes Petroleum in Brand. 15 Arbeiter wurden schwer verletzt. Nachdem der Ausbruch aufgehört hatte, gelang es, den Brand zu löschen.

Red River-Brücke zerstört

Die im Bau befindliche große Brücke über den Red River (Amerika) wurde am Donnerstag nachmittag durch drei schwere Mitroglyzerin-Explosionen zerstört. Der Schaden ist ungemein groß, man schätzt ihn auf etwa eine halbe Million Dollar. Ueber die Ursache der Explosion verlautet nichts Näheres.

Nazi-Betrüger

Verfehlungen bei der Gothaer Stadtkasse. — Zwei Beamte begehen Selbstmord.

Gotha, 9. September. (Drahtmeldung.) In der Nacht zum Freitag hat, wie jetzt verlautet, der Stadtobersekretär Hugo Schmidt, der der nationalsozialistischen Fraktion des Gothaer Stadtrates angehörte, seinem Leben durch Vergiften ein Ende gemacht. Gestern vormittag erschoß sich ein weiterer Beamter der Stadthauptkasse, der Stadtsekretär Mänz. Beide Beamte sowie ein Angestellter, der sich zur Zeit krank gemeldet hat, haben von der Kasse insgesamt 4500 Mark Vorschüsse zu Unrecht in Anspruch genommen. Bei einer Revision wurde ferner festgestellt, daß Gehälter falsch berechnet und ausgezahlt worden sind. Die Unregelmäßigkeiten fallen in erster Linie dem Stadtobersekretär Schmidt zur Last. Sie gehen bis in das Jahr 1926 zurück. Die Aufdeckung der Unregelmäßigkeiten erfolgte bei einer geplanten Reorganisierung der Stadthauptkasse.

Jack Diamond will nach Deutschland zurück

Berlin, 9. September. (Eigene Meldung.) Der amerikanische Alkoholschmuggler Jack Diamond hat gestern von hoher See aus seinen Berliner Anwalt Dr. Sandak beauftragt, sofort alle Schritte zu unternehmen, um die Ausweisung aus Deutschland rückgängig zu machen. Jack Diamond möchte, wie er mitteilt, mit dem nächsten Schiff von Neuyork nach Bremen zurückfahren, um sich in Deutschland einer Kur zu unterziehen. Ob die deutschen Behörden sich dazu verstehen werden, ihre aus Sicherheitsgründen erfolgten Vorbeugungsmaßnahmen rückgängig zu machen, ist mindestens sehr fraglich. Die Tatsache, daß Diamond mit einer ganzen Anzahl seiner Freunde nach Europa gekommen ist, deutet nicht gerade daraufhin, daß der König der Alkoholschmuggler hier lediglich seine angegriffene Gesundheit wieder herstellen will.

Start des „Graf Zeppelin" zur Fahrt nach Moskau

Friedrichshafen, 9. September. (Drahtmeldung.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist heute früh 8 Uhr zu seiner Fahrt nach Moskau gestartet. Die Führung hat diesmal Dr. Eckener. An Bord befanden sich 20 Passagiere.

Vergnügungspark in Flammen

Margate, 9. September. (Drahtmeldung.) Kurz vor Mitternacht brach im hiesigen Vergnügungspark „Dreamland" Feuer aus, das bald einen riesigen Umfang annahm. Die Feuerwehr mußte sich im wesentlichen darauf beschränken, die Tierschau zu retten. Ihre Bemühungen waren erfolgreich. Die Lage war ein Zeit lang sehr bedrohlich, daß die Zuschauer von der Feuerwehr zur Mithilfe aufgefordert wurden. Um Mitternacht war ein großer Teil des Vergnügungsparkes ein Raub der Flammen geworden. Um 1 Uhr morgens war der Brand noch nicht gelöscht.

Revolte im Erziehungshaus

Erzieher von den Zöglingen zertreten

Konitz (Weichselkorridor), 7. September. (Eigene Meldung.) Bereits vor einiger Zeit kam es in der hiesigen Fürsorgeanstalt zu einem Kampfe der revoltierenden Zöglinge mit den Erziehern. Bei diesem Kampfe ging das ganze Mobilar der Wohn- und Schlafräume in Trümmer. An einem der letzten Tage kam es erneut zu einem Aufstand der Zöglinge, die von mehreren Insassen der Anstalt, die wegen schwerer Verbrechen bereits vorbestraft sind, aufgehetzt wurden. Ein Aufseher, der die Zöglinge beruhigen wollte, wurde von den Zöglingen niedergeschlagen und buchstäblich zertreten. Er wurde sterbend in ein Krankenhaus eingeliefert. Drei Zöglinge, die als Rädelsführer anzusehen sind, wurden verhaftet und werden sich vor Gericht zu verantworten haben.

Brandkatastrophe in einem griechischen Hafen

Athen, 9. September. (Drahtmeldung.) Ein Großfeuer richtete in den Niederlagen der Standart-Oel im Hafen von Piräus unübersehbaten Schaden an. Das Feuer ist dadurch entstanden, daß ein Matrose, nachdem er abgekocht hatte, einen noch glühenden Brandscheit ins Meer warf. Da in der Nähe ein Segelboot Benzin lud und das Meer in seiner Umgebung mit einer dünnen Benzinschicht bedeckt war, fing es sofort Feuer und steckte sogleich neun andere Segelboote und kleine Boote, die alle Petroleum luden, in Brand. 10 Matrosen sind dabei ums Leben gekommen, mehrere wurden verletzt.

GESETZ das tötet

Roman von Frank Arnau

88) (Fortsetzung.)

„Auf der Anklagebank sitzt ein Mann, der den wundervollen Beruf hat, das Leben zu schützen. Wie hat er diesen Beruf ausgeübt? Draußen auf dem Friedhof liegt die Leiche eines jungen Mädchens, das er auf dem Gewissen hat. In acht Fällen hat er uns zugegeben, keimendes Leben mit Frevlerhand zerstört zu haben — achtfacher Mord! Und dieser Mann hat die Stirn, sich vor uns hinzustellen als der Verfechter und Verkünder eines neuen Rechts, eines Rechts, das den Mord am keimenden Leben erlaubt, das in seiner Konsequenz die Vernichtung des ganzen Menschengeschlechts bedeuten müßte!"

Der Staatsanwalt nimmt nun die einzelnen Punkte der Anklage eingehend vor, in erster Linie den Fall Juscha Lehner. Ihm ist es erwiesen, daß Dr. Berolsheimer aus schnöder Gewinnsucht sich bestimmen ließ, die Folgen eines sträflichen Verhältnisses zu beseitigen. Ihm ist es ferner erwiesen, daß die Fahrlässigkeit des Angeklagten den Tod des Mädchens verschuldet hat:

„Sie haben dafür das Zeugnis des Gerichtsarztes, der die Obduktion vorgenommen hat, der also wissen muß, was er gesehen hat, und das Gutachten des Sachverständigen Professor Wollnitz — einer allerersten Autorität. Auf die Sachverständigenaussage des Herrn Professor — Verzeihung — Geheimrat Hubermann will ich gar nicht eingehen, dafür ist mir die Zeit zu kostbar."

Auch in den anderen Fällen hat Dr. Berolsheimer nach der Meinung des Staatsanwalts aus schnöder Gewinnsucht gehandelt:

„Der Angeklagte hat Aufzeichnungen gemacht, in denen er behauptet, daß in den meisten Fällen aus medizinischen Gründen der Eingriff unternommen wurde. Meine Herren, das Papier ist geduldig! Den Beweis für diese Behauptung ist uns der Angeklagte absolut schuldig geblieben! Außerdem will er aus Mitleid gehandelt haben! Man kennt das! Die Phraseologie jener Wühler, die unsere Gesellschaftsordnung niederreißen möchten, ist uns bekannt genug, und soziales Mitleid ist eines ihrer Hauptschlagworte. Mitleid mag eine schöne Tugend sein, aber wohin kämen wir denn, wenn man aus Mitleid Verbrechen begehen dürfte? Aus Mitleid morden?"

„Meine Herren — keine Verwirrung der Gefühle! Der Angeklagte hat in acht Fällen widerrechtlich in den Gang der Natur eingegriffen, hat in acht Fällen keimendes Leben gemordet. Die Gründe? Glauben Sie nicht an seine medizinischen Erwägungen, für die keine Spur von Beweis vorliegt! Glauben Sie nicht an die Phrase vom sozialen Mitleid — die ist erlogen! Aber glauben Sie an die fünfzig Mark, die der Angeklagte der armen Juscha Lehner abgenommen hat — hier liegen die Wurzeln zu den Verbrechen des Angeklagten! Meine Herren, Sie sind berufen, die Gesellschaft vor Elementen zu schützen, deren Gemeingefährlichkeit außer jedem Zweifel steht! Es ist Ihre Pflicht, Verbrecher ihrer Strafe zuzuführen, die an den Grundsäulen menschlicher Ordnung rütteln, indem sie die Heiligkeit des Lebens leugnen! Die menschliche Gesellschaft erwartet von Ihnen den Schutz, den ihr das Gesetz verspricht. Sie erwartet von Ihnen, daß Sie sich von keiner falschen Sentimentalität beeinflussen lassen. Sie erwartet von Ihnen, daß Sie die Schuldfragen ausnahmslos bejahen. Heilig ist das Leben!"

Mit einer energischen Handbewegung schlägt der Staatsanwalt den Deckel der Akten zu, die vor ihm liegen. Dann nimmt er wieder Platz.

Zwölftes Kapitel

„Das Wort hat der Herr Verteidiger!"

Dr. Leo Jakobsohn beginnt ganz leise, im Zuhörerraum fast nicht mehr verständlich.

„Ich habe das Pathos des Herrn Staatsanwalts nicht zur Verfügung, nicht die großen Worte des öffentlichen Anklägers. Ich will nur einfache Tatsachen ganz einfach zu Ihnen sprechen lassen. Es ist durch die Statistik nachgewiesen und im preußischen Landtag unwidersprochen geblieben, daß im Deutschen Reich durchschnittlich im Jahr 50 000 Frauen und Mädchen an den Folgen sogenannter verbotener Eingriffe zugrunde gehen. Ich gebe nun, meine Herren, zu bedenken, daß dies doch nur ein geringer Prozentsatz der Frauen und Mädchen sein kann, die solche verbotenen Eingriffe an sich vornehmen lassen. Der § 218 des Reichsstrafgesetzbuches wird, mäßig gerechnet, in 500 000 Fällen im Jahr übertreten, und wir haben also, sehr gering gerechnet, mindestens eine halbe Million Mörderinnen unter uns, — um mit dem Herrn Staatsanwalt zu sprechen. Sind Sie nun, meine Herren, der Meinung, daß diese halbe Million deutscher Frauen und Mädchen aus rein verbrecherischen Instinkten handelt und ins Zuchthaus gehört, oder kommt Ihnen vielleicht doch der Gedanke, daß etwa das Gesetz nicht mehr in unsere Zeit paßt? Wenn jede sechzigste deutsche Frau, jedes sechzigste deutsche Mädchen von Rechts wegen ins Zuchthaus gehört, — abgesehen von dem Heer der Anstifter und der eigentlichen Täter —: kann das seine Ursache, wie der Herr Staatsanwalt meint, nur in der Verderbtheit unserer Zeit, nur in der Verderbtheit der deutschen Frauen und Mädchen finden? Liegen nicht vielmehr soziale und wirtschaftliche Gründe vor, die einen sehr großen Prozentsatz deutscher Frauen und Mädchen zwingen, auf die Mutterschaft zu verzichten?"

„Meine Herren — wir wissen alle, daß unsere Zeit keine glückliche Zeit ist! Ich brauche Ihnen nicht zu erzählen, wieso und warum — Tatsache ist eine enorme Arbeitslosenziffer, Tatsache ist eine außerordentliche Uebervölkerung Deutschlands. Unser Land vermag seine Bewohner nicht mehr zu ernähren und wird es auch in absehbarer Zukunft nicht können. Die Möglichkeit der Abwanderung ist nur gering. Da greift nun die soziale Gemeinschaft mit Naturnotwendigkeit zu dem Mittel der Geburtenbeschränkung. Es sind zuviel Menschen in Deutschland, also dürfen in Zukunft nur weniger geboren werden. Das ist ein ehernes Gesetz, ein Gesetz der Notwendigkeit, in seinem Zwang stärker als der § 218 und als alle Staatsanwälte an allen deutschen Gerichten. Die Geburtenbeschränkung schafft den unumgänglich notwendigen Ausgleich zwischen Boden und Menschenmaterial, zwischen Arbeit und Bevölkerungsziffer. Was der Herr Staatsanwalt in unerhörter Uebertreibung Mord nennt, das ist eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit, ohne die unser deutsches Volk immer tiefer in Not und Elend geraten müßte. Ich sage nicht, daß dieser Zustand erfreulich ist, aber ich sage: er ist da, und wir können daran nichts ändern, auch wenn wir die Zahl unserer Zuchthäuser verzehnfachen."

(Fortsetzung folgt.)

Wieder eine Wahllüge

in der Kommunistenpresse

Kommunistische Zeitungen haben dieser Tage behauptet, daß auf dem vor 14 Tagen stattgefundenen Bezirksparteitag der SPD. in Chemnitz der Delegierte Hunger aus Zschopau gesagt habe, die Regierung Müller „habe Deutschland durch ihre unsinnige Politik bis an den Rand der faschistischen Diktatur" gebracht.

Dazu erklärt die Chemnitzer Bezirksleitung der SPD.: 1. Kein Delegierter des Bezirksparteitages hat eine solche Behauptung aufgestellt. 2. Unter den 271 Delegierten ist überhaupt keiner mit dem Namen Hunger gewesen. 3. Die Ortsgruppe Zschopau hat nicht einmal ein Mitglied namens Hunger.

Damit ist die Behauptung der kommunistischen Presse als eine ebenso dumme wie dreiste Wahllüge gebrandmarkt.

Saardebatte

im Völkerbundsrat

Genf, 9. September. (Drahtmeldung.) In einer Aussprache im Völkerbundsrat über die Frage des Bahnschutzes im Saargebiet betonte Dr. Curtius, für das Weiterbestehen des Bahnschutzes im Saargebiet sei kein Grund mehr vorhanden. Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages habe die Regierungskommission des Saargebiets für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch Gendarmerie zu sorgen. Der Bahnschutz sei seinerzeit zur Sicherung der rückwärtigen Verbindungen der Besatzungsarmee gebildet worden. Es ist jetzt Sache des Völkerbundsrats, die restlose Zurückziehung des Bahnschutzes im Saargebiet zu beschließen. Der vorgeschlagenen Einsetzung eines Ausschusses wolle er zustimmen; er gebe allerdings der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß das vorgeschlagene Verfahren nicht zu einer Verschleppung der Angelegenheit führe und daß schon in einer der nächsten Sitzungen des Rates die endgültige Entscheidung über die Zurückziehung des Bahnschutzes erfolgen werde. Auch Briand betonte in einer kurzen Erwiderung, daß die Angelegenheit beschleunigt behandelt werden solle. Er gebe zu, daß durch die Räumung des Rheinlandes auch für den Bahnschutz ein neues Faktum geschaffen worden sei. Dieser Tatsache sei durch die Verminderung der Bahnschutzkräfte vom 31. 8. Rechnung getragen worden. Der Bahnschutz habe aber auch noch die Aufgabe, für die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs zu sorgen. Er erklärte nachdrücklich, daß Frankreich kein Interesse habe, unter irgendeinem Vorwand noch Soldaten im Saargebiet zu behalten. Dr. Curtius stellte nochmals fest, daß die von Briand vorgetragene Auffassung über den Charakter des Bahnschutzes mit der Ansicht der deutschen Regierung nicht übereinstimme.

Im Schlusse daran wurde der Antrag Grandi angenommen, die Frage auf eine der nächsten Sitzungen des Rates zu vertagen.

Die europäische Frage

vor dem Völkerbund

Genf, 9. Sept. (Drahtmeldung.) Ueber den Verlauf der gestrigen europäischen Konferenz wird noch gemeldet: Dadurch, daß Henderson wünschte, die europäische Frage ohne jedes Präjudiz vor die Völkerbundsversammlung zu bringen, war der Versuch Briands, die europäische Gemeinschaft bereits als geschaffen zu betrachten, auf Widerstand gestoßen. Der Belgier Hymans versuchte darauf, Briand zu bewegen, als Sprecher der europäischen Konferenz vor der Völkerbundsversammlung den Antrag auf Behandlung des europäischen Problems zu stellen. Briand schilderte, er sei nicht objektiv genug und spüre zuviel Vorbehalte im Saal. Er habe zwar einen Entwurf vorbereitet, aber er bezweifle, daß darin die Ansichten aller Staaten ausgedrückt seien.

Schließlich las er seinen Resolutionsentwurf doch vor und fand damit allgemeinen Beifall, sogar Henderson stimmte zu. Briand wurde beauftragt, im Namen der europäischen Konferenz der Völkerbundsversammlung den Antrag zu stellen, die europäische Frage auf die Tagesordnung zu nehmen.

Dänischer Boykott des deutschen Handels

Kopenhagen, 9. September. (Eig. Meldung.) Die Ver. Elektrizitätswerke von Südwest-Jütland haben ein Angebot auf Lieferung eines Generators, das von einer deutschen Firma eingereicht war, mit der Begründung abgelehnt, daß Dänemark sich gegen die deutsche Handelspolitik, weil sie auf eine Schädigung des dänischen Wirtschaftslebens hinauslaufe, wehren müsse. Dieser Fall scheint das Vorspiel zu einem Boykott zu sein, der dänischerseits über deutsche Waren verhängt werden soll. Denn gleichzeitig trifft die Nachricht ein, daß der südjütische Meiereiverein in Kolding eine Entschließung gefaßt habe, in der er die gemeinsame Organisation der Meiereien und den Landwirtschaftsrat dazu auffordert, einen allgemeinen Boykott gegen deutsche Waren zu organisieren.

Die Quittung: Liste 1

Herr Curtius leimt und kittet alles
Was ihm der Seekadett zerschlägt,
Der mit dem Ruf des Donnerhalles
Als Schreckenskind durch Deutschland fegt —
Herr Brüning lenkt nach allen Seiten,
Er möchte gern nach Ostland reiten
Und schätzt die Friedenspolitik —!
O schöner Blick der tausend Pleiten
Ein Schrittchen vor und zehn zurück —!
Was sie zerschlagen, Volk, ist deins:
Quittiere es mit Nummer Eins! —

Es schnäbelt froh der Teddy-Ritter
Mit Hitler und Herrn Goebbels,
Der Haken- und der Sowjetzwitter,
Sie lieben sich ganz furchtbar keß.
Heinz Neumann von der Moskaugilde
Führt jetzt ein Hakenkreuz im Schilde
Ein herrlich Paar ist nun vereint,
Gilt auch die Ehe noch als wilde,
Sie kommt von Herzen, wie es scheint!
Den Sowjetdunst des Hitlerweins
Quittiere, Volk, mit Nummer Eins! —

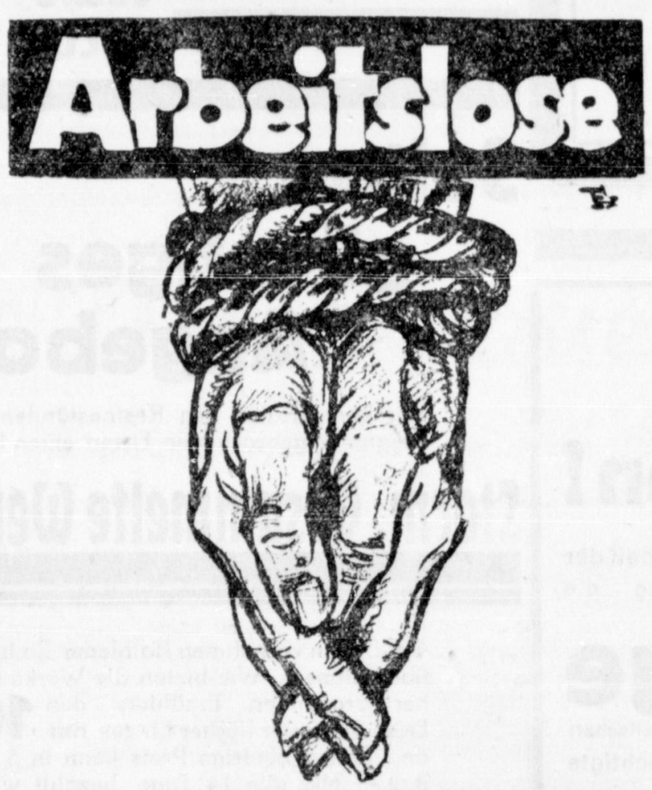
Klaus Kernbeißer.

Nazi-Korruption in Gotha

Weimar, 9. September. (Eig. Drahtbericht.) In der Gothaer Stadtkämmerei sind jetzt eine Reihe schwerer Verfehlungen aufgedeckt worden, die durch die nationalsozialistische Mißwirtschaft hervorgerufen worden sind. Nach den letzten Stadtratswahlen in Gotha war es den Nationalsozialisten gelungen, in dieser ehemaligen thüringischen Residenzstadt, die lange Jahre hindurch als kommunistische Hochburg galt, 11 Sitze im Stadtrat zu erlangen. Eine Reihe von wichtigen Aemtern wurde ausschließlich mit Nationalsozialisten besetzt, die sich in ihren Positionen die schwersten Verfehlungen zuschulden kommen ließen. Infolge der Stärke der Nationalsozialisten im Stadtrat gelang es den schuldigen Beamten, ihre Verfehlungen lange zu verheimlichen.

Jetzt hat sich herausgestellt, daß eine Reihe von Beamten, durchweg Nationalsozialisten, im Laufe der Jahre aus der Stadtkasse eigenmächtig Vorschüsse auf ihre Gehaltsbezüge, ja sogar Vorschüsse auf etwa zu erwartende Gehaltserhöhungen entnommen haben, die nicht etwa verbucht wurden, sondern unter falschen Sammelposten ihren Platz fanden.

Die Veruntreuungen wurden bei einer Kassenrevision aufgedeckt. Als die schuldigen Beamten sahen, daß ihre Verfehlungen ans Tageslicht gekommen waren, verübte ein Stadtobersekretär in seiner Wohnung Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas, ein anderer erschoß sich in einem Walde nahe der Stadt. Ein dritter hat einen völligen Nervenzusammenbruch erfahren. Es ist jetzt ein Revisor damit beauftragt worden, die gesamten Geschäfte der Stadt und alle Bücher aufs genaueste zu prüfen.



Wilhelms Größenwahn

aufs neue bestätigt

Berlin, 9. September. (Eig. Drahtber.) In der „Vossischen Zeitung" werden zur Zeit die Erinnerungen des verstorbenen ehemaligen Reichskanzlers Fürsten Bülow veröffentlicht. Während die Ausführungen Bülows an sich nicht viel Neues über die Geschichte des kaiserlichen Regimes bringen, sind einige historische Dokumente sehr bemerkenswert, die sich in den Erinnerungen finden. So wird heute zum ersten Mal ein Brief veröffentlicht, den Wilhelm der Letzte im September 1898 an seine Mutter richtete und in dem er seinem unversöhnlichen Groll gegen den zwei Monate zuvor in Friedrichsruhe verstorbenen Altreichskanzler Bismarck freien Lauf ließ. Wenn noch jemand daran gezweifelt haben sollte, daß Wilhelm von krankhaftem Größenwahn verblendet war, so müßte er sich durch folgende Stellen des Briefes eines anderen belehren lassen, in denen sich der Er-Kaiser über seinen Kampf mit Bismarck wie folgt ausläßt:

„Ich warf Bismarck nieder und streckte ihn in den Sand zur Rettung meiner Krone und unseres Hauses. Seit jenem schrecklichen Jahre mußte ich den Sturm von Deutschlands Gefühlen über mich ergehen lassen und die niedrigsten Ränke des aufgeregten Wüterichs Bismarck. Ich ertrug es ruhig und ohne zu zucken, die königliche Standarte fest in meiner Hand, den Schild mit dem schwarz-weißen Wappen in meinem Arm und Gott über mir. Allein habe ich es getragen durch acht lange Jahre. Der Sturm hat sich beruhigt, die Fahne weht hoch im Winde, ein Trost für jeden ängstlichen Blick, der sich nach oben richtet. Die Krone sendet ihre Strahlen durch Gottes Gnade auf Paläste und Hütten und ganz Europa und die ganze Welt horcht jetzt auf, um zu hören: Was sagt und was denkt der deutsche Kaiser und nicht, was ist der Wille seines Kanzlers. Für immer und ewig gibt es nur einen wirklichen Kaiser in der Welt und das ist der deutsche Kaiser, ohne Ansehen seiner Person und seiner Eigenschaften, einzig durch das Recht einer tausendjährigen Tradition, und sein Kanzler hat zu gehorchen."

Jeder Kommentar würde die Wirkung dieser Worte eines Größenwahnsinnigen nur abschwächen.

Nationalsozialistischer Revolverheld

in Hamburg verhaftet

Hamburg, 9. September. (Eigene Meldung.) In der vergangenen Nacht entstand in der Amelungstraße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten eine Schlägerei. Ein Nationalsozialist gab aus einem Revolver mehrere Schüsse ab und verletzte einen Gegner durch einen Beinschuß. Der Verletzte mußte in ein Krankenhaus geschafft werden. Der Täter wurde festgenommen. Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Fischfang mit Sprengstoffen

Bukarest, 10. September. (Drahtmeldung.) In der Gemeinde Bojan in der Bukowina verwendeten Bauern beim Fischfang Sprengstoffe, die infolge unrichtiger Handhabung vorzeitig explodierten. Dabei wurden vier Personen getötet.

Belagerungszustand über ganz Argentinien

Buenos Aires, 9. Sept. (Drahtmeldung.) Der Belagerungszustand ist über das ganze Land verhängt worden. In Buenos Aires sind zwei Männer, die als Anstifter der letzten nächtlichen Straßenkämpfe festgenommen wurden, auf der Plata de Mayo öffentlich durch Erschießen hingerichtet worden. Weitere Hinrichtungen werden erwartet. Eine große Anzahl von Personen, darunter sechs frühere Abgeordnete, die Mitglieder der Irigoyen-Partei sind, wurden verhaftet. Angesichts der strengen Preß- und Kabelzensur sind Nachrichten höchstens auf telephonischem Wege erhältlich. Den ausländischen Zeitungskorrespondenten ist von dem Chef der Presseabteilung der Regierung mitgeteilt worden, daß, solange die Pressezensur bestünde, keinerlei Berichte aus Argentinien gesandt werden dürfen, die nicht zuvor amtlich zensuriert und genehmigt worden seien. Zuwiderhandlungen würden mit sofortiger Ausweisung bestraft werden. Die Zensur findet Anwendung auf Meldungen durch Kabel, Telegraph und Telephon.

Möller nicht zu schlagen

Zur „Erich Möller-Gala" und gleichzeitig „Weltmeisterschafts-Revanche" am Dienstag abend auf der Radrennbahn in Hannover hatten sich über 10 000 Zuschauer eingefunden. Die „Revanche" ging über 100 Kilometer, doch starteten von den Teilnehmern am Brüsseler Rennen nur Möller, Krewer und Grassin, zu denen sich noch Thollembeck, Dederichs und Wynsdau gesellten, der für den verhinderten Franzosen Urago einsprang. Dem Rennen ging eine Ehrung des neuen Weltmeisters voraus, der von seinen Landsleuten begeistert gefeiert wurde. Die 100 Kilometer waren das Rennen eines Mannes: Erich Möller. Bis zur 22. Runde lag Thollembeck an der Spitze, aber dann ging Möller vor und machte den Lauf ganz allein. Bis auf Thollembeck hatten alle Konkurrenten des Hannoveraners unter Defekte zu leiden. Das Ergebnis: 100 Kilometer: 1. Möller-Hannover 1:22:21,8 Std., 2. Thollembeck-Belgien 1180 Meter, 3. Krewer-Köln 4260 Meter, 4. Grassin-Frankreich 7700 Meter, 5. Wynsdau-Belgien 8100 Meter, 6. Dederichs-Köln weit zurück.

Der Textilarbeiterstreik in Frankreich beendet

Paris, 9. Sept. Eig. Drahtbericht.) Der Streik im Revier von Rubaix und Tourquoié ist am Dienstag abend beendet worden. Die Gewerkschaften haben der von dem Bürgermeister von Rubaix vorgeschlagenen Einigungsformel zugestimmt. Daraufhin gelang es dem Arbeitsminister Lavalle auch, die widerspenstigen Unternehmer für den Einigungsvorschlag zu gewinnen. Die verhaßte „Treue-Prämie" ist jetzt vollkommen abgeschafft, auch von ihrer Wiedereinführung unter dem Namen „Ausdauerprämie" ist Abstand genommen worden. Die Arbeiter, die neu in einen Betrieb eintreten, verpflichten sich, die im Sozialversicherungsgesetz vorgesehenen Beträge von ungefähr vier Prozent selbst zu tragen. Nach Ablauf einer gewissen Frist erhalten sie die Summe von dem Unternehmer zurück und werden zugleich für die Zukunft von der Weiterzahlung der Versicherungsbeiträge entbunden, die künftig die Arbeitgeber zu entrichten haben.

Nazi-Radau

in der Stadtverordnetenversammlung in München

München, 9. September (Eig. Drahtbericht.) Die Stadtverordnetenversammlung in München flog am Dienstag wegen Rowdy-Szenen der Nationalsozialisten auf. Als einer der nationalsozialistischen Wortführer mit einer Hetzrede gegen die Behörden loslegte, verließen sämtliche Stadträte mit Ausnahme der Nationalsozialisten und eines Deutschnationalen den Saal, so daß der Oberbürgermeister mit den Rowdy-Brüdern allein war. Am Schluß seiner Hetzrede wandte sich der nationalsozialistische Stadtrat an die Tribünenbesucher mit den Worten: „Meine lieben Galerie-Besucher!" Der Oberbürgermeister versuchte vergeblich, ihm das Wort zu entziehen. Als sich dann die Galerie-Besucher, ausschließlich Nationalsozialisten, mit wüstem Gebrüll gegen den Oberbürgermeister wandten, schloß dieser die Sitzung mit den Worten: „Es ist ein Skandal!" Die Tribüne mußte zum Schluß durch die Polizei geräumt werden.

Kostenloser Backvortrag

nach **Dr. Oetker's** Backrezepten.

Backen von Kuchen, Torten und anderem Gebäck. — Filmvorführung, Kostprobenverteilung. Tortenverlosung.

Es wird elektrisch gebacken!

Ort: Saal des katholischen Gesellenhauses, Gelsenkirchen, Theresienstraße.

Zeit: Donnerstag, 11. Sept., nachm. 4 Uhr und Freitag, 12. Sept., nachm. 4 Uhr.

Weingroßhandlung

Probierstuben

Forster's Weinstuben

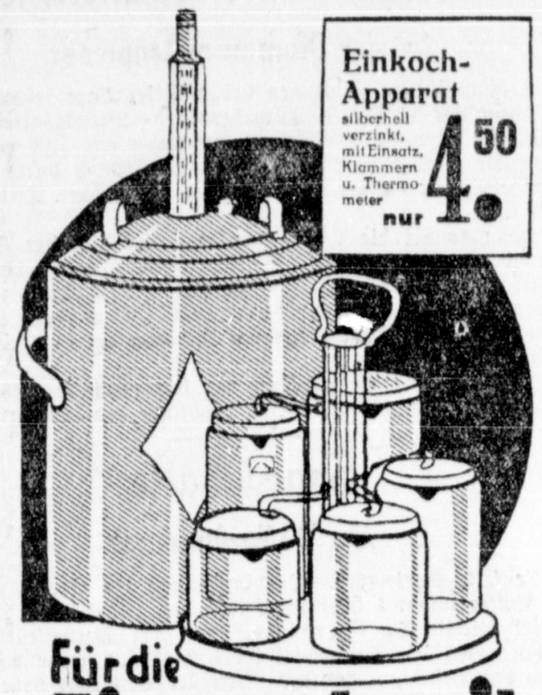
Glasweiser Ausschank

Zur Bowle:

Weißweine von 70 Pfg. an. Obst- u. Traubensekte. — Krankenweine — Spirituosen

Verlangen Sie gefl. Preisliste

Luitpoldstraße 24



Für die

Einmachzeit

Einkochgläser enge Form mit Deckel und Ia. Gummiring

1/2	3/4	1 Liter
0.35	0.40	0.45

Einkochgläser weite Form

1/2	3/4	1	1½	2 Liter
0.40	0.45	0.50	0.55	0.60

Für jedes Glas leisten wir volle Garantie

Einkoch-Apparat 7.75
emailliert, mit Einsatz, Thermometer und 6 Klammern . . . . . .

Gelee-Gläser	1/4	3/8	1/2 Liter
	0.18	0.22	0.28

Einmachgläser zum Binden

¾	1	1½	2	3 Liter
0.18	0.20	0.25	0.30	0.55
4	5	6	7	8 Liter
0.65	0.75	0.90	1.10	1.25

Gummiringe Ia. rote Qualität 0.06 0.04
Thermometer mit Hülse 0.75
Thermometer ohne Hülse 0.50
Rezeptbücher 0.30

Ein Waggon
graue Einmachtöpfe
eingetroffen. Alle Größen wieder vorrätig, pro Liter 17 ₰

Alsberg
Gelsenkirchen Akt.-Ges.

Zahlen beweisen!

Die Versicherungsgesellschaft der werktätigen Bevölkerung, die

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

gewährt ihren Versicherten auf die gewinnberechtigte Jahresprämie für 1929

30% Gewinnanteile in der Volksabteilung,
35% Gewinnanteile in der Lebensabteilung.

Bei der Volksfürsorge sind

2 Millionen Versicherungen

in Kraft; sie hat ein

Vermögen von rund 100 Millionen Mark.

Nähere Auskunft erteilt die Rechnungsstelle:
Essen, Schillerstr. 1-5 IV, (Hansa-Haus) Am Hauptbahnhof Zimmer 88–90.
oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 57-61; B. Lachmann, Gelsenkirchen, Kaiserstraße 24 u. in Gladbeck-Zweckel: J. Sailer, Händelstr. 37

Berücksichtigen Sie beim Einkauf unsere Inserenten

BUCH DRUCKEREI VOLKS WILLE

Wir liefern ein- und mehrfarbige Drucksachen nach modernen Entwürfen in kürzester Frist

Selten günstiges Angebot!

Wir konnten aus den Restbeständen einer zusammengebrochenen Firma einen Posten

Storm, Gesammelte Werke

4 Bücher in vornehmen Halbleder-Einbänden übernehmen. Wir bieten die Werke dieses hervorragenden Erzählers den Freunden guter Bücher für zus. **nur 10.-** an. Dieser niedrige Preis kann in 5 Raten à 2.— Mk. alle 14 Tage bezahlt werden. Sie müssen aber

sofort bestellen,

denn dieses Angebot gilt nur solange, wie unser Vorrat reicht.

VOLKSBUCHHANDLUNG
Gelsenkirchen Ringstraße 33

Bestellzettel.

Unterzeichneter bestellt „Storm, Gesammelte Werke" 4 Bände in Halbleder gebunden, zum Vorzugspreise von zusammen nur **10.**— Mark gegen bar — gegen Raten. Die Raten sollen durch Zeitungsboten kassiert werden.

Name ..... Beruf .....

Adresse .....

GELSENKIRCHEN-BUER

Parteigenossen und -genossinnen!

Besucht die Wählerversammlungen der SPD. und die Erwerbslosenversammlungen.

SPD., Ortsgruppe Scholven.

Freitag, den 12. September, 18 Uhr, bei Glos:

Große öffentliche Wählerversammlung.

„Ein letztes Wort an das arbeitende Volk."

Redner: Kamerad Bleckmann vom Vorstand des Bergbauindustriearbeiterverbandes. Wir bitten alle Parteimitglieder und Gewerkschaftler, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Donnerstag, den 11. dieses Monats, 17.30 Uhr, findet in der Wohnung der Genossin Teuber, Buddestraße 1, eine wichtige Funktionärsitzung statt. Alle Agitationsleiter und Wahlhelfer müssen unbedingt erscheinen.

SPD., Ortsgruppe Resse.

Freitag, den 12. September, 18 Uhr, im Saale Chemnitz, Middelicher Straße:

Große öffentliche Wählerversammlung.

„Ein letztes Wort an das arbeitende Volk."

Redner: Bergarbeiterführer Borgschulte (Bochum). Freie Aussprache. Wir bitten alle Parteimitglieder und Gewerkschaftler, zu dieser Versammlung zu erscheinen und Freunde und Bekannte mitzubringen.

Achtung, Ortsgruppenführer und Agitationsleiter!

Die Rundschreiben, die im Laufe der Woche erledigt werden müssen, können beim Ortsgruppenführer abgeholt werden.

Das letzte Flugblatt vor der Wahl kommt am Freitag heraus und muß am gleichen Tage beim Ortsgruppenleiter oder an der für die betreffende Ortsgruppe zuständigen Stelle abgeholt werden. Die Verbreitung der Flugblätter muß bis Samstag abend erledigt sein.

SPD., Ortsgruppe Heßler.

Donnerstag, den 11. dieses Monats, 19 Uhr, findet im Lokale Katzmarck, Bogenstraße, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Referent: Gen. Leßmann (Recklinghausen). Wir bitten alle Parteimitglieder und Gewerkschaftler, zu dieser Versammlung zu erscheinen und Freunde und Bekannte mitzubringen. Sämtliche Parteimitglieder werden gebeten, nach der Versammlung zwecks einer wichtigen Besprechung zusammenzubleiben. Der Vorstand.

Ortsgruppe Ueckendorf.

Heute abend 8 Uhr, bei Serres: Wichtige Funktionärsitzung. Es wird jedem Funktionär zur Pflicht gemacht, zu erscheinen.

Ortsgruppe Buer-Hassel.

Heute (Mittwoch), um 19 Uhr: Antreten sämtlicher Parteigenossen und Freigewerkschaftler im Zechengasthaus zum Wahlpropagandazug. Es wird ersucht, daß jeder, der nicht beruflich verhindert ist, sich in solidarischer Weise für die Partei zur Verfügung stellt.

Ortsgruppen Erle 1 und 2.

Heute, Mittwoch, 19 Uhr, tritt die gesamte Partei zur Teilnahme an unserem großen Wahl-Fackelzug am Lokal Grünewald an. Sämtliche Parteigenossen und Freigewerkschaftler sowie mit unserer Bewegung Sympathisierende sind zu dieser Kundgebung herzlichst eingeladen. Wir bitten die Parteimitglieder und Freigewerkschaftler, Bekannte und Freunde zu dieser Veranstaltung mitzubringen. Männer, Frauen und Jugend müssen sich an dieser Kundgebung beteiligen! Fackeln werden gratis verteilt.

Ortsgruppe Neustadt.

Heute, Mittwoch, abends um 8 Uhr, bei Repp, Martinstraße: Parteiversammlung. Genossinnen und Genossen, es ist die letzte Zusammenkunft vor der Wahl, es gilt, die letzten organisatorischen Vorbereitungen zu treffen. Deshalb darf kein Genosse und keine Genossin fehlen. Insbesondere gilt dieses für die Agitationsleiter und Wahlhelfer.

SPD. Horst, Ortsgruppe 1-2.

Heute, Mittwoch, veranstaltet die SAJ., Horst, einen Propaganda-Fackelzug durch Horst. Die Genossinnen und Genossen sammeln sich um 7.30 Uhr abends auf dem **Marktplatz Horst Nord.**

Frauenversammlungen der SPD.

Frauengruppe Rotthausen.

Heute, Mittwoch, nachmittags um 4 Uhr, bei Weskamp: Frauenversammlung. Rednerin: Genossin Schreyer. Anschließend gemütliches Beisammensein. Für Kaffee sind 20 Pfennig zu zahlen.

Frauengruppe Beckhausen.

Heute, Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, im Lokale Bostler: Frauenversammlung. Rednerin: Genossin Paula Germer (Gelsenkirchen). Anschließend gemütliches Beisammensein.

Frauengruppe Horst.

Donnerstag, den 11. dieses Monats, nachmittags 4 Uhr. Frauenversammlung bei Beckmann. Rednerin: Provinziallandtagsabgeordnete Greising (Dortmund). Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein mit musikalischen und sonstigen Vorträgen. Tassen sind mitzubringen.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Saalschutz in Essen.

Die Grzesinski-Versammlung in Essen sollte durch die Nazis gesprengt werden. Mit Gewalt haben wir dieses vereitelt.

Am **Samstag, dem 13. September,** abends 8 Uhr, spricht im Saalbau zu Essen der **preußische Innenminister, Kamerad Prof. Waentig.**

Wir stellen Saalschutz. Abfahrt per Autos: 6.30 Uhr von der Wiese. Fahrtausweise sind bei den K.-Führern zu haben.

Martinsabteilung, Gelsenkirchen.

Die Proben fallen in dieser Woche aus.